Beteiligungsbericht

2014

Vogelsbergkreis

VOGELSBERG
HESSENS URGESTEIN

IMPRESSUM

Herausgeber:	Kreisausschuss des Vogelsbergkreises Goldhelg 20 36341 Lauterbach Telefon 06641 / 977-0
Ansprechpartner:	Landrat Manfred Görig
Redaktion:	Walter Bathke, Dunja Obermüller Amt für Finanzen und Kassenwesen - Sachgebiet Beteiligungssteuerung -
Druck:	Vogelsbergkreis
Stand:	31. Dezember 2013

Vorwort

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht 2014 erfüllt der Vogelsbergkreis seine Verpflichtung aus § 123 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), wonach er zur Information des Kreistages und der Öffentlichkeit einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechtes zu erstellen hat, an denen er mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Im Interesse einer Darstellungsform, die bereits in ihrer redaktionellen Gestaltung die gesetzlichen Erfordernisse widerspiegelt, haben wir einen Begriff aus der Welt des Sports entliehen und den ersten Teil des Berichtes als „die Pflicht“ bezeichnet.
Dieser Abschnitt beinhaltet somit komprimiert ausschließlich die Beteiligungsformen, über die verpflichtend gem. § 123 a Abs. 1 HGO zu berichten ist.

Darüber hinaus wirken im Vogelsbergkreis aber noch eine ganze Reihe von Unternehmen, Verbänden oder Vereinen, die vielfältige Aufgaben im öffentlichen Interesse und der regionalen Daseinsvorsorge wahrnehmen und damit einen dauerhaften und nachhaltigen Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und unserer nachwachsenden, jungen Generationen leisten.

Um diese Anstrengungen zu begleiten und zu unterstützen, hält der Vogelsbergkreis „Beteiligungen“ im erweiterten Sinne, die entweder bei privatrechtlichen Unternehmensformen eine Beteiligungsquote von 20 Prozent nicht erreichen oder die, wie unsere Sparkasse Oberhessen, als gesetzliche Sonderform eine Anstalt des öffentlichen Rechts darstellen.

Zu den Organisationsformen öffentlich-rechtlicher Natur gehören ferner die Zweckverbände, die zwar nicht der Berichtspflicht nach § 123 a HGO unterliegen, die jedoch wichtige öffentliche Aufgabenträger sind, weshalb wir sie in unseren Beteiligungsbericht einbezogen haben. Auch über deren wirtschaftliche Situation und den Stand ihrer Aufgabenerfüllung möchte der Vogelsbergkreis seine Mandatsträger sowie die interessierte Öffentlichkeit umfassend informieren um zu zeigen, auf welch breit gefächerte Weise Bemühungen mitgetragen und unterstützt werden, den attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Region Vogelsberg – auch unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte – fort zu entwickeln und zukunftsfähig zu gestalten.

Dieser zweite Teil gewährt Informationen, die über die gesetzlichen Anforderungen an den Beteiligungsbericht hinausgehen, weshalb wir ihn zum sachgerechten Verständnis als „die Kür“ bezeichnet haben.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht ein breites Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.
Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen steht Ihnen in der Kreisverwaltung das Sachgebiet Beteiligungssteuerung (Herr Bathke, Tel.: 06641/977-3840 oder Frau Obermüller, Tel.: 06641/977-3880) zur Verfügung. Bei Frau Obermüller sind ggf. gewünschte Druckversionen bestellbar.

Manfred Görig
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Görig

Seite

A. Allgemeine Informationen, Rechtsgrundlagen, Erläuterungen

1. Vorbemerkungen 6
2. Die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung 6
3. Der Beteiligungsbegriff 8
4. Rechts- und Organisationsformen 9
5. Der Beteiligungsbericht 11
6. Inhalte des Beteiligungsberichtes 12
7. Weitergehende Publikationswünsche – weitergehende Publikationserwartungen 12
8. Beteiligungscontrolling bedeutet Beteiligungssteuerung 13
9. Die Rechnungslegung und Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen 14
10. Graphische Übersichten über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises 17/18

B. Die Beteiligungsunternehmen und Einrichtungen

I. „Die Pflicht“ (Beteiligungen im Sinne des § 123 a Abs. 1 HGO) 19

1. Gesundheit und soziale Angelegenheiten

1.1 Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH (KKH Alsfeld) 20

1.2 Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistungsgesellschaft mbH (KAD) 32

1.3 Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft AMANDUS GmbH 40

1.4 Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH (GuPA) 47

1.5 Neue Arbeit Vogelsbergkreis gGmbH 54

2. Energieversorgung und Verkehr

2.1 Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) 63

2.2 Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) 68

2.3 OVAG Energie AG 72

2.4 OVAG Netz AG 77

2.5 Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) 81

3. Nebenbetriebe der Entsorgungswirtschaft

3.1 Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV) 85

3.2 Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV) 94

4. Wirtschaftsförderung und Tourismus

4.1 Vogelsberg Consult GmbH 100

4.2 Region Vogelsberg Touristik GmbH 111

II. „Die Kür“ (erweiterte Berichterstattung) 120

1. Versorgung, Verkehr, Regionalentwicklung

1.1 Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) 122

1.2 Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH (GWV) 133

1.3 Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) 141

1.4 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH 149

2. Entsorgung

2.1 Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV) 157

3. Natur und Umwelt, Erholung

3.1 Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 168

3.2 Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V. 176

3.3 Wasserverband Schwalm 181

3.4 Wasserverband Nidda 187

4. Kultur, Bildung, Ausbildung

4.1 Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 190

5. Kreditinstitute

5.1 Sparkasse Oberhessen 194

6. Sonstige Beteiligungen u. Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen 206

III. Kontaktadressen und Ansprechpartner 212

Urheberrechte

A. Allgemeine Informationen, Rechtsgrundlagen, Erläuterungen

1. Vorbemerkungen

Bereits seit der frühen ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gilt dem Grunde nach für die wirtschaftliche Betätigung öffentlicher bzw. staatlicher Gemeinwesen das Subsidiaritätsprinzip.
Das bedeutet, dass sich Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten im Wesentlichen auf Bereiche zur Gewährleistung der allgemeinen öffentlichen Daseinsvorsorge zu reduzieren haben und mit eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht in Konkurrenz zu privaten Unternehmen treten.
Die Grenzen, innerhalb derer sich das wirtschaftliche Handeln kommunaler Körperschaften vollziehen soll, wurden bereits in Vorschriften zu Anfang des 20. Jahrhunderts über grundlegende Merkmale definiert, die ihren Ursprung im preußischen Rechtsverständnis hatten (§ 86 Abs. 1 Preußisches Finanzgesetz) und die sich nahezu wortgleich in der heutigen Fassung des § 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) wieder finden.
Infolge des Entstehens und der Weiterentwicklung internationaler Handels- und Rechtsbeziehungen wurden durch EU- und Bundesvorschriften ehemals klassische Tätigkeitsbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge aus dem Monopol der öffentlichen Hand herausgelöst und für den privatwirtschaftlichen Wettbewerb geöffnet. Beispiele sind das Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes (EnWG) oder das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (KrW/AbfG).
Das bedeutet jedoch nicht, dass es kommunalen Aufgabenträgern verwehrt wäre, sich über die Gründung oder die Anteilsübernahme an juristischen Personen des Privatrechts am offenen Wettbewerb zu beteiligen.
Daraus folgend stellt sich die Frage nach den rechtlichen Möglichkeiten und Zulässigkeiten kommunaler wirtschaftlicher Betätigung.

2. Die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung

Nach Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) haben nicht nur die Gemeinden sondern auch die Gemeindeverbände (Landkreise) im Rahmen ihres Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Dieses Recht schließt ausdrücklich die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung ein.
Um Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, möglichst effektiv und wirtschaftlich zu erledigen, ist es den Landkreisen nicht verwehrt, Gesellschaften des Privatrechts zu gründen oder sich an diesen zu beteiligen oder sich mit anderen Gemeinwesen zu Zweckverbänden zusammenzuschließen oder Mitgliedschaften in Verbänden oder Vereinen einzugehen, die sich im Interesse des Gemeinwohls betätigen.

Der Gesetzgeber wollte jedoch vermieden wissen, dass sich öffentliche Gemeinwesen durch die Gründung privatrechtlicher Unternehmensformen als „Marktteilnehmer“ darstellen, die durch nicht reglementierte wirtschaftliche Betätigung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten.

Deshalb wird den Gemeinden und Landkreisen im Rahmen der Vorschriften des Sechsten Teiles der HGO das Recht zu einer relativ klar begrenzten wirtschaftlichen Betätigung zugestanden.

Gemäß § 121 Abs. 1 HGO darf sich ein Landkreis wirtschaftlich betätigen, wenn

- der **öffentliche Zweck** die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** des Landkreises und zum **voraussichtlichen Bedarf** steht und
- der **Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt** werden kann.

Für die Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien und die Verteilung hieraus gewonnener thermischer Energie enthält § 121 Abs. 1 a HGO eine besondere und ausdrückliche Betätigungslegitimation.

Es ergibt sich aus der Natur der Aufgabenstellung, dass nicht jede Beteiligung an einem privatrechtlich organisierten Unternehmen zugleich eine wirtschaftliche Betätigung darstellt.

Deshalb regelt § 121 Abs. 2 HGO explizit, welche Tätigkeiten **nicht** als wirtschaftliche Betätigung gelten.

Es sind dies

- Tätigkeiten, zu denen der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist
- Tätigkeiten auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfes.

Indirekt lässt sich daraus herleiten, welche Betätigungen als „wirtschaftliche Tätigkeit“ im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Es sind demnach alle Betätigungen nicht hoheitlicher Natur, die nicht im vorstehend zitierten Aufgabenkatalog des § 121 Abs. 2 HGO genannt sind.

In Fortführung dieser Systematik bestimmt § 122 Abs. 1 HGO, dass der Landkreis eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn

- die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen (siehe oben),
- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Kreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält
- und wenn gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften des HGB aufgestellt und geprüft werden.

Durch diese Regelungsabfolge ist der Rahmen gesteckt, wann und unter welchen Bedingungen sich ein Landkreis wirtschaftlich betätigen darf, welche Tätigkeiten nicht als „wirtschaftliche Betätigung“ gelten und unter welchen Voraussetzungen ein Landkreis ein wirtschaftliches Unternehmen gründen oder sich daran beteiligen darf.

Der Fokus in den Bestimmungen der §§ 121 und 122 HGO ist vorrangig auf die Definition wirtschaftlicher Betätigung ausgerichtet, während es für die **Anwendung des § 123 a HGO** (Erstellung und Offenlegung des Beteiligungsberichtes) **lediglich auf die privatrechtliche Rechtsnatur einer Unternehmensbeteiligung und eine Beteiligungsquote von mindestens 20 Prozent** ankommt.

Die gesetzlichen Konstellationen mögen auf den ersten Anschein etwas verwirrend wirken, weshalb die Komplexität der Zusammenhänge zur Veranschaulichung durch ein praktisches Beispiel verdeutlicht werden soll.

Im August 1999 wurde die „Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses in Alsfeld. Nach § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes handelt es sich bei dem Betrieb eines Krankenhauses um eine gesetzliche Aufgabe des Landkreises, die zugleich eine Tätigkeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens darstellt und somit *nicht* als wirtschaftliche Tätigkeit zu bewerten ist (§ 121 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 HGO). Gleichwohl handelt es sich bei der Krankenhaus GmbH aber um ein Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts mit einer Beteiligungsquote von mehr als 20 Prozent, so dass die Krankenhaus GmbH als unmittelbare Beteiligung und ihre Tochterunternehmen (Amandus, KAD und GUPA) als mittelbare Beteiligungen in den Beteiligungsbericht aufzunehmen sind.

3. Der Beteiligungsbegriff

Für den Begriff der „Beteiligung" gibt es keine einheitliche Definition. Nach Handelsgesetzbuch (HGB) beinhaltet eine Beteiligung Anteile an einem Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu dienen (§ 271 Abs. 1 HGB).

Um der Intention des Vogelsbergkreises gerecht zu werden, seine Mandatsträger möglichst umfassend über die Aufgabenwahrnehmung außerhalb der Kernverwaltung zu informieren, ist die Beteiligungsdefinition des HGB zu eng gefasst, weil sie sich lediglich auf Anteile an „Unternehmen" bezieht.

Im Beteiligungsbericht des Vogelsbergkreises wird der Beteiligungsbegriff in einer erweiterten Form verstanden, weshalb alle Anteile an organisatorisch nicht unmittelbar zur Kreisverwaltung gehörenden Unternehmen *und Einrichtungen*, sowie die Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen dargestellt werden.

Als solche waren zu berücksichtigen

- Privatrechtliche Gesellschaften
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Öffentlich-rechtliche Anstalten
- Vereine

Während einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme.

4. Rechts- und Organisationsformen

Im Rahmen ihrer Organisationshoheit steht es den Landkreisen bei Beteiligungsgründungen dem Grunde nach frei, welche Unternehmensform sie aus dem Privatrechtsbereich oder aus den Möglichkeiten des öffentlichen Rechts als zweckmäßig und sachgerecht auswählen.
Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Die für den Vogelsbergkreis bestehenden bzw. in Frage kommenden Beteiligungsformen sollen nachstehend kurz aufgezeigt werden.

4.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person des Privatrechts mit einem Stammkapital, das in „Stammanteilen“ von den Gesellschaftern (den Mitgliedern der Gesellschaft) gehalten wird.
Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen für Schulden der GmbH, sondern nur in Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung ist sie wegen der Vorschrift des § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.
Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

4.2 Anstalt des öffentlichen Rechts

Eine Anstalt des öffentlichen Rechts kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender gem. § 5 d des Hessischen Sparkassengesetzes der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und durch die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.
Infolge der, durch die EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001), wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit.

Die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen.
Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

4.3 Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der *gemeinsamen* Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe der Zweckverbände sind die Verbandsvorstände und die Verbandsversammlungen.
Die Rechtsgrundlage für die Bildung von Zweckverbänden, über ihre Organisationsstruktur und Arbeitsweise findet sich im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

4.4 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage (Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991 – BGBl. I, Seite 405). Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, die ausschließlich Gebietskörperschaften als Mitglieder kennen, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts Mitglied sein.

4.5 Eingetragener Verein (e.V.)

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

5. Der Beteiligungsbericht

Nach § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) gelten für die Wirtschaftsführung des Vogelsbergkreises, mit Ausnahme weniger Einzelparagraphen, die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen.
Daraus resultiert die Verpflichtung, jährlich unter Beachtung der Regelungen des § 123 a HGO einen Beteiligungsbericht zu erstellen.
In Abs. 1 dieser Bestimmung ist klar und präzise definiert, welchen Informationsgehalt der Landesgesetzgeber durch einen Beteiligungsbericht erfüllt sehen möchte.

> „(Der Landkreis) hat zur Information des Kreistages und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechtes zu erstellen, an denen er mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.“

Damit reduziert sich der gesetzliche Auftrag zur Berichtspflicht auf

- Unternehmensbeteiligungen **in Rechtsformen des Privatrechtes**
- mit unmittelbaren oder mittelbaren **Beteiligungsquoten von mindestens 20 Prozent**.

Würde sich der Vogelsbergkreis auf die Darstellung dieser obligatorischen Inhalte reduzieren, wäre der Beteiligungsbericht ein vergleichsweise „schlankes“ Zahlenwerk.

Sowohl die Abgeordneten des Kreistages als auch die interessierte Öffentlichkeit sollen jedoch möglichst umfassend über die Beteiligungsaktivitäten des Kreises informiert werden, weshalb über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehend

- Unternehmensbeteiligungen mit Beteiligungsquoten unter 20 Prozent,
- Beteiligungen des Kreises an Zweckverbänden,
- die Gewährträgerschaft an der Sparkasse Oberhessen als Anstalt des öffentlichen Rechts und
- Mitgliedschaften in sonstigen Verbänden und Vereinen,

in den Beteiligungsbericht aufgenommen wurden.

Um diese Zweigliedrigkeit, die sich aus verpflichtenden und freiwilligen Merkmalen ergibt, auch in der Darstellungsform deutlich werden zu lassen, haben wir Begrifflichkeiten aus der Welt des Sportes entliehen und den Teil, der die gesetzlichen Erfordernisse widerspiegelt, als „die Pflicht“ bezeichnet.
Der zweite Teil gewährt Informationen, die über die gesetzlichen Anforderungen an den Beteiligungsbericht hinausgehen, weshalb wir ihn zum sachgerechten Verständnis als „die Kür“ bezeichnet haben.

Bezüglich der Informationen und Inhalte, die der Beteiligungsbericht gemäß § 123 a Abs. 2 HGO enthalten soll, haben wir zwischen dem ersten (Pflicht-)Teil und dem freiwilligen, ergänzenden Teil, keine Unterscheidungen bzw. Abstufungen vorgenommen.

Die getrennte Darstellung in einen obligatorischen und einen fakultativen Berichtsabschnitt führt zwangsläufig dazu, dass die Zweckverbände als öffentlich-rechtliche Körperschaften im zweiten Teil des Berichtes gezeigt werden, während alle ihre Tochterunternehmen über Unternehmensformen des Privatrechtes organisiert sind und deshalb als mittelbare Beteiligungen im ersten Teil des Berichtes erscheinen.
Das betrifft den ZOV mit der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (OVVG) und allen Tochterunternehmen.
Ebenso verhält es sich mit den Tochtergesellschaften des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, den Gesellschaften AEGV und NEV.
Durch die gewählte Art der Darstellung wird jedoch deutlich, dass es hier um zwei unterschiedliche Beteiligungsformen geht, deren Geschäftsergebnisse (Jahresabschlüsse) und Lageberichte getrennt voneinander zu beurteilen sind.

6. Inhalte des Beteiligungsberichtes

Wie in den vorstehenden Abschnitten bereits angesprochen, sind in den Beteiligungsbericht nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 1 HGO nur Beteiligungen an **Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechtes** aufzunehmen, an denen der Landkreis mit **mindestens 20 Prozent** mittelbar oder unmittelbar **beteiligt** ist.

Der Bericht soll Angaben enthalten über

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von dem Landkreis gewährten Sicherheiten,
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen, sofern es sich bei dem Unternehmenszweck um eine wirtschaftliche Betätigung handelt.

7. Weitergehende Publikationswünsche - weitergehende Publikationserwartungen

In den politischen Diskussionen der Vergangenheit wurde wiederholt gefordert und teilweise kritisiert, dass der Beteiligungsbericht keine konkreten Angaben über Geschäftsführer-, Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge enthält.
Der Wunsch nach Mitteilung der Bezüge der Organmitglieder resultiert aus der Vorschrift des § 123 a Abs. 2 HGO.
Hier muss auf das Bestehen einer rechtlichen Konfusion aufmerksam gemacht werden. Nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 2 Satz 3 HGO sind die Angaben zu den Bezügen der Organmitglieder, sofern die betreffenden Bezügeempfänger ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung nicht erklären, so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Das Handelsgesetzbuch gehört in den Bereich des Bundesrechtes und damit zu höherrangigem Recht als das hessische Kommunalverfassungsrecht in Gestalt der HGO. Bundesrecht geht landesrechtlichen Vorschriften vor.
Nach § 286 Abs. 4 HGB können bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, die Bezügeangaben der Organmitglieder unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.
Ist ein Vorstand oder eine Geschäftsführung nur mit einer oder zwei Personen besetzt, lässt sich aus der Angabe der Gesamtbezüge unschwer herleiten, welche Bezüge ein einzelnes Vorstands-/Geschäftsführungsmitglied bezieht.

Sofern also bereits im Jahresabschluss der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht wurde, ist regelmäßig davon auszugehen, dass der jeweilige Bezügeempfänger sein Recht auf informationellen Persönlichkeitsschutz gewahrt wissen möchte, so dass sich auch im Beteiligungsbericht eine Veröffentlichung der Bezüge verbietet.

Auf die Bezüge von Vorstandmitgliedern der Sparkasse findet § 123 a HGO ohnehin keine Anwendung, weil es sich bei der Sparkasse nicht um ein Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts handelt. § 123 a HGO bezieht sich ausschließlich auf Unternehmensbeteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmen.

Abschließend ist noch auf den Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 19.02.2014 zu verweisen, wodurch ein Antrag, im Beteiligungsbericht neben den Bezügen der ehrenamtlichen Gremien auch die Vorstandsbezüge der kreiszugehörigen Gesellschaften zu veröffentlichen, mehrheitlich abgelehnt wurde.
Dieser Beschluss ist für die Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes bindend.

8. Beteiligungscontrolling bedeutet Beteiligungssteuerung

Vor allem ausgelöst durch die wachsenden Finanzprobleme der öffentlichen Hand war die allgemeine Diskussion über mehr als ein Jahrzehnt auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ausgerichtet. In der Erwartung, öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen, entwickelte sich im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen.

Damit einhergehend gab und gibt es einen kontrovers geführten Meinungsaustausch, welche Aufgaben verpflichtenden „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Tätigkeitsfeldern sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.
Die Beteiligungen des Vogelsbergkreises sind zum Teil historisch gewachsen, als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Energie, Krankenhaus, Hochwasserschutz) oder jüngeren Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen öffentlichen Aufgabenfeldern wie z.B. der Regionalentwicklung.

Aufgrund seiner (Mit-)Eigentümerstellung und der zum Teil erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der abwägenden Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind - „to control“ bedeutet „steuern“.
Sicherlich ist mit dem Steuerungsauftrag auch ein Stück Kontrolle verbunden. Kontrolle dergestalt, indem hinterfragt wird, ob durch den Einsatz der finanziellen oder personellen Mittel, die politisch angestrebten Ziele in zufriedenstellender Weise erreicht wurden.

Die Beteiligungssteuerung kann sich bemühen, die Entwicklung der einzelnen Beteiligungsunternehmen konstruktiv-kritisch zu analysieren und kann die gewonnenen Erkenntnisse den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stellen.
Die steuernden Eingriffe bleiben jedoch den Amts- und Mandatsträgern in den Vorständen, Aufsichtsräten, Gesellschafterversammlungen und Verbandsversammlungen vorbehalten.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.
Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen.
Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Haupt- und Rechtsamt, Amt für Finanzen und Kassenwesen, Amt für Wirtschaftsförderung und Revision, Amt für Gebäudemanagement).

Die Wahrnehmung der Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen,
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind organisatorisch dem Sachgebiet „Beteiligungssteuerung“ im Amt für Finanzen und Kassenwesen zugeordnet.

9. Die Rechnungslegung und Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Die Gesellschaften, Zweckverbände etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hält, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches bzw. nach den Vorschriften des sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu ergangenen Durchführungsvorschriften (GemHVO).
Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung (Ergebnisrechnung und Bilanz) soll ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

9.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva).
Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter (Betriebsvermögen - „Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die Bilanzpositionen reduziert, die von den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die Prüfung der Jahresabschlüsse verlangt werden. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung – befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Vorräte, Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.
Auf der Passivseite (Mittelherkunft) werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

9.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge ersichtlich, die für die Entstehung des Jahresergebnisses ursächlich sind.

Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war.

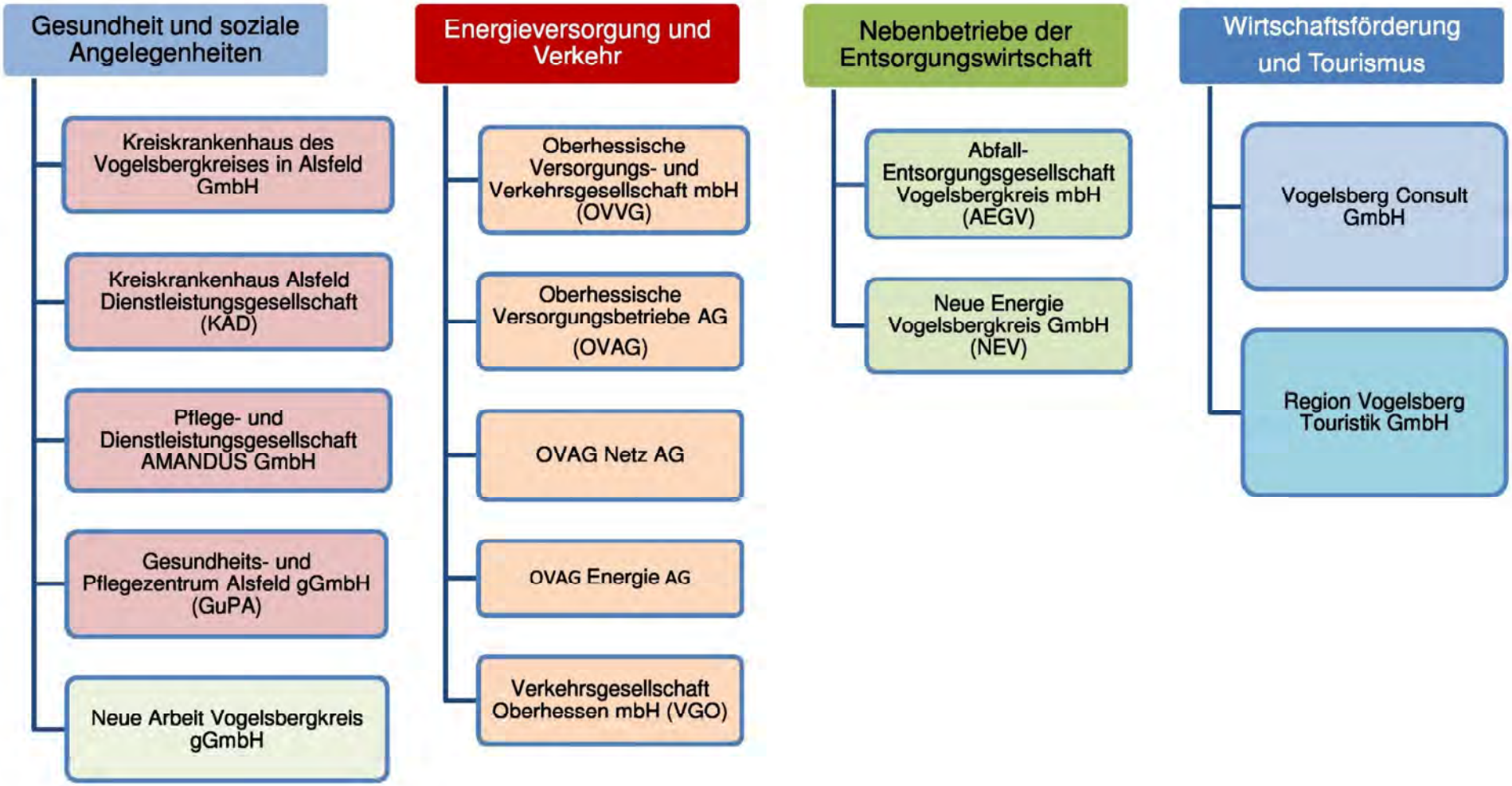
Im **Finanzergebnis** sind die Salden des Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögens eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Durch die Kommunalrechtsreform 2005 wurde nahezu vollständig in den öffentlichen Gemeinwesen in Hessen, spätestens zum 01.01.2009, das kamerale Rechnungswesen durch die Einführung einer als „Doppik“ (= kurz für: doppelte Buchführung in Konten) bezeichneten Darstellungsform der Buchführung ersetzt. Ursprünglich bestand optional die Möglichkeit, eine Form der erweiterten Kameralistik fortzuführen, was jedoch inzwischen aufgegeben wurde. Durch die Rechtsänderungen ist für Städte, Gemeinden, Landkreise und andere öffentlich rechtliche Körperschaften eine Vermögensrechnung (Bilanz) verpflichtend vorgeschrieben. Die Erfolgsrechnung wird im öffentlichen Bereich als „Ergebnisrechnung“ bezeichnet, die im Wesentlichen der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht. Als dritte Komponente tritt die Finanzrechnung hinzu.

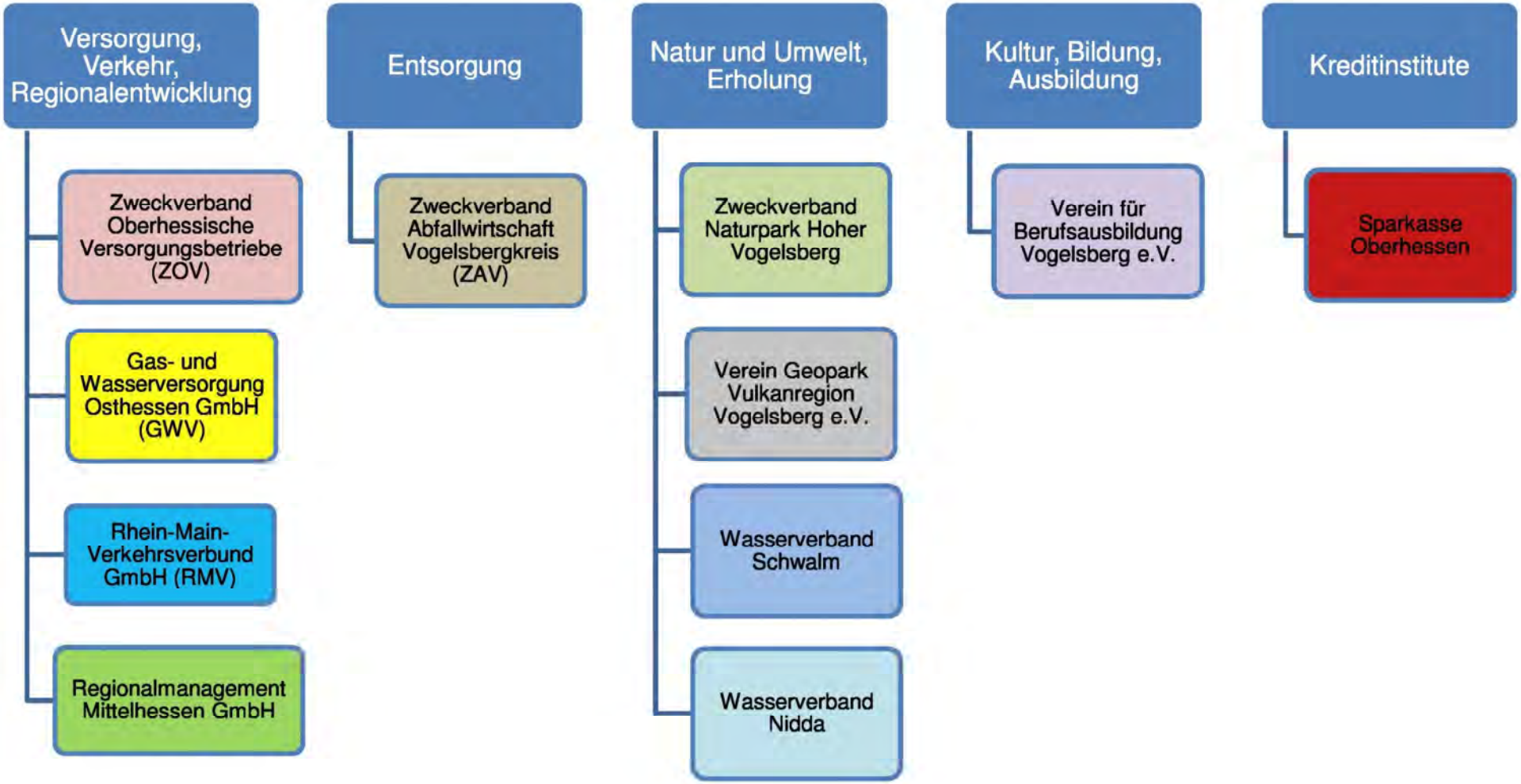
Nachdem wir Ihnen mit diesen Ausführungen und Hinweisen den rechtlichen Rahmen für die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises, für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen, die möglichen Beteiligungsformen, die Inhalte und Absichten des Beteiligungsberichtes, die Aufgaben der Beteiligungssteuerung und die wichtigsten Begrifflichkeiten des Rechnungswesens erläutert haben, dürfen wir nun zu den einzelnen Beteiligungsunternehmen überleiten.

10. Graphische Übersichten über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises

Beteiligungsunternehmen des Vogelsbergkreises die der Berichtspflicht gem. § 123 a Abs. 1 HGO unterliegen



Beteiligungen des Vogelsbergkreises, die fakultativ gezeigt werden:



B. Die Beteiligungsunternehmen und Einrichtungen

I. Die „Pflicht“ .....

Nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) hat der Vogelsbergkreis zur Information des Kreistages und der Öffentlichkeit jährlich einen Beteiligungsbericht zu erstellen.

In diesen Bericht sind „verpflichtend“ nur Unternehmensbeteiligungen in einer Rechtsform des **Privatrechts** aufzunehmen und davon wiederum nur jene, an denen der Vogelsbergkreis mit mindestens **20 Prozent** unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Damit erscheint der Kreis der Unternehmensbeteiligungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmung darzustellen sind, vergleichsweise überschaubar.

Nach den gesetzlichen Kriterien sind darzustellen

- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH (KKH Alsfeld)

  sowie als <u>mittelbare</u> Beteiligungen

  die Tochtergesellschaften der KKH Alsfeld

  - Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistungsgesellschaft mbH (KAD)
  - Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft AMANDUS GmbH
  - Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH (GuPA)

  die Tochterunternehmen des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe

  - Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)
  - Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)
  - OVAG Energie AG
  - OVAG Netz AG
  - Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)

  die Tochtergesellschaften des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

  - Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis (AEGV)
  - Neue Energie Vogelsbergkreis (NEV)

- Vogelsberg Consult GmbH
- Neue Arbeit Vogelsbergkreis gGmbH
- Region Vogelsberg Touristik GmbH

1. Gesundheit und soziale Angelegenheiten

Kreiskrankenhaus des Vogelsberg-kreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Der öffentliche Zweck des Unternehmens

Gewährleistung bedarfsgerechter, regionaler Krankenhausleistungen und Notfallversorgung einschließlich stationärer Geburtshilfe

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Es handelt sich um ein Unternehmen des Privatrechtes, jedoch stellt die Betätigung auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 Abs. 1 HGO dar. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender	Landrat Manfred Görig
stellv. Vorsitzender	Dr. Arno Wettlaufer
Mitglieder des Kreistages	Jürgen Ackermann
	Ulf Immo Bovensmann
	Dr. Hans Heuser
	Edith Köhn-Müller
Sachkundige Personen	Gerhard Kühnl
	Helmut Euler
	Ralf A. Becker (bis 06.11.2013)
	Stephan Paule (ab 07.11.2013)
Mitglieder des Betriebsrates	Cornelia Laqua
	Elona Kaiser

Geschäftsführung: Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Bezüge für aktive und frühere Mitglieder der Geschäftsleitung nach § 314 Abs. 6 a) und b) HGB wurde verzichtet, da hiermit die Schutzwirkung nach § 286 Abs. 4 HGB für Angaben nach § 285 Nr. 9 a) und b) HGB aufgehoben würde.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2013 Aufwendungen in Höhe von 1.996,66 € (Vorjahr 1.531,90 €).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	16.08.1999
Gesellschaftsvertrag:	16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001
Handelsregister:	Amtsgericht Gießen, HRB 5326
Stammkapital:	6.000.000 €
Beteiligungen:	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 € 3. Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
Gesellschafter:	Vogelsbergkreis 100 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2012	**2013**
KKH GmbH	389,83	370,00

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresfehlbetrag 2.834.594,74 €
Kreditaufnahmen:	siehe unten
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	*) Bürgschaft
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Verlustausgleich für die Jahre 2009 - 2011 über 4.640.510,98 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Das Kreiskrankenhaus erfüllt seinen Auftrag zur Sicherstellung bedarfsgerechter Krankenhausleistungen einschließlich Notfallversorgung und stationärer Geburtshilfe uneingeschränkt.

*) Bürgschaft des Vogelsbergkreises über 8 Mio €, genehmigt durch RP am 16.03.2011
Bürgschaft über 4 Mio €, genehmigt durch RP am 26.02.2013
Altersteilzeitvereinbarung über 78.567,47 € (Restverpflichtung), KT-Beschluss am 27.01.2011

Bilanz des Unternehmens:

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.930,00	41.888,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.393.173,09	21.404.592,09
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.490.617,00	1.632.321,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.582.460,00	1.962.521,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	882.939,04	498.683,71
	24.349.189,13	25.498.117,80
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	67.750,00	67.750,00
2. Beteiligungen	10.000,00	5.500,00
	77.750,00	73.250,00
	24.450.869,13	25.613.255,80
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	133.372,70	154.370,00
2. Unfertige Leistungen	213.005,40	273.396,12
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
	346.378,10	427.766,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.648.709,65	5.004.461,26
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntgG EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)	909.305,27	737.108,95
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 929.225,03 (Vorjahr EUR 504.292,69)	557.625,26	929.225,03
4. Sonstige Vermögensgegenstände	139.445,70	206.377,06
	5.255.085,88	6.877.172,30
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	11.674,00	27.736,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	30.064.007,11	32.945.931,16

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000.000,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	4.381.424,54	4.381.424,54
III. Verlustvortrag	-1.919.511,82	-4.563.865,71
IV. Jahresfehlbetrag	-2.834.594,74	-1.996.157,09
	5.627.317,98	3.821.401,74
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	13.225.049,64	13.493.326,48
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.221.429,00	1.285.714,00
	14.446.478,64	14.779.040,48
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
2. Steuerrückstellungen	5.616,25	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	2.206.727,50	2.341.224,68
	2.212.343,75	2.341.224,68
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.290.444,01 (Vorjahr EUR 7.376.210,81)	4.290.444,01	7.376.210,81
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 834.021,78 (Vorjahr EUR 748.835,61)	834.021,78	748.835,61
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 15.000,00 (Vorjahr EUR 15.000,00)	405.000,00	435.000,00
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntgG EUR 0,00 (Vorjahr EUR 34.572,67) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 488.628,33 (Vorjahr EUR 729.538,65)	488.628,33	729.538,65
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 49.545,79 (Vorjahr EUR 689.106,41)	49.545,79	689.106,41
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 497.611,30 (Vorjahr EUR 583.845,59)	1.710.226,83	2.022.304,50
	7.777.866,74	12.000.995,98
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	3.268,28
	30.064.007,11	32.945.931,16

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

	01.01. bis 31.12.2013 EUR	01.01. bis 31.12.2012 EUR
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	20.063.059,27	21.695.368,77
2. Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	0,00	0,00
3. Erlöse aus Wahlleistungen	173.016,40	177.343,95
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	382.863,09	364.879,59
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	788.252,42	786.648,47
6. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen / unfertigen Leistungen	-60.390,72	-45.646,45
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	30.821,48	58.588,78
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.401.842,78	2.467.221,82
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 0 EUR	23.779.464,72	25.504.404,93
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	13.254.674,77	13.705.584,73
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.402.013,36	3.552.353,91
	16.656.688,13	17.257.938,64
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.905.467,03	4.493.914,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.485.536,05	2.395.696,83
	6.391.003,08	6.889.611,20
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen - davon Fördermittel nach dem KHG: Euro 600527,65 (i.Vj. . € 1260672,88)	600.527,65	1.260.672,88
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.187.065,29	1.212.547,42
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	651.355,00	1.270.592,57
14. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	1.783.533,89	1.902.226,54
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.769.064,45	2.473.175,50
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre Euro 0,00(i.Vj. Tsd. € 152,2)		
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.514,93	2.645,21
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon für Betriebsmittelkredite: Euro 15.072,49 (i.Vj. Tsd. € 2,6)	134.506,67	176.441,37
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.817.578,63**	**-1.989.715,38**
20. Steuern		
- davon vom Einkommen und vom Ertrag Euro3.678,08 (i.Vj. Tsd. € 19,2)	17.016,11	6.441,71
22. Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag	**-2.834.594,74**	**-1.996.157,09**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlagen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.
Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäss § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.
Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Schüllermann und Partner AG, Dreieich, beauftragt.

1.2 Konzernstruktur

Die “Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH” (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes “Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld” zum 01.01.1999 entstanden.
Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die Gesellschaft verfügt über drei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD-GmbH)“, die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ sowie die im Dezember 2011 gegründete Gesundheit- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA). AMANDUS und GuPA befinden sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während sie bei der KAD über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

1.3 Allgemeine Situation

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht ausreichend und nur durch kontinuierliche Leistungsausweitung können Krankenhäuser noch wirtschaftlich arbeiten.
Dies stellt sich für kleinere Krankenhäuser in gering besiedelten Gebieten besonders problematisch dar. Durch Zunahme der ambulanten Behandlungen werden stationäre Behandlungen ersetzt und auch die zunehmende Mobilisierung der Patienten sowie das Bedürfnis auch bei der Behandlung leichter bis mittlerer Schwierigkeitsgraden den „Spezialisten“ aufsuchen zu wollen, reduziert die potentielle Patientenzahl.

Es wird zunehmend schwieriger adäquates Personal insbesondere Ärzte und Pflegekräfte zu gewinnen, wobei Krankenhäuser in ländlichen Regionen gegenüber den großen Ballungsgebieten noch einmal vor besonderen Schwierigkeiten stehen.

Eine weitere Belastung stellt die unzureichende Investitionsförderung dar, wovon ebenfalls wieder die kleineren Krankenhäuser überdurchschnittlich betroffen sind. Sie müssen einen höheren Anteil der verfügbaren Investitionsmittel in ihre haus- und betriebstechnische Infrastruktur stecken (Gebäudeinfrastruktur, Informationstechnologie, Energieversorgung). Daher bleibt weniger übrig, um Investitionen in die Medizintechnik vorzunehmen, was dazu führt, dass die medizinische Attraktivität im Zeitverlauf sinkt.

1. Lagebericht

2.1 Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

2.1.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatrie“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.
Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfallchirurgie und Orthopädie“ einschließlich der Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind.
In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Proktologie, Herz- und Thoraxchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin mit den Schwerpunkten Gastroenterologie. Kardiologie und Pneumologie, Anästhesie, Schmerztherapie, Palliativmedizin, Geriatrie sowie Diabetologie.
Daneben wird ein Medizinisches Versorgungszentrum mit einem chirurgischen und internistischen Sitz (Schwerpunkt Onkologie) betrieben.

2.1.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 7.045 (Vorjahr 7.538) Patienten stationär aufgenommen. Dies entspricht einem Rückgang von 6,54%. Der CMI (Casemix-Index = prozentualer Wert) sank von 0,9427 (2012) auf 0,8720 (2013) und damit um 7,50%. Der Casemix (drückt Schwierigkeitsgrad der Fälle absolut aus) sank von 7106 (2012) auf 6143 (2013) und damit um 13,55%. Etwa 84% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und ca. 10% aus dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.
Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 63,95% (Vorjahr 74,21%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 6,23 Tage (Vorjahr: 6,78 Tage). Damit ist der Auslastungsgrad des Krankenhauses weiter gesunken.
Das Geschäftsjahr 2013 gestaltete sich außerordentlich schwierig. Es gab einen deutlichen Rückgang bei den Erlösen. Dazu haben vor allem die Chefarztwechsel und Vakanzen sowie die verstärkte Diskussion um die Zukunft des Alsfelder Krankenhauses beigetragen. Auf der Kostenseite tragen hierzu die hohen Kosten der Notfallversorgung, die Kostenunterdeckung in der Geburtshilfe, die Entwicklung der Personalkosten sowie die weiterhin erheblichen Instandhaltungsaufwendungen bei.

2.1.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von T€ 668 vorgenommen. Dabei entfielen jeweils gerundet T€ 209 auf Einrichtungen und Ausstattungen, T€ 384 auf „im Bau befindliche Anlagen“ und T€ 57 auf Technische Anlagen.

Im EDV-Bereich wurden Investitionen in Höhe von rund T€ 13 vorgenommen. Die Zugänge im Bereich Finanzanlagen betreffen den Erwerb eines Genossenschaftsanteils.
Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 775. Fördermittel wurden in Höhe von T€ 601 bewilligt. In der Amandus GmbH wurden Investitionen in Höhe von T€ 13 hauptsächlich für die Anschaffung neuer Therapieliegen für die Physiotherapie getätigt. In der KAD GmbH gab es Investitionen in Höhe von T€ 79. In der Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld GmbH (GUPA) fielen hauptsächlich durch ein neues Fahrzeug für die Sozialstation Investitionen in Höhe von T€ 14 an.

2.1.4. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), durch Einzel-Fördermittel (Brandschutz) und über Kredite.

2.1.5 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 81,3% (Vorjahr 77,7%). Für den Konzern beträgt die Quote 79,0% (Vorjahr: 78,4%).
Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2013 mit einem Wert von T€ 18.814 (Vorjahr T€ 19.759) zu Buche.
Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft beläuft sich zum 31.12.2013 auf 5,63 Mio. € (Vorjahr: 3,82 Mio. €) = 18,7% (Vorjahr: 11,6%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 6,37 Mio. € (Vorjahr: 4,20 Mio. €) = 20,3% (Vorjahr: 12,7%).
Zum Bilanzstichtag ist das langfristig gebundene Konzernvermögen (Anlagevermögen) zu rd. 96% durch Eigenmittel, Sonderposten sowie langfristige Rückstellungen und Darlehen langfristig finanziert.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum aufgrund der Bürgschaft des Vogelsbergkreises vom Januar 2011 gegeben. Zur weiteren Sicherung der Liquidität wurde vom Kreistag am 12.11.2012 eine Erhöhung der Bürgschaft von 8,0 auf 12,0 Mio € sowie ein Verlustausgleich der Jahre 2009 – 2011 in Höhe von 4,64 Mio € beschlossen. Beide Beschlüsse wurden durch das Regierungspräsidium Gießen genehmigt und der Verlustausgleich im Haushaltsjahr 2013 vorgenommen. In den Haushaltsplan 2014 wurde der Verlustausgleich für das Jahr 2012 eingestellt. Die Auszahlung erfolgte über vier Abschlagszahlungen im 1. Quartal 2014 in Höhe von insgesamt 1.996.000,00 €.

2.1.6 Ertragslage für die Muttergesellschaft

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen (DRG-Fälle = „diagnoses related groups“ = Krankenhausfälle nach Abrechnungsgruppen) sanken leistungsbedingt um T€ 1.632 (= - 7,52%). Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um T€ 65. Die Senkung beruht auf einem Einmaleffekt im vergangenen Jahr durch eine Rückzahlung aus der Anschubfinanzierung § 140 SBG V. Die Personalaufwendungen sanken um T€ 601. Der Materialaufwand verringerte sich um T€ 499 (= - 7,2%), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen einschließlich Steuern stiegen um T€ 307 (= 12,4%). Einschließlich der ergebniswirksamen Abschreibungen führte diese Entwicklung zu einer Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr um T€ 839 und einem Jahresfehlbetrag von T€ 2.835.

2.1.7 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 16.657 (Vorjahr: T€ 17.258).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 20.987 (Vorjahr T€ 21.391) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 370 (Vorjahr: 370), in der KAD 102 (Vorjahr: 99), bei AMANDUS 45 (Vorjahr: 37) und in der GUPA 74 (Vorjahr:69) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 591 (Vorjahr: 575) Arbeitsplätze bietet.
Das Kreiskrankenhaus betreibt eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen. Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2013 wurden für Lauterbach 36 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 25 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 61 Ausbildungsplätze besetzt waren.
Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

2.1.11 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr stark negativ (T€ -2.494) und zwar mit rund T€ -2.835 im Teilbereich Krankenhaus und mit Gewinnen bei der AMANDUS mit T€ 33, einem Gewinn in Höhe von T€ 21 in der KAD (ohne den Gewinnanteil Minderheitsgesellschafter) und ebenfalls einem Gewinn bei der GUPA von T€ 287. Ohne strukturelle Veränderungen im Krankenhaus wird sich das Konzernbetriebsergebnis nicht wesentlich verbessern können.
Dabei ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ dieser Klinik geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandsschutz, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten.
Dies macht es erforderlich, größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund würde den Klinikstandort Alsfeld stärken und die Versorgungsqualität in der Region erhöhen.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet. Neben der kontinuierlichen Verbesserung der innerbetrieblichen Strukturen und Abläufe ist es vor allem erforderlich die strukturellen Beschränkungen zu beheben. Hierzu gehören zum einen die Beseitigung der baulichen und technischen Defizite, die Entwicklung von weiteren medizinischen Leistungsangeboten durch eine enge Zusammenarbeit mit einem größeren Krankenhaus sowie die Einbindung in einen größeren Verbund.

Für die Jahre 2014 und 2015 wird mit weiteren Verlusten im Konzernergebnis gerechnet.

Ausblick:

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Für die Vorhaltung von Leistungen im Bereich der Notfallversorgung, für die intensivmedizinischen Leistungen sowie für die Geburtshilfe wurde beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ein Antrag auf Gewährung eines Sicherstellungszuschlages gestellt. Bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung für das Krankenhaus dauerhaft gewährleistet sein.

Davon losgelöst ist die Frage der Trägerschaft zu bewerten. Das Krankenhaus als alleiniges Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft wird nicht in der Lage sein, die strukturellen Defizite zu bewältigen. Auch die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen reicht nicht aus, um als selbständiges Krankenhaus die Defizitzone zu verlassen.

Es ist zu hoffen, dass die derzeitigen Sondierungsgespräche zur gesellschaftsrechtlichen Verflechtung mit anderen Krankenhäusern erfolgreich verlaufen, um Strukturen zu legen, die das Krankenhaus auch wirtschaftlich wieder auf einen erfolgreichen Kurs bringen.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „gut aufgestellt". Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Durch ambulante Sprechstunden, dem Medizinischen Versorgungszentrum Alsfeld, der Sozialstation sowie dem Engagement im Palliativen Netzwerk Waldhessen ist das Krankenhaus weit über die eigentliche stationäre Versorgung als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung engagiert.

Das bereits seit einigen Jahren aufgebaute Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO wurde im Juni 2013 erstmalig zertifiziert und wird zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Strukturen und Abläufen sowie einer stärkeren Kundenorientierung beitragen.

Zur Unterstützung der hausärztlichen Struktur im Vogelsbergkreis besteht ein Weiterbildungsverbund und kontinuierlich werden Ärzte im Fachbereich Allgemeinmedizin weitergebildet.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

In der Gesellschaft bestehen organisatorische Regelungen und Maßnahmen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Die weiterhin offene Frage der gesellschaftsrechtlichen Verflechtung und zukünftigen Ausrichtung birgt Risiken hinsichtlich der Belegung und der Verzögerung von strukturellen und organisatorischen Veränderungen, die sich bestandsgefährdend auswirken können. Das bisher akute bestandsgefährdende Risiko der unzureichenden Finanz- und Vermögenslage ist durch den Verlustausgleich des Vogelsbergkreises und neue Kreditverträge zunächst behoben, besteht jedoch mittelfristig weiterhin, da die Liquidität nur durch eine auf vier Jahre befristete Bürgschaft gesichert ist.

3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig.
Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis", das Lohnkostenniveau, ansteigen wird.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht hinreichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich weiterhin zu Ungunsten der Klinik entwickeln. Beispielhaft seien hier die fehlende Koppelung der Preise an die allgemeine Kostensteigerung einschließlich der vollen Tarifsteigerungen, Abschläge zur Sanierung der Krankenkassen sowie die Entgeltsystematik bei Mehr- und Minderleistungen auf Landes- und Einrichtungsebene genannt.

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt. Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur einschließlich der Zusatzversorgung an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und sind existenzgefährdend. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Zum 01.01.2014 haben der neue Chefarzt der Allgemein- Viszeral- und Gefäßchirurgie und zum 01.04.2014 der neue Chefarzt der Allgemeinen Inneren / Geriatrie ihren Dienst aufgenommen. Damit sind alle offenen Stellen in der Ärztlichen Leitung wieder besetzt.

In der Entgeltverhandlung mit den Krankenkassen am 3. Juni konnte das bisherige Budget trotz der Leistungsreduzierung des Jahres 2013 fortgeschrieben werden. Damit wurde der Rahmen geschaffen die Leistungen wieder zu steigern, ohne dadurch Mehrerlösausgleiche oder in den Folgejahren Mehrleistungsabschläge hinnehmen zu müssen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 3. April 2014 das Gesamtunternehmen „Gesundheitsdienste“ auf der Grundlage der Freistellungsentscheidung der EU-Kommission vom 20.12.2011 für die Dauer von 10 Jahren mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Zur Sicherung der Liquidität wurde ein Gewähr- und Darlehensvertrag des Trägers mit dem Kreiskrankenhaus genehmigt.

5. Voraussichtliche Entwicklung

Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird.

Der Qualitätswettbewerb der Kliniken untereinander wird zunehmen. Das Kreiskrankenhaus nimmt bereits über den Klinikverbund an einem regelmäßigen Benchmark teil um sich kontinuierlich zu verbessern. Ein grundlegendes Problem bleibt die Auswertung auf der Basis von geringen Fallzahlen, die regelmäßig zu besonderen Sprüngen in der Auswertung führen.

Die bauliche Zielplanung wurde überarbeitet. Das Kreiskrankenhaus hat einen erheblichen baulichen und technischen Investitionsbedarf, den es nicht aus Eigenmitteln bestreiten kann. Für die weitere Entwicklung ist es von entscheidender Bedeutung, ob dieser Investitionsstau noch durch eine Einzelförderung behoben werden kann, bevor das Land Hessen ab 2016 auf Pauschalförderung umstellen wird.

Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD)

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Krankenhäusern und solchen Einrichtungen öffentlich- und privatrechtlicher Art, die sich insbesondere mit dem Gesundheitswesen, der Wohlfahrtspflege und dem Bildungswesen befassen.

Diese Dienstleistungen betreffen insbesondere Verpflegungs- und Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche und technische Dienste, Verwaltungs- und Liegenschaftsverwaltungsdienste sowie zentrale Hausdienste und alle artverwandten Nebendienste.

Der öffentliche Zweck des Unternehmens

Dienstleistungen für Einrichtungen des Gesundheitswesens, Deckung des Eigenbedarfes des Kreiskrankenhauses

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2000

Anteile in %: 51 % mittelbare Beteiligung über die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Hans-Werner Müller, Dipl.-Verwaltungswirt

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 2000

Gesellschaftsvertrag: 19.12.2000, geänderte Fassung vom 29.08.2007

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 5363

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

1. Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH, zu 51% = 12.750 €
2. Gies Dienstleistungen GmbH, zu 49% = 12.250 €

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2012	2013
KAD GmbH	99,25	101,50

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht Stammeinlage 25.000 €
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 40.427,11 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Es entsteht eine mittelbare Wirkung indem die KKH GmbH mit rd. 21T€ an dem Gewinn paritzipiert, der das Defizit des Krankenhauses in gleicher Höhe senkt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der öffentliche Zweck dieses Tochterunternehmens liegt in der Beschaffung und Sicherung des Eigenbedarfes. Dieses Unternehmensziel wird nachhaltig gewährleistet. Die Gesellschaft ist zu über 70 % mit Leistungen an den „Konzern“ Kreiskrankenhaus ausgelastet.

Diese Betätigung erwirtschaftet zugleich einen Deckungsbeitrag zu den Kosten des Krankenhausbetriebes von rund 21 TEUR. Nach § 121 Abs. 8 HGO ist ein solches Betriebsergebnis ausdrücklich durch den Gesetzgeber gewünscht.

Bilanz des Unternehmens:

KAD GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.251,00	1,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	148.872,00	162.746,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	84.064,00	23.962,00
	234.187,00	186.709,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	36.649,84	36.469,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.461,43	25.919,61
2. Forderungen gegen Gesellschafter	257.858,84	514.894,54
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.697,03	21.158,64
4. Sonstige Vermögensgegenstände	14.997,52	3.150,04
	300.014,82	565.122,83
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	60.994,22	26.339,21
	631.845,88	814.640,70

KAD GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinn-, Verlustvortrag	156.259,71	135.955,47
III. Jahresüberschuss	40.427,11	20.304,24
	221.686,82	181.259,71
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	28.524,04	47.406,06
	28.524,04	47.406,06
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.041,48	102.437,88
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	184.833,33	334.965,13
3. Sonstige Verbindlichkeiten	160.760,21	148.571,92
	381.635,02	585.974,93
	631.845,88	814.640,70

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)

		2013 EUR	2012 EUR
1.	Umsatzerlöse	2.834.792,65	2.678.164,59
2.	Sonstige betriebliche Erträge	54.406,35	10.535,98
		2.889.199,00	2.688.700,57
3.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	623.017,00	638.801,76
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	124.920,07	138.386,63
		747.937,07	777.188,39
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	1.618.597,36	1.458.490,72
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	328.610,30	300.233,99
		1.947.207,66	1.758.724,71
5.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	31.261,58	28.157,85
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	105.063,96	96.296,25
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91,85	327,87
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5,47	0,00
8.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**57.815,11**	**28.661,24**
9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	17.388,00	8.357,00
10.	**Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag**	**40.427,11**	**20.304,24**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft ist als Serviceunternehmen zur Erbringung sogenannter Hotelleistungen für das Krankenhaus- und Gesundheitswesen einzuordnen. Sie sieht sich deshalb als Teil des Hotel- und Gaststättengewerbes in der Stadt Alsfeld und der angrenzenden Region.

Die Gesellschaft erbringt an der Adresse Schwabenröder Str. 81 in Alsfeld gegenüber dem Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und seiner Tochtergesellschaft Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH u.a. folgende Dienstleistungen:

- Reinigungsleistungen,
- Hauswirtschaftliche Leistungen,
- Pforten, Telefon- und Archivdienste,
- Betreuung und Weiterentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung
- Patientenverpflegung,
- Leistungen der Haustechnik,
- Bewirtschaftung des Parkplatzes und der Außenanlage des Krankenhauses und
- Leistungen eines medizinischen Schreibdienstes sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Darüber hinaus werden Erlöse durch Catering bei privaten und geschäftlichen Veranstaltungen, "Essen auf Rädern“, dem Krankenhausrestaurantbetrieb sowie durch externe Reinigungsaufträge erzielt.

Das neue Geschäftsfeld im Bereich der Pflegestationen, bei dem Mitarbeiter der KAD hauswirtschaftliche und verwaltungstechnische Tätigkeiten erbringen, um die Pflegekräfte der Muttergesellschaft von pflegefernen Tätigkeiten zu entlasten, hat sich stabilisiert und zu Mehrerlösen geführt. Außerdem setzten sich die hohen Krankenstände in der Muttergesellschaft fort, so dass in diesem Bereich weiterhin höhere Erlöse erzielt werden. Im Dienstleistungsbereich Verwaltung werden aufgrund des höheren Auftragsaufkommens durch das Krankenhaus dauerhaft Mehrerlöse erreicht. Personalkostensteigerungen sind vor allem daraus begründet. Bei sparsamer und kostenbewusster Wirtschaftsführung konnte im Geschäftsjahr 2013 ein Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von € 40.427,11 erzielt werden.

1.2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Die **Vermögenslage** der KAD GmbH zum 31.12.2013 ist durch Forderungen gegenüber Gesellschaftern mit 258 T€ (= 40,8 % der Bilanzsumme) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern mit 185 T€ (= 29,2 % der Bilanzsumme) geprägt. Die Anlagenquote (Anteil des Anlagenvermögens am Gesamtvermögen) hat sich gegenüber dem Vorjahr von 22,9 % (TEUR 187) aus 37,0 % (TEUR 234) erhöht. Insgesamt verzeichnet die Bilanzsumme gegenüber 2012 einen Rückgang von TEUR183.

Die Eigenkapitalquote beträgt 35,0 % (Vorjahr: 22,2 %).

Die Zugänge zum Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2013 belaufen sich auf 79 T€. Es handelt sich im Wesentlichen um die Übernahme der beweglichen Einrichtungsgegenstände im Bereich Küche und Restaurant aus dem Bestand des Krankenhauses. Die Gesellschaft stellt mit der Übernahme des Anlagevermögens sicher, dass Ersatzbeschaffung zukünftig zeitgerecht und wirtschaftlich erfolgen kann.

b) Finanzlage

Gegenwärtig verfügt die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität. Unsere **Finanzlage** ist geordnet.

c) Ertragslage

Umsatzerlöse **Euro 2.834.792,65**
(Vorjahr Euro 2.678.164,59)

Im Einzelnen:

	2013 Euro	2012 Euro
Reinigungsleistungen Krankenhaus	298.196,84	288.289,46
Managementgebühren	600,00	600,00
Hauswirtschaft	415.964,87	309.163,56
Haustechnik	99.909,06	99.811,11
Leistungserlöse KKH Verwaltung	346.729,24	332.883,26
Leistungserlöse Schreibbüro	268.498,01	274.937,56
Pforten-, Telefon- und Archivdienst	126.681,83	94.587,77
Betreuung und Weiterentwicklung EDV	211.692,00	189.343,35
Patientenverpflegung KKH/Amandus	456.031,37	467.061,30
	2.224.303,22	2.056.677,37
Catering und Krankenhausrestaurant	481.205,27	482.247,58
Erlöse Parkplatz	127.674,60	137.636,60
Sonstige Erlöse	1.609,56	1.603,04
	2.834.792,65	2.678.164,59

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 54 und nach Abzug des Materialaufwandes in Höhe von T€ 748, der Personalaufwendungen in Höhe von T€ 1.947, der Abschreibungen in Höhe von T€ 31, der Sachaufwendungen in Höhe von T€ 106 und Steuerzahlungen von insgesamt T€ 17 wurde ein Jahresüberschuss von insgesamt T€ 40 erwirtschaftet.

Der Personalaufwand verzeichnete im Berichtsjahr eine Erhöhung um 188 TEUR von TEUR 1.759 in 2012 auf TEUR 1.947 im Berichtsjahr. Bestimmend hierfür war der Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 61,2 Vollkräfte auf 65,9 Vollkräfte in 2013.

Wir beurteilen die gegenwärtige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Geschäftsbetriebes als ausreichend.

1.3 Hinweise auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Chancen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Muttergesellschaft muss diese veranlassen, Ihre Dienstleistung dahingehend zu überprüfen, ob Tätigkeiten auch von weniger qualifiziertem kostengünstigerem Personal erbracht werden können. Hier besteht die Chance für die KAD GmbH weitere Arbeitsfelder zu erschließen.

Durch die Beteiligung eines Dienstleistungsunternehmens (Fa. Gies Dienstleistung GmbH, Stadtallendorf) an der Gesellschaft wird die Entwicklung der KAD GmbH weiter am Marktgeschehen ausgerichtet und Rationalisierungsreserven erschlossen.

b) Bestandsgefährdende Risiken

Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft liegen in der wirtschaftlichen Situation der Muttergesellschaft und den daraus abzuleitenden Maßnahmen zur Herstellung ihrer Wirtschaftlichkeit.

c) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Risiken für die künftige Entwicklung sehen wir weiterhin, wenn auch im Zweck der Gesellschaft begründet, vor allem in der Tatsache, dass seit dem Kalenderjahr 2007 konstant über 70 % unserer Leistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und seinen Tochtergesellschaften der Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH und der Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH erbracht werden. Dieses Faktum zeigt, dass die Entwicklung der KAD unmittelbar mit der Entwicklung des Mutterunternehmens und ihrer Tochtergesellschaften bzw. der Bereitschaft derselben, die Leistungen der KAD nachzufragen, verknüpft ist.

Zur Vermeidung von Betriebsverlusten wurden im Geschäftsjahr 2013 Preisanpassungen vorgenommen, die zu einem positiven Betriebsergebnis und somit einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung führten.

2. Nachtragsbericht gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB:

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten oder bekannt geworden.

3. Prognosebericht (§ 289 Abs. 2 Ziff. 2 HGB):

Wir gehen davon aus, dass sich die Erlöse im Kalenderjahr 2014 nicht wesentlich ändern werden. Einen Kostenfaktor stellt im Reinigungsbereich die festgelegte Anhebung des Mindestlohnes zum 1. Januar 2014 dar. Außerdem läuft der Tarifvertrag des Hotel- und Gaststättengewerbes zum 31. Dezember 2014 aus, dessen zu erwartende Tarifsteigerung ebenfalls zur Steigerung der Personalkosten der Gesellschaft führen wird. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Muttergesellschaft können kaum höhere Preise durchgesetzt werden. Im Kalenderjahr 2015 werden nun erstmals Auswirkungen aufgrund der absehbaren Entscheidung zur Zukunft der Muttergesellschaft erwartet, die sich sowohl in einer Ausweitung der Geschäftsbeziehungen als auch in deren Einschränkung liegen können. Insoweit ist keine verlässliche Prognose darstellbar.

Des Weiteren ist die rechtliche Entwicklung im Bereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes noch nicht absehbar. Obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD vereinbart, ist bisher über das Gesetz noch nicht entschieden worden. Sofern es zu zeitlichen Beschränkungen in der Überlassungsdauer kommt, wäre über die künftige rechtliche Konstellation bei der Überlassung von Krankenhauspersonal neu zu entscheiden.

4. Zweigniederlassungen (§ 289 Abs. 2 Ziff. 4):

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

AMANDUS Pflege- und Dienstleistungs-gesellschaft mbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

1. Ambulante Pflegeleistungen im Sinne des SGB V und SGB XI
2. Dienstleistungen, die der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienlich sind; hierzu gehören insbesondere Essen auf Rädern, Hauswirtschaftsdienste, beratende Angebote, Transportleistungen, Dienstleistungen aller Art ggü. Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Arztpraxen und -zentren, Jugend- und Wohlfahrtseinrichtungen
3. Dienstleistungen, die über den Bereich der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung (Punkt 2) hinausgehen, gegenüber Einrichtungen des Vogelsbergkreises und solchen, an denen der Vogelsbergkreis oder eine Stadt oder Gemeinde des Vogelsbergkreises beteiligt ist.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2001

Anteile in %: 100% mittelbare Beteiligung über der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 2001

Gesellschaftsvertrag: 04.12.2001

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 5399

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH (100%)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2012	2013
AMANDUS GmbH	37,25	45,00

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht Stammeinlage 25.000 €
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 32.570,30 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	haushaltsentlastend in Höhe des Erwirtschafteten Überschusses von 32.570,30 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Tätigkeitsfelder der AMANDUS GmbH reduzieren sich derzeit auf physiotherapeutische Leistungen und auf stationäre Kurzzeitpflege.
Beide Bereiche sind bedarfsgerecht gestaltet und werden mit einem positiven Geschäftsergebnis abgeschlossen. Die Anforderungen des § 121 Abs. 8 HGO werden erfüllt.

Bilanz des Unternehmens:

Amandus GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.278,00	10.628,00
	22.278,00	10.628,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	132,65	78,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	116.841,39	120.323,97
2. Forderungen gegen Gesellschafter	4.197,71	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.633,08	3.751,68
	123.672,18	124.075,65
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	77.988,47	44.402,51
	224.071,30	179.184,67

Amandus GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
Bilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitaltücklage	5.000,00	5.000,00
III. Gewinn-, Verlustvortrag	-5.001,82	2.962,10
IV Jahresüberschuss, Jahresfehlbetrag	32.570,30	-7.963,92
	57.568,48	24.998,18
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	9.427,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	53.964,55	48.217,54
	63.391,55	48.217,54
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.160,55	14.704,06
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	79.640,92	70.966,35
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	14.653,94
4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.309,80	5.644,60
	103.111,27	105.968,95
	224.071,30	179.184,67

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

Amandus Pflege- und Dienstleistungesgesellschaft mbH

		2013 EUR	2012 EUR
1.	Umsatzerlöse	1.484.402,86	1.414.140,61
2.	Sonstige betriebliche Erträge	3.764,53	4.512,05
		1.488.167,39	1.418.652,66
3.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.010,35	11.431,33
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	449.349,79	423.588,14
		459.360,14	435.019,47
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	687.384,30	690.630,04
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	128.257,82	142.928,16
		815.642,12	833.558,20
5.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.183,80	2.111,26
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	165.356,68	156.141,90
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,48	214,25
8.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**44.628,13**	**-7.963,92**
9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	12.057,83	0,00
10.	**Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag**	**32.570,30**	**-7.963,92**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Laut Gesellschaftsvertrag kann die Gesellschaft ambulante Pflegeleistungen i. S. d. SGB V und SGB XI sowie Dienstleistungen, die der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienlich sind, gegenüber Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Arztpraxen, Jugend- und Wohlfahrtseinrichtungen und artverwandten Einrichtungen erbringen. Darüber hinaus gehende Dienstleistungen gegenüber Einrichtungen des Vogelsbergkreises sowie deren Gemeinden sind ebenfalls möglich.

Die Kurzzeitpflegestation als Betriebsteil von Amandus ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und Patienten mit weiterem Betreuungsbedarf eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) anzubieten.

Das Ziel einer Mindestbelegung von 85% wurde auch für das Jahr 2013 erreicht und lag für das Gesamtjahr etwas über 91%. Mit dieser Belegung wurde erneut das beste Ergebnis seit Bestehen der Kurzzeitpflege erzielt. Eine weitere Steigerung der Belegung ist als reine Kurzzeitpflegeeinrichtung nur sehr schwer zu realisieren. Die Gesamtpflegetage für den Zeitraum 2013 betrugen 6.654 Pflegetage. Für die Wirtschaftlichkeit ist nicht nur die Belegung ausschlaggebend sondern auch die Verteilung innerhalb der Pflegestufen. Das Ergebnis ist in erster Linie auf die konsequente Umsetzung des Entlassungsmanagements und einer flexiblen Bettenbelegung zurückzuführen. Der Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz in der näheren Umgebung tragen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Bei der Auslastung der Tagespflege musste ein Rückgang auf 771 Pflegetage verzeichnet werden. Der zeitweise fehlende Transportdienst sowie längere Erkrankungen von Stammkunden sind an diesem Rückgang maßgeblich beteiligt.

Für das Jahr 2013 konnte eine Kostendeckung der Kurzzeitpflege erreicht werden.

Im Weiteren besteht von der Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft ein Dienstleistungsvertrag mit dem Krankenhaus zum Betreiben eines Ambulanten OP-Zentrums.

Die vor zwei Jahren erfolgte Auslagerung der Physikalischen Therapie des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH in die Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft hat sich bewährt. Mit diesem Schritt wurde die Praxis in die Lage versetzt, flexibler auf die Bedürfnisse des Marktes einzugehen und eigenes Personal einzustellen.

Für die bei stationären Patienten erforderlichen physiotherapeutischen Leistungen wurde mit dem Krankenhaus ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen.

Das Aktivzentrum hat sich ebenfalls ausgeweitet und bietet neben eigenen Präventionskursen auch Kurse zur betrieblichen Gesundheitsförderung in verschiedenen Alsfelder Firmen an. Mit dem TV-Alsfeld wurde einen Kooperationsvertrag für Rehasportkurse abgeschlossen.

Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Gewinn in Höhe von € 32.570,30 ab (Vorjahr: Verlust von € 7.963,92).

1.2 Hinweise auf die Risiken der künftigen Entwicklung

a) Bestandsgefährdende Risiken

Ein bestandsgefährdendes Risiko wird aufgrund der seit einigen Geschäftsjahren zu beobachtenden Konsolidierung des Unternehmens zurzeit nicht gesehen.

b) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Risiken für die künftige Entwicklung sind vor allem in der geringen Größe der Kurzzeitpflege sowie der Abhängigkeit der Gesellschaft vom Krankenhaus zu sehen. Durch die Hinzunahme der Physiotherapiepraxis wird sich die Vermögens- Finanz- und Ertragslage weiter stabilisieren. Für 2014 und 2015 wird wieder mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

1.3 Hinweise auf die Chancen der künftigen Entwicklung

Der Betrieb einer Pflegeeinrichtung ist insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zukunftsfähig. Die Einrichtung fügt sich auch gut in die strategischen Überlegungen eines Krankenhauses ein.

Es kommt sehr häufig zu Entlassungen aus dem Krankenhaus mit direkter Einweisung in die Kurzzeitpflege. Das wird von den Betroffenen und deren Angehörigen positiv vermerkt, wodurch auch die Akzeptanz des Krankenhauses gesteigert wird. Nur die Synergieeffekte zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft ermöglichen es überhaupt, eine so kleine Kurzzeitpflegeeinrichtung zu betreiben. Um auch zukünftig ein solches Angebot wirtschaftlich vorhalten zu können, ist es erforderlich die Pflegeeinrichtung konzeptionell weiterzuentwickeln und auch mittelfristig zu erweitern.

Gesundheit- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Die Förderung gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke, insbesondere die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Rahmen einer möglichst optimalen ambulanten Versorgung der Bevölkerung.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren, durch die Pflege, die Betreuung und Aufnahme von hilfsbedürftigen Personen im Sinne der §§ 53, 66 AO sowie durch Kooperationen mit anderen Einrichtungen und/oder Personen im Gesundheitswesen, soweit diese ebenfalls diesen Satzungszweck verfolgen.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2011

Anteile in %: 100% mittelbare Beteiligung über die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 2011

Gesellschaftsvertrag: 29.09.2011

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 7618

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH (100%)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2012	2013
GUPA GmbH	68,80	74,25

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht Stammeinlage 25.000 €
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 287.395,11 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Die Tochtergesellschaft GuPA leistet mit ihrem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 287 T€ einen deutlichen Beitrag zur Defizitsenkung des Kreiskrankenhauses

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Durch die Integration der Sozialstation wird der öffentliche Bedarf an häuslicher Pflege im Geschäftsgebiet der GuPA erfüllt.

Das Vorhalten qualifizierter ärztlicher Versorgungsangebote in den Fachrichtungen Innere Medizin/Onkologie und Chirurgie stellt einen wichtigen Baustein zur reginalen Krankenversorgung dar.

Der Unternehmensbereich arbeitet erfolgreich mit anerkannt guten Ergebnissen.

Bilanz des Unternehmens:

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld GmbH

AKTIVSEITE

	2013 EUR	2012 EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	143.521,00	146.680,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.645,00	49.692,00
	193.166,00	196.372,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	588.828,07	450.531,54
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	64.636,79	56.079,42
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.602,57	19.926,00
	655.067,43	526.536,96
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	94.806,63	28.390,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	127,03
	943.040,06	**751.426,86**

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld GmbH

PASSIVSEITE

	2013 EUR	2012 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	217.885,19	-903,98
III. Jahresüberschuss / Fehlbetrag	287.395,11	218.789,17
	530.280,30	242.885,19
B. Rückstellungen		
2. Sonstige Rückstellungen	104.103,84	84.806,67
	104.103,84	84.806,67
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.290,29	5.947,72
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	268.708,83	403.612,32
3. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0,00	6.473,70
3. Sonstige Verbindlichkeiten	16.656,80	7.701,26
	308.655,92	423.735,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	943.040,06	**751.426,86**

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld GmbH

		2013 EUR	2012 EUR
1.	Umsatzerlöse	2.875.066,84	2.840.253,15
2.	Sonstige betriebliche Erträge	96.359,40	40.410,40
		2.971.426,24	2.880.663,55
3.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.602,51	13.649,99
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	862.558,18	876.236,38
		876.160,69	889.886,37
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	1.339.781,78	1.327.239,17
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	229.072,43	215.200,89
		1.568.854,21	1.542.440,06
5.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	16.832,45	14.338,35
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	222.246,36	215.209,60
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	62,58	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
9.	**Jahresüberschuss/-Jahresfehlbetrag**	**287.395,11**	**218.789,17**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesundheits- und Pflegezentrum gemeinnützige GmbH wurde am 29.09.2011 als 100%ige Tochter der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH gegründet.

Laut Gesellschaftsvertrag kann die Gesellschaft ambulante und stationäre Pflegeleistungen i.S.d. SGB V und SGB XI erbringen und an der vertragsärztlichen Versorgung als Medizinisches Versorgungszentrum i.S.d. § 95 SGB V teilnehmen.

Ab 01.01.2012 hat das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) der Gesellschaft die Zulassung erhalten und mit einer internistischen und einer chirurgischen Praxis die Tätigkeit aufgenommen. Ebenfalls zum 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Sozialstation von der Muttergesellschaft übernommen.

Der zum 01.01.2012 vollzogene Trägerwechsel vom Krankenhaus in eine eigenständige Gesellschaft hatte keine nachteiligen Einflüsse auf die Sozialstation. Die neuen Versorgungsverträge wurden auf Grundlage der alten Verträge ausgestellt und bewilligt.

Durch das Pflegeleistungsergänzungsgesetz haben die Patienten zukünftig die Möglichkeit zu unterscheiden, ob die Leistungen nach Zeit bzw. wie bisher nach Modulen abgerechnet werden sollen. Die für die Umsetzung erforderlichen Rahmenverträge liegen bis heute noch nicht vor.

1.2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich auf 20,48%.
Die Eigenkapitalausstattung beläuft sich zum 31.12.2013 auf T€ 530. Die Eigenkapitalquote beträgt 56,23 %.
Das Anlagevermögen ist in vollem Umfang durch Eigenkapital finanziert.

b) Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt über eine ausreichende Liquidität. Die Eigenkapitalausstattung ist gut.

c) Ertragslage

Die Ertragslage des Unternehmens kann als gut bezeichnet werden. Sie hat im Jahr 2013 zu einem positiven Betriebsergebnis von 287.395,11 € geführt.

1.3 Hinweise auf die Risiken der künftigen Entwicklung

a) Bestandsgefährdende Risiken

Ein bestandsgefährdendes Risiko wird zurzeit nicht gesehen.

b) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Besondere Risiken für die künftige Entwicklung sind zurzeit nicht zu sehen. Durch die Übernahme der in dieser Region etablierten Sozialstation hat die Gesellschaft ein gutes Standbein.

Für die Jahre 2014 und für 2015 werden weiterhin positive Jahresergebnisse prognostiziert. Für die Leistungsanbieter der ambulanten Pflege stellt die bereits beschriebene Wahlmöglichkeit nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz jedoch eine gewisse kalkulatorische Unsicherheit dar.

1.4 Hinweise auf die Chancen der künftigen Entwicklung

Der Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes ist insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung zukunftsfähig.

Weiterhin wird der Betrieb eines MVZ mit den Fachrichtungen Innere Medizin / Onkologie und Chirurgie als zukunftsfähig angesehen. Es leistet einen wichtigen Beitrag, um die fachärztliche ambulante Betreuung der Region sicherzustellen.

Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH

Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 – Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH
kirchlich - kommunale Gesellschaft für berufliche Integration

Unternehmenszweck

Qualifizierte Beschäftigung sowie berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 HGO - Wirtschaftliche Betätigung:

Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf die Bereiche berufliche Bildung und Integration und Sozialwesen. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Beteiligung unterliegt damit nicht den Beschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Manfred Görig - Vorsitzender	Otto Bäuscher
Rosemarie Müller	Horst Schopbach
Werner Weber	

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist (bis 21.09.2013)
Hans-Ulrich Merle

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	gGmbH
Gründungsdatum:	26.01.1999
Gesellschaftsvertrag:	26.01.1999
Handelsregister:	Gießen, HRB 5161
Stammkapital:	127.822,97 €
Beteiligungen:	Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld – 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	127.822,97	100,0

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 78 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht	
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss	359.746,89 €
Kreditaufnahmen:	keine	
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine	
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine	

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVSEITE

	31.12.2013 €	€	31.12.2012 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software	1.808,28		1.680,53
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.641.931,16		915.754,82
2. Technische Anlagen	3.573,01		10.217,01
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	89.060,73		79.351,22
	1.734.564,90		1.005.323,05
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00		50.000,00
		1.786.373,18	1.057.003,58
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	141.301,76		96.770,01
2. Forderungen gegen Gesellschafter	437.154,51		534.299,97
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 388.581,78			(437.154,51)
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	13.493,39		62.055,97
4. Sonstige Vermögensgegenstände	105.397,82		143.363,13
	697.347,48		836.489,08
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	529.828,23		894.226,12
		1.227.175,71	1.730.715,20
		3.013.548,89	2.787.718,78

PASSIVSEITE

	31.12.2013 €	€	31.12.2012 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97		127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87		148.247,87
III. Gewinnvortrag	1.125.695,71		46.060,12
IV. Jahresüberschuss	359.746,89		1.079.635,59
		1.761.513,44	1.401.766,55
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		525.818,38	539.655,82
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		47.071,08	109.372,80
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	554.981,02		605.956,82
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 74.975,80			(78.495,22)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.821,20		15.576,02
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 22.821,20			(15.576,02)
3. Sonstige Verbindlichkeiten	97.818,77		115.390,77
davon aus Steuern € 60.437,14			(40.181,13)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 97.818,77			(115.390,77)
		675.620,99	736.923,61
E. Rechnungsabgrenzungsposten		3.525,00	0,00
		3.013.548,89	2.787.718,78

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung (zum Ende d. Periode):	14 2013	Datum 13.11.2014	Seite 1
Auswertungskreis: 000 Buchungskreise: 01 / 02 / 03 / 04	Geschäftsjahr	Vorjahr	Abw.%
1. Umsatzerlöse	854.635,30	740.097,06	15,48
8. Andere aktivierte Eigenleistung	154.312,34	0,00	
9. Sonstige betriebliche Erträge	1.372.616,82	2.653.617,15	-48,27
10. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	225.803,48	193.530,15	16,68
(Roherlös)	2.155.760,98	3.200.184,06	-32,64
11. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.521.735,94	1.343.150,01	13,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	395.687,40	346.410,45	14,23
- - davon für Altersversorgung	58.555,30	49.075,47	19,32
12. Abschreibungen			
a) Auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufw. f.d. Ingangsetzung d.Betr.	72.386,98	79.391,70	-8,82
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Raumkosten	50.690,58	47.727,82	6,21
Versicher. Beiträge und Abgaben	34.289,65	32.936,93	4,11
Fahrzeugkosten	60.864,56	53.085,57	14,65
Werbe- und Reisekosten	19.932,76	17.242,00	15,61
Kosten der Warenabgabe	469,60	83,87	459,91
Verschiedene betriebliche Kosten	205.921,26	242.422,22	-15,06
(Ordentliches Betriebsergebnis)	-206.217,75	1.037.733,49	<-99,99
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.779,80	12.655,79	-85,94
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	640,00	0,00	
21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-205.077,95	1.050.389,28	<-99,99
22. Außerordentliche Erträge	568.332,15	41.826,62	>999,99
23. Außerordentliche Aufwendungen	496,27	9.712,81	-94,89
24. Außerordentliches Ergebnis	362.757,93	1.082.503,09	-66,49
26. Sonstige Steuern	3.011,04	2.867,50	5,01
29. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	359.746,89	1.079.635,59	-66,68

Auszug aus dem Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft

1.1 Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

Mit den reformhaften Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen des SGB II und SGB III in 2010 wurden vom Bundesgesetzgeber erhebliche Einschnitte bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung der Maßnahmen vorgenommen. Einhergehend damit wurde die finanzielle Ausstattung deutlich zurückgenommen. Da die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Vogelsbergkreis mit ca. 5% deutlich unter der Quote vergleichbarer Jobcenter bzw. Landkreise liegt, verschärft sich die Situation im Vogelsbergkreis zudem.
Ein bundesweites „Trägersterben“ ist die unmittelbare Folge dieser Rahmenbedingungen. Es zeigt sich, dass Gesellschaften, die seither wirtschaftlich gut existieren konnten, weil erhebliche Mittel für Maßnahmen zur Verfügung standen, die sich inhaltlich mit der Gestaltung der Tagesstruktur und angeleiteter Beschäftigung auf einem unteren Niveau beschäftigt haben, nunmehr in existentielle Schieflagen geraten sind.
„Beschäftigung“ als Teil einer Qualifizierungsmaßnahme ist mehr und mehr nicht mehr Bestandteil ausgeschriebener Gruppenmaßnahmen. Beispielhaft sei hier auf das „Sofortangebot 2013“ oder auch die „Werkakademie“ hingewiesen.
Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger, die seit den 90-er Jahren betreute Beschäftigung regelmäßig als Arbeitsgrundlage hatten, stehen vor dem Problem, eine stabile Finanzierung für die einzelnen Arbeitsbereiche zu schaffen oder darüber zu befinden, diese zu schließen. Die personelle Ausstattung mit Fachanleitern, die mehr und mehr in die Funktion eines Vorarbeiters gedrängt werden, ist in den einzelnen Arbeitsbereichen der Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH sehr dünn. Je Arbeitsbereich steht ein Anleiter zur Verfügung. In zwei Arbeitsbereichen (Gemüsebau und Elektrogeräte-Recycling) werden diese Arbeiten von ehemaligen Teilnehmern übernommen. Die wirtschaftliche Gesamtsituation wie auch die Betrachtung des einzelnen Arbeitsbereiches lässt eine andere personelle Ausstattung nicht zu.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich eine Gesellschaft wie die Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH den Markt und Einnahmequellen nicht nach Gutdünken gestalten kann, kann die Umgestaltung nur als ein langer Prozess gesehen werden. Die Umgestaltung kann nur funktionieren, wenn das vorhandene Netzwerk, Gesellschaft und die Gesellschafter fundamental gemeinsam das Ziel der Betriebserhaltung unterstützen.

Die personelle Ausstattung auf der Kostenseite der Gesellschaft kann nicht weiter ausgedünnt werden. Die Schließung von Arbeitsbereichen wäre einer weiteren Ausdünnung der Ausstattung von qualifizierten Mitarbeitern/innen vorzuziehen. Die Schließung hätte jedoch auch zur Folge, dass den zugewiesenen Teilnehmern nicht mehr adäquate Beschäftigungsoptionen vorgehalten werden könnten. Insofern war das Ziel zu verfolgen, das strukturelle Defizit im Kerngeschäft durch externe Aufträge auszugleichen.
Die Ausgangssituation erfordert den täglichen Spagat in vielfältiger Hinsicht.
Beispielhaft sei hier der Malerbereich genannt. Dieser Arbeitsbereich ist mit einem Fachanleiter (Meister) und drei Auszubildenden in geförderten Ausbildungsverhältnissen ausgestattet. Grundvoraussetzung für dauerhaft wirtschaftliche Arbeitsergebnisse ist nicht nur, dass der Auftrag im Vorfeld ordentlich kalkuliert wird, sondern, dass der Auftragnehmer regelmäßig pünktlich an der Baustelle erscheint, die Baustelle ordentlich verlässt und das Arbeitsergebnis den Anforderungen genügt. Diesem Anspruch kann oft genug nicht entsprochen werden, da die Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben sind. Die Auszubildenden sind in aller Regel nicht mobil. Sie sind in geförderten Ausbildungsverhältnissen, da der allgemeine Markt sie mit ihren persönlichen Gegebenheiten nicht gewollt hat.

So kommt es dementsprechend oft vor, dass auf den letzten Bus gewartet werden muss oder sie zu Hause abgeholt werden müssen. Ein pünktliches Erscheinen entsprechend der Vereinbarung mit einem Auftraggeber ist damit ausgeschlossen. Hinzu kommen Probleme im familiären Bereich, Suchtprobleme u.a. Insofern ist ein Arbeitsergebnis, das allen betriebswirtschaftlichen Anforderungen entspricht, oft nicht zu erreichen.
Diese Werdegänge sind gegeben, obwohl mit einem hohen sozialpädagogischen Einsatz gearbeitet wird. Auftrag der Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH ist es, das Ausbildungsverhältnis deutlich länger aufrecht zu erhalten als es üblicherweise im allgemeinen Ausbildungsmarkt der Fall wäre. Nichtsdestotrotz wurde im genannten Arbeitsbereich ein Ausbildungsverhältnis als Konsequenz der persönlichen Unverbindlichkeit beendet. Die Folge ist klar. Einerseits fehlen kalkulierte Regiekostenerstattungen bei der Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH und andererseits folgt der Absturz des Betroffenen in alte Gewohnheiten.
Die Regiekostenerstattung durch das Jobcenter des Vogelsbergkreises liegt inklusive eines geringen ESF-Anteils bei 432.192,33 €.

Die Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH hat aufgrund ihrer Rahmenbedingungen nach wie vor erhebliche Probleme, den Zuschlag für ausgeschriebene Maßnahmen des Jobcenters zu erhalten. So wurde BOMA und Sofortangebot 2013 an Mitbewerber vergeben.
Um überhaupt Maßnahmen durchzuführen werden die Möglichkeiten der Zertifizierung „eigener“ Maßnahme mittels AZAV-Zertifikat und das Zuwendungsrecht genutzt. Drei Maßnahmen wurden zertifiziert: Mini Job plus, Aktivierung plus und Neue Wege. Diese Maßnahmen wurden vom Jobcenter mit einer Auslastung zwischen 26 und 72% in Anspruch genommen. Die Auslastung wurde in 2014 deutlich verbessert.
Die Auslastung der Zuwendungsrechts-Maßnahmen AMB und ElaN konnte mit 100% verbucht werden. Ebenso das ESF-Projekt LEA mit 12 Teilnehmern.
Für zwei weitere Ausschreibungen hat die Neue Arbeit den Zuschlag erhalten: Werkakademie 2013 mit einem Jahr Verlängerungsoption (die auch gezogen worden ist) und Aktivierung vor Ort. Diese Maßnahme ist mittlerweile ausgelaufen – allerdings wurde eine Vereinbarung zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Maßnahmeerfolges durch eine strukturierte Nachbetreuung vereinbart.

Im Sommer 2012 war den Veränderungen der Instrumentenreform im SGB II und III insofern Rechnung zu tragen, dass keine Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten mehr für 1 €-Jobber zur Verfügung standen. Um jedoch die Arbeitsbereiche, die aufgrund der zurückgehenden Umsätze im Kerngeschäft (Durchführung von Maßnahmen entsprechend des Gesellschaftsvertrages) allesamt defizitär sind, weiterhin für Maßnahmeteilnehmer aufrecht zu erhalten, wurde versucht, Umsatzsteigerungen durch externe Aufträge zu erzielen. Mit einer Umsatzsteigerung von 306.000 €, was einer Steigerung von 19% gegenüber dem Vorjahr entspricht, wurde dieses Ziel eindrucksvoll erreicht.

Dass dieses Ziel erreicht werden konnte, ist darauf zurück zu führen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Neue Arbeit gGmbH mit einem hohen Engagement bei der Sache sind. Sie können mit Menschen arbeiten, denen bis dahin Arbeitsangebote vorenthalten worden sind, die per Definition als Langzeitarbeitslose eingestuft werden, die in aller Regel weitere multiple Vermittlungshemmnisse haben. Für diese Menschen muss es einen Arbeits- und persönlichen Rahmen geben, in dem sie sich unter Marktbedingungen bewegen und entwickeln können.

Die Neue Arbeit gGmbH hat intensiv an der Verbesserung des Image gearbeitet. Durch die Präsentation einer neuen Homepage, dem Auftritt bei facebook (mit der Alte Molkerei-Seite), einem deutlich verbesserten Arbeitsergebnis und der Teilnahme an Messen u.a. wurde intensiv am Bild der Neue Arbeit gefeilt.

Bedenklich ist, dass die bis dahin in 2012 niedrigste durchschnittliche Zuweisung von Teilnehmern (101) mit nunmehr durchschnittlich 70 Teilnehmern nochmals deutlich untertroffen wurde Waren es in 2011 noch 365 Zuweisungen, wurden in 2013 gerade mal noch 149 Zuweisungen vorgenommen. Hier sind seitens der Gesellschafter Zeichen bezüglich der zukünftigen „Nutzung“ der Neue Arbeit gGmbh notwendig.
In 2013 haben fünf Auszubildende ihre Ausbildung begonnen, sodass insgesamt 11 Ausbildungsplätze besetzt sind. Es handelt sich bei den neuen Ausbildungsplätzen jeweils um zweijährige Ausbildungen in den Bereichen GWK (zwei Verkäufer/in), Maler (zwei Bauten- und Objektbeschichter) und im Café „Alte Molkerei“ (eine Fachkraft im Gastgewerbe).
Seitens der Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH wurde die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Jugendhilfeträger intensiviert. Diesbezüglich wurde das seit Jahren bestehende Engagement im Bereich der Qualifizierung von Tagesmüttern fortgeführt. Auf Bitten des Jugendamtes wurde ein Projekt entwickelt, welches sich als niedrigschwelliges Angebot noch unterhalb des vorhandenen Tagesgruppenangebotes etablieren soll. Obwohl dies der Wunsch des Jugendamtes war und die Inhalte vollumfänglich abgestimmt waren, ist die vollständige Besetzung der vorhandenen Plätze nur zu 25% genutzt worden.

Von den 87 Beschäftigten (50 männlich, 37 weiblich) sind 29 in einer Teilzeitbeschäftigung, vier geringfügig beschäftigt und 22 Kolleginnen/Kollegen erhalten eine Förderung nach § 16e SGB II.

Die Geschäftsleitung hat stets darauf hingewiesen, dass die Neue Arbeit gGmbH lediglich mit Rahmenbedingungen umgehen kann, die gesetzt werden. Der Betrieb ist nicht geeignet sich durch externe Aufträge selbst zu tragen. Dazu fehlen maßgebende Grundlagen, die naturgemäß jeder andere Betrieb hat – nicht jedoch eine gemeinnützige Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft.
Aus den dargestellten Fakten ergibt sich die Notwendigkeit, alternative Geschäftsgrundlagen zu entwickeln. Die Geschäftsleitung hat Grundlagen für die Gründung eines Tochterunternehmens erarbeitet, die seitens des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung einstimmig beschlossen worden sind. Die „Neue DienstLeistungen gGmbH“ gründet sich nach den Regeln des SGB IX als Integrationsunternehmen. Mit den Finanzierungsmöglichkeiten, die dadurch eröffnet werden, können dem Personenkreis der schwerbehinderten Menschen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden. Das Arbeiten als Mitbewerber am ersten oder allgemeinen Markt eröffnet weitere Chancen. Die Arbeit eines Integrationsunternehmens wird -auch im investiven Bereich- außerordentlich unterstützt. Die Aktion Mensch kann bereits in der Planungsphase unterstützen. Insbesondere aber auch in der Folge.

1.2 Darstellung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Das negative operative Ergebnis in Höhe von -205.000 EUR basiert im Wesentlichen auf den im vorherigen Punkt genannten Rahmenbedingungen und der Tatsache, dass die Renovierung des Hauses Hersfelder Straße 24 mit einem erheblichen Personalaufwand vorangetrieben worden ist. Weiterhin ist der Maßnahmebereich aufgrund der Anwendung des Zuwendungsrechtes sowie der nicht vollumfänglichen Nutzung der zur Verfügung gestellten Plätze nicht kostendeckend abgeschlossen. Eine Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um immerhin 24,3 % konnte bei sich bedingender Erhöhung der Personalkosten um 13,5 % nicht ausreichend auf ein positiveres Ergebnis auswirken. Nach wie vor muss es vorrangiges Ziel sein, neue stabile und langfristige Einnahmenquellen zu erschließen.

2. Prognose – Chancen und Risiken

Auch in diesem Jahr ist die Willensbekundung zur Erhaltung der Gesellschaft durch die Gesellschafter deutlich spürbar. Die Chance besteht darin, bei einer konsequenten Nutzung aller vergaberechtlichen Möglichkeiten die Ertragslage zu steigern. Das gilt für den Maßnahmebereich wie auch für den Bereich der Auftragsvergabe von Dienstleistungsarbeiten. Hier ist eine engere Anbindung und Zusammenarbeit mit den beiden Gesellschaftern und deren Netzwerken und Möglichkeiten notwendig. Weiterhin ist in Anlehnung an die Ausarbeitung von Frau Dr. Landgraf eine Betrachtung der Arbeitsprozesse notwendig und es sind diverse Optimierungsmaßnahmen und Verbesserungsprozesse in Gang zu bringen.
Die Gründung des Tochterunternehmens „Neue DienstLeistungen gGmbH“ ist eine gute Grundlage, im Rahmen einer Organschaft sukzessive Immobilien der Neue Arbeit zu nutzen und durch die Geschäftstätigkeit, die eine ganz andere werthaltige Vorgehensweise erfordert und die damit verbundene Erschließung anderer Fördermittel die Gesellschaft zu unterstützen und gleichzeitig eine Kostenentlastung zu erzielen. Hier ergibt sich evtl. die Möglichkeit zum Satzungszweck der Gesellschaft und Ihrer Aufgaben zurückzukehren. Dies ist allerdings ein Prozess der nur mittelfristig zu einem messbaren Ergebnis zu bewerten ist.

Die Erschließung neuer „Standbeine“ im Sinne der Satzung ist eine Chance zur Stabilisierung der Gesellschaft. Hierbei ist der Schwerpunkt auf die Bereiche Asyl und Inklusion – Integration zu legen.

Die Neue Arbeit gGmbH hat dann gute Chancen, die eigene Zukunft zu gestalten, wenn sich die Rahmenbedingungen an die tatsächlichen Gegebenheiten eines Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgers anpassen. Die Instrumentenreform hat nicht dazu gedient. Es ist die Einsicht erforderlich, dass ein derartiges Unternehmen nicht ganz ohne Zuschüsse auskommen wird.

2. Energieversorgung und Verkehr

Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de
Internet: www.ovvg.de

Aufgabe	Versorgung mit Energie und Wasser, Aufgaben der Entsorgung sowie öffentlicher Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.
Gründung	1994
Handelsregister	Friedberg, HRB 1552
Stammkapital	148.000.000 EUR
Gesellschafter	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (100 %)
Aufsichtsrat	Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim, Vorsitzender, Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Kristina Paulenz, Pensionärin, Ober-Mörlen, stellvertretende Vorsitzende, Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich, Peter Alles, Sachbearbeiter, Münzenberg, Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim, Rosa Maria Bey, Rentnerin, Friedberg, Wolfgang Brehm, Elektromeister, Wölfersheim, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg, Hans-Jürgen Herbst, Diplom-Finanzwirt, Lautertal, Dr. Hans Heuser, Richter am Sozialgericht, Mücke, Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Friedel Kopp, Bürgermeister, Freiensteinau, Horst Nachtigall, Rechtsanwalt, Rabenau, Sigrid Reichhold, Sachbearbeiterin, Florstadt, Dr. Sven Simon, Akademischer Rat, Buseck, Ralf-Rüdiger Stamm, Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg, Klaus Weidmann, Sachbearbeiter, Friedberg Den aktiven Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden 54.000,00 € als Aufwandsentschädigung vergütet.
Geschäftsführung	Vorsitzender Rainer Schwarz, Rolf Gnadl Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.
Prokura	–
Jahresabschluss	für das Jahr 2013 aufgestellt am 27. Juni 2014
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main

Beteiligungen	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (100 %) ovag Netz AG (100 %) ovag Energie AG (100 %) VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (100 %)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht des ZOV

Die Beteiligung an der OVVG und ihren Tochtergesellschaften (siehe nachfolgend OVAG, ovag Energie AG, ovag Netz AG und VGO), wird für den Vogelsbergkreis mittelbar über die Beteiligung am Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) hergestellt. Am ZOV ist der Vogelsbergkreis mit 32,1 % beteiligt.

Die Konzernergebnisse bzw. die Ergebnisse der einzelnen Konzernsparten werden über den ZOV an die Eignerkreise abgewickelt.

Vermögens- und Finanzlage (OVVG-Konzern)

		31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)						
+ Sachanlagen und immat. VG		236.428	223.786	194.776	167.608	154.119
+ Finanzanlagen		87.610	91.062	94.351	100.699	119.632
Anlagevermögen	○	324.038	314.848	289.127	268.307	273.751
+ Vorräte		4.837	5.277	3.875	4.352	2.452
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		57.564	75.652	58.849	57.144	61.606
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.		237	2.504	2.671	567	1.959
+ Sonstige Vermögensgegenstände		27.210	27.059	18.541	8.588	16.084
+ Latente Steuern		0	0	0	0	0
+ Liquide Mittel		74.214	37.889	57.029	65.806	59.328
Umlaufvermögen		164.062	148.381	140.965	136.457	141.429
Rechnungsabgrenzungsposten		948	1.110	1.038	1.067	878
Aktive latente Steuern		20.648	16.270	13.133	10.269	16.663
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		0	150	0	118	0
Aktiva insgesamt		509.696	480.759	444.263	416.218	432.721
Passiva (Zusammenfassung)						
+ Gezeichnetes Kapital		148.000	148.000	148.000	148.000	148.000
+ Kapitalrücklage		0	0	0	0	0
+ Gewinnrücklagen		-3.529	-4.612	0	286	7
+ Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesellschafter		-19	58	99	-21	-8
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+	*101.259*	*91.290*	*80.572*	*70.438*	*65.849*
Ausschüttung	–	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
+ Ergebnisvortrag	=	101.259	91.290	80.572	70.438	65.849
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage		0	0	0	0	0
– Einst. in d. Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesell.		0	0	0	0	0
+ Entn. aus d. Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesell.		-2	-417	-193	13	11
– Vorabausschüttung		0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis		21.925	12.211	8.962	18.302	10.282
Eigenkapital	★	267.634	246.530	237.440	237.018	224.141
Sonderposten mit Rücklageanteil		132	150	167	192	229
Empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse		20.515	22.728	24.999	27.313	29.900
+ Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen		24.845	26.513	37.281	29.475	52.874
+ Steuerückstellungen		204	10.436	6.960	8.187	2.767
+ Sonstige Rückstellungen		62.144	57.149	46.228	42.716	54.792
Rückstellungen		87.193	94.098	90.469	80.378	110.433
+ Genussrechtskapital		2.500	2.500	2.500	0	0
+ Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (Darlehen)	★	73.786	50.015	23.444	20.076	12.760
+ Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (sonstige)		0	0	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		2.120	2.252	1.036	593	994
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		32.336	40.877	45.823	31.828	32.519
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.		1.678	1.258	869	2.899	4.655
+ Sonstige Verbindlichkeiten		16.841	15.354	12.844	11.556	12.679
Verbindlichkeiten		129.261	112.256	86.516	66.952	63.607
Rechnungsabgrenzungsposten		4.961	4.997	4.672	4.365	4.411
Passiva insgesamt		509.696	480.759	444.263	416.218	432.721
Liquidität						
+ Langfristig verfügbare Mittel	★	341.420	296.545	260.884	257.094	236.901
– Langfristig gebundenes Vermögen	○	324.038	314.848	289.127	268.307	273.751
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung		17.382	-18.303	-28.243	-11.213	-36.850
		+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität		35.685	9.940	-17.030	25.637	-19.322

Ertragslage (Konzernabschluss)

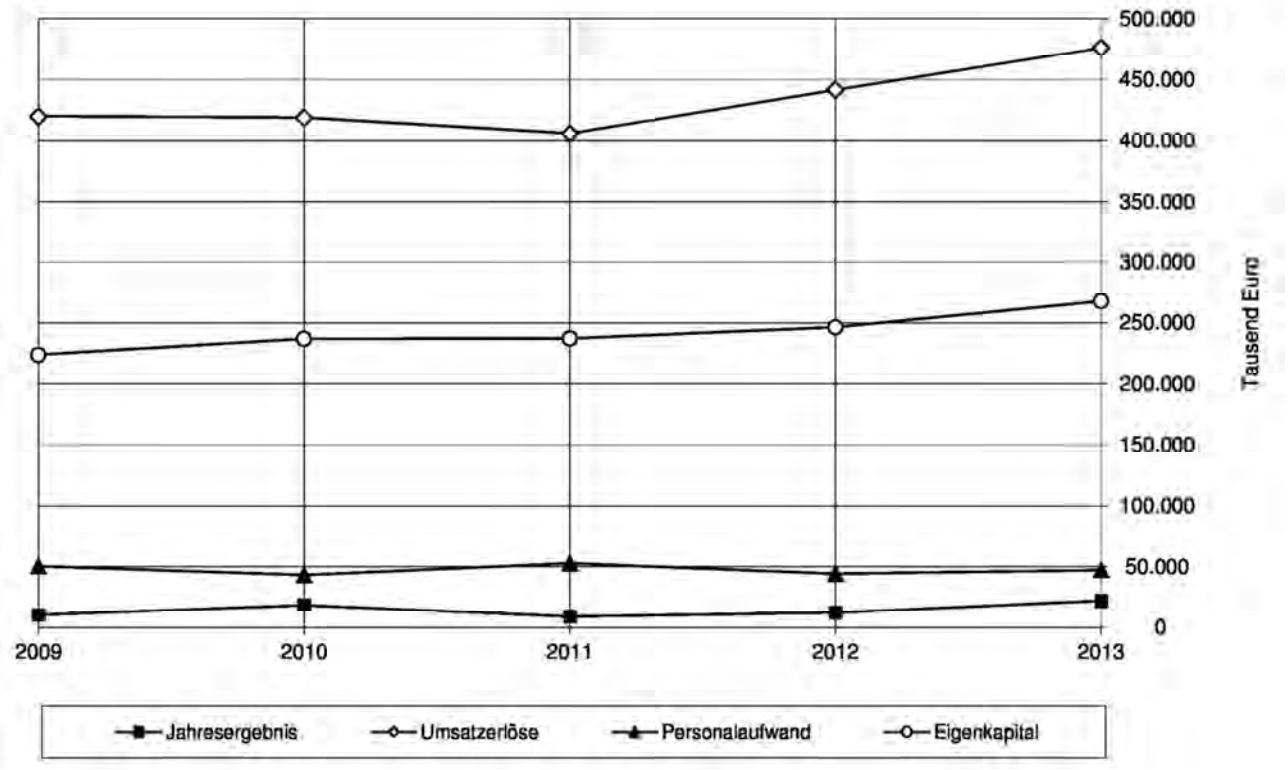
	2013	2012	2011	2010	2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	476.104	441.679	406.251	419.259	420.182
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-147	162	-105	-237	295
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	1.472	1.673	1.658	1.896	1.628
+ Übrige Betriebserträge	10.600	9.533	15.703	17.738	15.032
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	340.571	314.881	279.158	277.648	299.122
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.087	36.385	30.611	38.471	34.541
– Personalaufwand	47.222	44.206	52.751	43.193	50.346
– Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	20.794	19.626	18.933	18.639	18.604
– Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	23.723	27.005	24.773	24.180	25.413
Betriebsergebnis	16.632	10.944	17.281	36.525	9.111
Beteiligungsergebnis	1.371	634	629	610	944
+ Erträge aus and. WP / Ausleih. des Finanzanlageverm.	2.640	7.974	2.400	15.340	2.747
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.040	2.059	1.788	1.511	2.488
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.163	3.363	4.241	3.164	1.296
– Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	95	979	471	231	0
Finanzergebnis	-578	5.691	-524	13.456	3.939
Außerordentliche Erträge	0	0	0	63	0
Außerordentliche Aufwendungen (–)	0	0	0	12.756	0
Steuern vom Ertrag (–)	-4.499	5.058	8.424	19.596	3.711
Konzernjahresergebnis	21.924	12.211	8.962	18.302	10.283

Ausgewählte Kennzahlen (OVVG-Konzern)

	2013	2012	2011	2010	2009
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	52,5%	51,3%	53,4%	56,9%	51,8%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] [1]	8,2%	5,0%	3,8%	7,7%	4,6%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	46,4%	46,5%	43,8%	40,3%	35,6%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	79,7%	79,5%	76,3%	75,4%	79,4%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	9,9%	10,0%	13,0%	10,3%	12,0%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	44	63	53	50	54
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	31	42	54	37	36
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	644	633	615	616	590

[1] Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen").
Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (OVVG-Konzern)



Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de
Internet: www.ovag-gruppe.de

Aufgabe	Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.
Gründung	1972
Handelsregister	Friedberg, HRB 138
Stammkapital	100.000.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	Hans-Jürgen Becker, Pensionär, Laubach, Vorsitzender, Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Dr. Ulrich Lenz, Pensionär, Linden, stellvertretender Vorsitzender, Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich, Peter Alles, Sachbearbeiter, Münzenberg, Stephanie Becker-Bösch, Rechtsanwältin, Butzbach, Dieter Boß, Kaufmann, Schwalmtal, Marion Dauch, Sachbearbeiterin, Florstadt, Eva Goldbach, Mitglied des Landtages, Lauterbach, Manfred Görig, Landrat, Romrod, Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Sabine Lyhs, Sachbearbeiterin, Bad Nauheim, Sigrid Reichhold, Sachbearbeiterin, Florstadt, Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg, Ralf-Rüdiger Stamm, Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg, Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim, Klaus Weidmann, Sachbearbeiter, Friedberg, Bernfried Wieland, Pensionär, Büdingen Für Vergütung an aktive Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 52.752,06 € aufgewendet.
Vorstand	Vorsitzender Rainer Schwarz, Rolf Gnadl Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.
Prokura	Stefan Hammer, Peter-Hans Hög, Dr. Thorsten Reichel, Heinz Hommel
Jahresabschluss	für das Jahr 2013 aufgestellt am 26. Mai 2014
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	Abwasserservice Oberhessen AG i.L. (100 %) LWU Labor für Wasser- und Umwelthygiene GmbH i.L. (50 %) Oberhessische Gasversorgung GmbH (50 %) Butzbacher Netzbetriebs GmbH & Co. KG (43,38 %) Butzbacher Netzbetrieb Verwaltungs GmbH (43,38 %)

Vermögens- und Finanzlage (OVAG)

		31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)						
+ Sachanlagen und immat. VG		127.929	118.539	117.340	117.336	116.095
+ Finanzanlagen		61.668	67.798	74.359	81.602	106.835
Anlagevermögen	✪	189.597	186.337	191.699	198.938	222.930
+ Vorräte		841	847	797	866	1.832
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen [1]		3.783	4.058	3.767	3.520	3.488
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt. [1]		286	26.956	17.432	7.083	26.956
+ Sonstige Vermögensgegenstände		2.820	1.740	2.122	3.653	2.345
+ Liquide Mittel (einschließlich Geldmarktfonds)		54.189	15.185	33.994	35.232	35.562
Umlaufvermögen		61.919	48.786	58.112	50.354	70.183
Rechnungsabgrenzungsposten		143	142	198	152	397
Aktiva insgesamt		251.659	235.265	250.009	249.444	293.510
Passiva (Zusammenfassung)						
+ Gezeichnetes Kapital		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
+ Kapitalrücklage		25.011	25.011	25.011	25.011	25.011
+ Andere Gewinnrücklagen		28.334	27.334	24.934	24.934	12.395
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Dividende	–	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
+ Ergebnisvortrag	=	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage		0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen		0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung		19.601	16.481	14.830	25.078	13.249
– Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag		18.601	14.081	14.830	12.539	11.249
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen		1.000	2.400	0	12.539	2.000
Eigenkapital	★	153.345	152.345	149.945	149.945	137.406
Sonderposten mit Rücklageanteil	★	276	315	566	630	761
Investitions- und Baukostenzuschüsse	★	20.515	22.728	24.999	27.313	29.900
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	★	21.234	20.382	20.366	19.462	51.031
+ Sonstige Rückstellungen		22.535	24.068	23.964	26.742	43.448
Rückstellungen		43.769	44.450	44.330	46.204	94.479
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	★	3.800	0	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		30	18	5	207	654
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen [1]		1.559	1.894	2.451	3.080	4.519
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt. [1]		24.621	9.857	22.545	15.152	17.676
+ Sonstige Verbindlichkeiten		2.685	2.560	4.412	6.127	7.321
Verbindlichkeiten		32.695	14.329	29.413	24.566	30.170
Rechnungsabgrenzungsposten		1.059	1.098	756	786	794
Passiva insgesamt		251.659	235.265	250.009	249.444	293.510
Liquidität						
+ Langfristig verfügbare Mittel	★	199.170	195.770	195.876	197.350	219.098
– Langfristig gebundenes Vermögen	✪	189.597	186.337	191.699	198.938	222.930
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung		9.573	9.433	4.177	-1.588	-3.832
		+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität		140	5.256	5.765	2.244	-12.549

Ertragslage (OVAG)

	2013	2012	2011	2010	2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	46.769	46.616	47.417	50.808	79.238
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	14	0,3	-92	-237	295
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	81	240	257	1.868	1.615
+ Übrige Betriebserträge	19.565	17.915	22.189	25.624	21.834
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.294	5.872	5.476	6.198	8.617
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.178	5.025	4.384	8.142	9.005
– Personalaufwand	11.877	9.869	13.237	10.491	40.624
– Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	12.144	12.595	13.054	14.071	15.301
– Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
– Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	6.349	6.877	7.072	7.314	6.968
Betriebsergebnis	24.587	24.533	26.548	31.847	22.467
Beteiligungsergebnis	730	495	324	324	344
+ Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.334	1.982	2.147	2.361	2.427
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.511	1.771	1.789	1.376	2.289
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.290	2.161	1.316	1.716	324
– Abschreibungen auf Finanzanlagen	4	0	0	187	0
Finanzergebnis	1.551	1.592	2.620	1.834	4.392
Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentliches Ergebnis (-)	0	1.362	302	1.849	0
Steuern vom Ertrag (–)	7.267	8.777	14.360	7.077	13.954
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	19.601	16.481	14.830	25.079	13.249

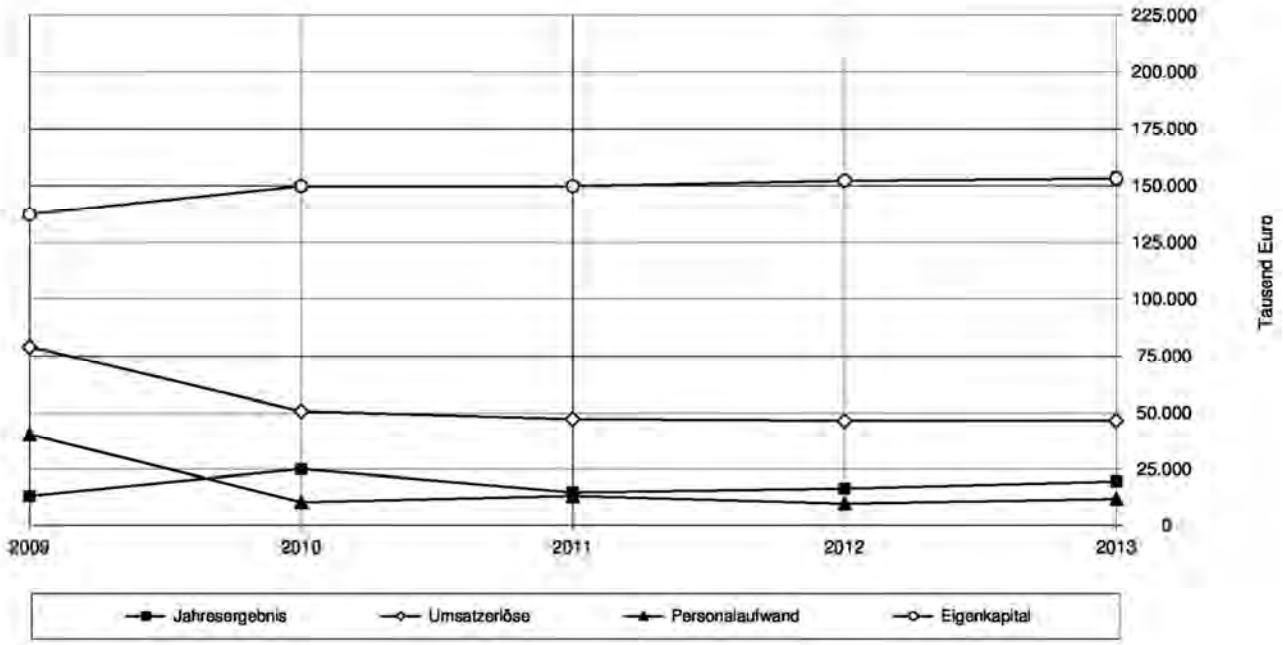
Ausgewählte Kennzahlen

	2013	2012	2011	2010	2009
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	60,9%	64,8%	60,0%	60,1%	46,8%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] [2]	12,8%	10,8%	9,9%	16,7%	9,6%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	50,8%	50,4%	46,9%	47,0%	39,6%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	24,5%	23,4%	20,8%	28,2%	22,2%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	25,4%	21,2%	27,9%	20,6%	51,3%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	30	32	29	25	16
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	50	63	91	78	94
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	153	156	153	157	432

[1] Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die im Verhältnis zu Konzernunternehmen bestehen, wurden hier abweichend von der Darstellung bei anderen Beteiligungen in diesem Beteiligungsbericht nicht umgruppiert, da sich die dazu erforderlichen Erkenntnisse aus den Prüfberichten nicht gewinnen ließen und der Aufwand für eine Ermittlung auf Grundlage der vielzähligen einzelnen Buchungsbelege vor dem Hintergrund der Geringfügigkeit der zu erwartenden Umgruppierung bei diesem Unternehmen nicht gerechtfertigt gewesen wäre.

[2] Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (OVAG)



ovag Energie AG

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 6848-0 – Fax: 06031 / 6848-1547
E-Mail: service@ovag-energie.de
Internet: www.ovag-energie.de

Aufgabe	Beschaffung von Energie auf nationalen und internationalen Märkten, Energievertrieb, Teilnahme am Spot- und Langfristhandel, Erzeugung von Energie und Wärme sowie Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich, Übernahme von Entsorgungsaufgaben.
Gründung	2000
Handelsregister	Friedberg, HRB 2272
Grundkapital	50.000.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	Matthias Weitzel, Bürgermeister, Mücke, Vorsitzender, Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Birgit Gondolf, Sachbearbeiterin, Hungen, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg, Anette Henkel, Diplom-Verwaltungswirtin, Buseck, Dirk Konopka, Netzbezirksleiter, Feldatal, Ulrich Künz, Bürgermeister, Kirtorf, Stefan Lux, Bezirksleiter Großhandel, Florstadt, Uwe Meyer, Finanzwirt, Lauterbach, Klaus Ostheim, Sachbearbeiter, Schotten, Dr. Christine Schmahl, Hauptamtliche Kreisbeigeordnete, Laubach, Claus Spandau, Kommunalberater, Laubach, Astrid Triesch, Rentnerin, Büdingen, Michael Wellner, Sachbearbeiter, Butzbach, Markus Zimmer, Sachbearbeiter, Bad Nauheim Die Vergütungen an Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 betrugen 41.260,00 €
Vorstand	Rainer Schwarz Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 betrugen 3.000,00 €
Prokura	Holger Ruppel, Dr. Hans-Peter Frank
Jahresabschluss	für das Jahr 2013 aufgestellt am 20. Mai 2014
Abschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main

Beteiligungen	hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH (100 %) Biogas Oberhessen Verwaltungs GmbH (100 %) Biogas Oberhessen GmbH & Co. KG (100 %) hessenWIND IV GmbH & Co. KG (97,29 %) hessenWIND V GmbH & Co. KG (47,71 %) Offshore-Wind für Hessen GmbH & Co. KG (15,38 %) ovagSolar Stadt Linden GmbH & Co. KG (50 %) Wölfersheim-ovag Energie GmbH (50 %) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, (4,95 %)

Vermögens- und Finanzlage (ovag Energie AG)

		31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)						
+ Sachanlagen und immat. VG		73.761	9.726	10.360	10.291	10.006
+ Finanzanlagen		25.576	32.565	27.454	27.975	22.222
Anlagevermögen		99.337	42.291	37.814	38.266	32.228
+ Vorräte		644	631	893	956	790
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen [1]		42.157	47.412	42.137	46.654	45.004
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt. [1]		27.501	21.581	12.582	102	657
+ Sonstige Vermögensgegenstände		189	244	2.717	486	1.976
+ Liquide Mittel (einschl. sonstige Wertpapiere)		10.674	14.190	14.891	21.456	19.887
Umlaufvermögen		81.165	84.058	73.220	69.654	68.314
Rechnungsabgrenzungsposten		533	22	23	12	12
Aktiva insgesamt		181.035	126.371	111.057	107.932	100.554
Passiva (Zusammenfassung)						
+ Gezeichnetes Kapital		50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
+ Kapitalrücklage		3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
+ Andere Gewinnrücklagen		6.375	6.375	5.175	4.675	3.141
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Dividende	–	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
+ Ergebnisvortrag	=	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage		0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen		0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung / Verlustübernahme		-18.017	2.775	3.365	3.091	7.187
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter		18.017				
– Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag		0	1.575	2.865	1.557	5.187
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen		0	1.200	500	1.534	2.000
Eigenkapital		59.375	59.375	58.175	57.675	56.141
Sonderposten mit Rücklageanteil		0	0	0	0	0
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen		1.179	1.328	1.367	1.143	946
+ Steuerrückstellungen		0	0	0	706	0
+ Sonstige Rückstellungen		27.567	14.419	9.786	4.989	2.421
Rückstellungen		28.746	15.747	11.153	6.838	3.367
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)		53.501	14.659	1.070	1.070	1.070
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (sonstige)		0	0	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		0	0	0	100	100
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen [1]		18.527	20.052	21.527	17.229	17.768
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt. [1]		11.121	10.022	14.381	23.075	19.293
+ Sonstige Verbindlichkeiten		9.765	6.516	4.751	1.945	2.815
Verbindlichkeiten		92.914	51.249	41.729	43.419	41.046
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0	0	0
Passiva insgesamt		181.035	126.371	111.057	107.932	100.554
Liquidität						
+ Langfristig verfügbare Mittel		114.055	75.362	60.612	59.888	58.157
– Langfristig gebundenes Vermögen		99.337	42.291	37.814	38.266	32.228
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung		14.718	33.071	22.798	21.622	25.929
		+	–			
Veränderung der Stichtagsliquidität		-18.353	10.273	1.176	-4.307	2.086

Ertragslage (ovag Energie AG)

	2013 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR	2009 TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse (netto)	300.126	285.259	259.834	279.607	311.512
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	-607	607
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	5	12	16	9	13
+ Übrige Betriebserträge	1.842	1.612	4.355	3.552	1.480
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	219.208	195.336	175.009	192.159	226.261
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	80.990	75.266	69.824	73.867	69.698
– Personalaufwand	4.856	4.804	4.912	4.134	4.103
– Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	1.302	1.094	1.080	1.081	937
– Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
– Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	6.533	7.869	6.170	5.963	5.445
Betriebsergebnis	-10.916	2.514	7.210	5.357	7.168
Beteiligungsergebnis	1.750	0	0	0	0
+ Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	180	136	253	267	320
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	494	1.131	578	465	257
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen	518	196	237	234	16
– Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	44	60	2.130	37	0
Finanzergebnis	112	1.011	-1.536	461	561
Außerordentliche Erträge (+)	0	0	0	63	542
Außerordentliche Aufwendungen (–)	8.151	0	0	281	542
Steuern vom Ertrag (–)	812	750	2.309	2.509	542
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	-18.017	2.775	3.365	3.091	7.187

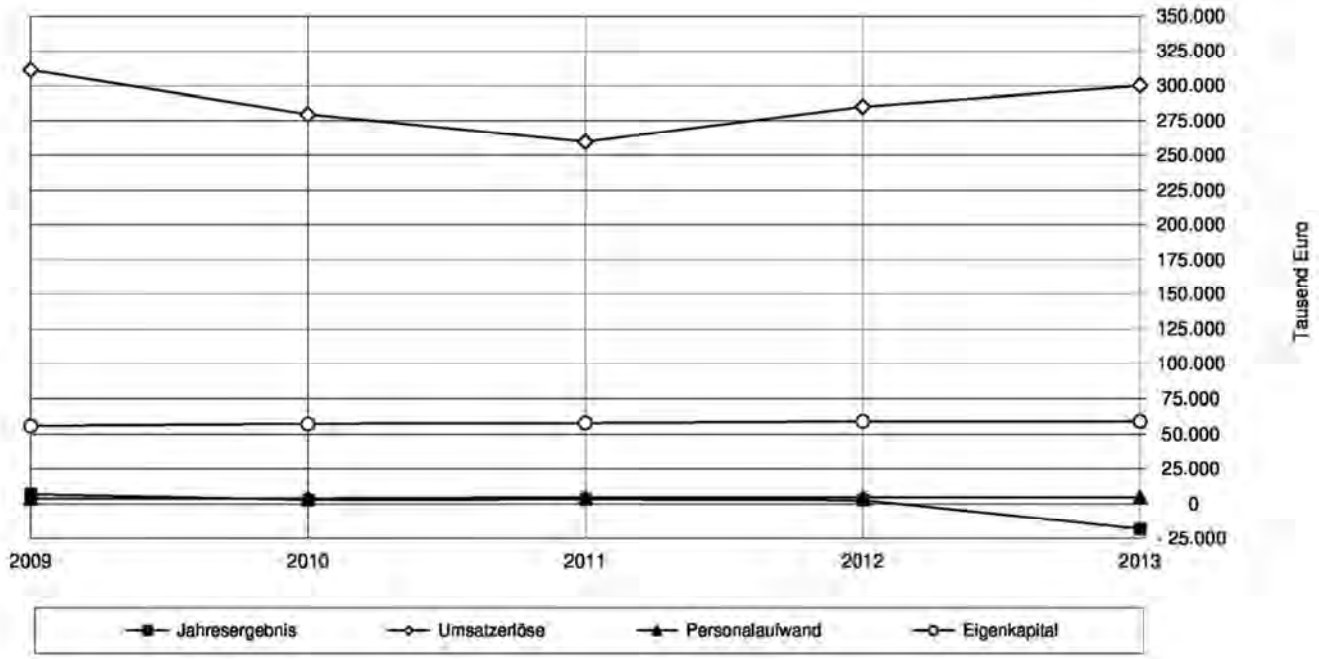
Ausgewählte Kennzahlen

	2013	2012	2011	2010	2009
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	32,8%	47,0%	52,4%	53,4%	55,8%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] [2]	-30,3%	4,7%	5,8%	5,4%	12,8%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	40,7%	7,7%	9,3%	9,5%	10,0%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	100,0%	94,9%	94,2%	95,1%	95,0%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	1,6%	1,7%	1,9%	1,5%	1,3%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	51	61	59	61	53
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	14	14	21	32	24
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	83	78	75	71	68

[1] Soweit in Forderungen gegen Gesellschafter oder Beteiligungen/VU oder Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern oder Beteiligungen/VU Forderungen oder Verbindlichkeiten enthalten sind, die auf Lieferungen oder Leistungen zurückzuführen sind, wurden sie hier abweichend vom testierten Jahresabschluss als Forderungen oder Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen (siehe Erl. auf Seite 5). Dabei sind Forderungen und Verbindlichkeiten, soweit sie gegenüber der gleichen Beteiligung/VU bestehen, weiterhin saldiert ausgewiesen.

[2] Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (ovag Energie AG)



ovag Netz AG

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1429
E-Mail: netznutzung@ovag-netz.de
Internet: www.ovag-netz.de

Aufgabe	Pacht, Verwaltung, Betrieb und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere die OVAG.
Gründung	2004
Handelsregister	Friedberg, HRB 6019
Grundkapital	1.600.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	Rainer Schwarz, Diplom-Finanzwirt, Langgöns, Vorsitzender, Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich, Wolfgang Brehm, Elektromeister, Wölfersheim, Marion Dauch, Sachbearbeiterin, Florstadt, Gerald Dörr, Bankkaufmann, Langgöns, Stefan Habicht, Elektromonteur, Friedberg, Margret Jöckel, Lehrerin, Lauterbach, Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Hannelore Rabl, Hausfrau, Bad Vilbel, Gerhard Weber, Finanzbeamter, Wölfersheim, Almut Wilser, Pensionärin, Bad Nauheim Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 39.485,00 € aufgewendet. Frau Rabl hat ihr Einverständnis zur Veröffentlichung von Bezügen erteilt. Für das Geschäftsjahr 2013 hat Frau Rabl Bezüge i.H.v. 3.382,80 € erhalten.
Vorstand	Rolf Gnadl Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.
Prokura	Alfred Kraus, Michael Garhamer
Jahresabschluss	für das Jahr 2013 aufgestellt am 23. Mai 2014
Abschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	-

Vermögens- und Finanzlage (ovag Netz AG)

		31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)						
+ Sachanlagen und immat. VG		6.119	6.465	6.847	7.244	4.827
+ Finanzanlagen		6.228	6.228	6.228	6.228	0
Anlagevermögen	✪	12.347	12.693	13.075	13.472	4.827
+ Vorräte		1.617	1.776	1.153	1.484	0
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		10.421	23.029	10.740	6.388	12.084
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.		18.820	8.583	21.261	17.081	18.264
+ Sonstige Vermögensgegenstände		1.799	654	3.203	274	5.422
+ Liquide Mittel (einschließlich Geldmarktfonds)		428	2.008	687	883	417
Umlaufvermögen		33.085	36.050	37.044	26.110	36.187
Rechnungsabgrenzungsposten		203	184	247	185	9
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		0	150	0	118	0
Aktiva insgesamt		45.635	49.077	50.366	39.885	41.023
Passiva (Zusammenfassung)						
+ Gezeichnetes Kapital		1.600	1.600	1.600	1.600	1.000
+ Kapitalrücklage		50	50	50	50	50
+ Andere Gewinnrücklagen		21.850	14.313	14.313	14.313	0
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
Dividende	–	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
+ Ergebnisvortrag	=	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage		0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen		0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung / Verlustübernahme		7.536	-4.241	-14.229	16.842	-11.230
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter		0	4.241	14.229		11.230
– Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag		0	0	0	2.766	0
– Verlustvortrag aus Vorjahr		0	0	0	41	41
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen		7.536	0	0	14.035	0
Eigenkapital	★	23.500	15.963	15.963	15.963	1.009
Sonderposten mit Rücklageanteil	★	0	0	0	0	0
Empfangene Ertragszuschüsse	★	0	0	0	0	0
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	★	1.916	4.330	7.055	199	455
+ Sonstige Rückstellungen		6.081	11.442	7.836	6.300	4.523
Rückstellungen		7.997	15.772	14.891	6.499	4.978
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	★			0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		157	1.538	911	49	145
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		9.192	11.592	15.957	7.948	8.352
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.		1.554	1.987	1.469	7.116	25.207
+ Sonstige Verbindlichkeiten		3.234	2.225	1.175	2.310	1.332
Verbindlichkeiten		14.137	17.342	19.512	17.423	35.036
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0	0	0
Passiva insgesamt		45.635	49.077	50.366	39.885	41.023
Liquidität						
+ Langfristig verfügbare Mittel	★	25.416	20.293	23.018	16.162	1.464
– Langfristig gebundenes Vermögen	✪	12.347	12.693	13.075	13.472	4.827
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung		13.069	7.600	9.943	2.690	-3.363
		+	–			
Veränderung der Stichtagsliquidität		5.469	-2.343	7.253	6.053	-4.700

Ertragslage (ovag Netz AG)

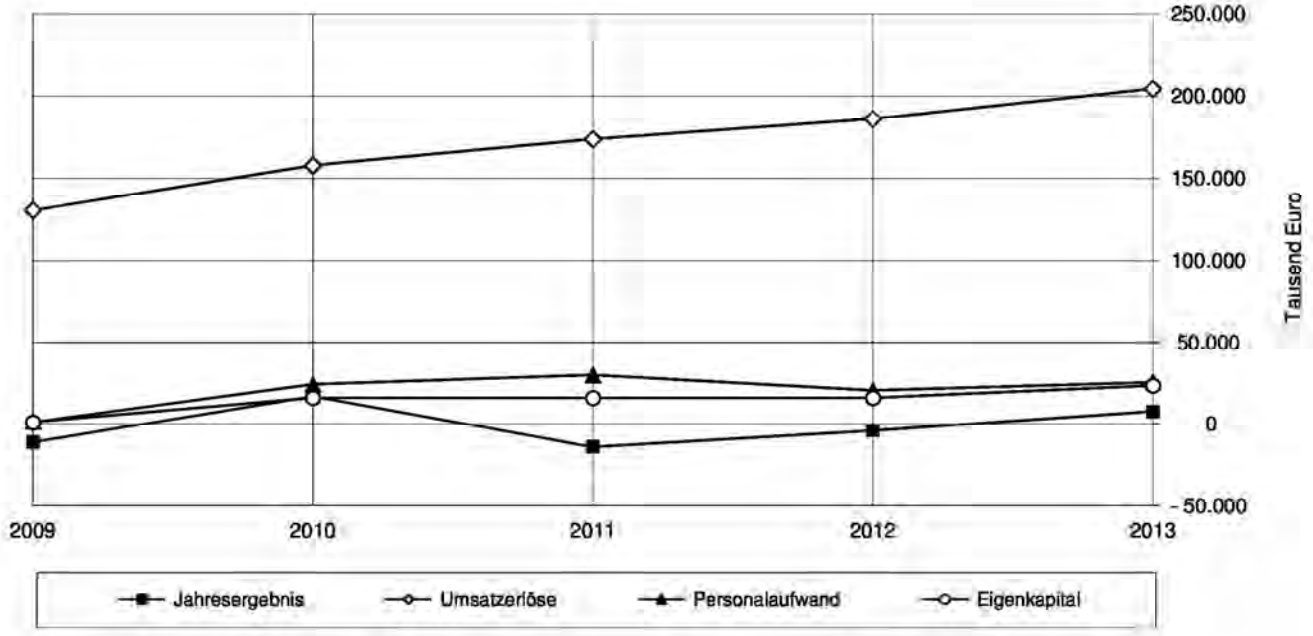
	2013 TEUR	2012 TEUR	2011 TEUR	2010 TEUR	2009 TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	204.553	185.980	173.819	157.926	130.427
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-161	161	0	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	2	5	3	0	0
+ Übrige Betriebserträge	8.691	3.737	4.698	4.553	495
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	95.368	91.231	86.138	64.276	50.462
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	59.862	56.992	52.654	43.738	74.966
– Personalaufwand	25.447	20.559	29.937	24.197	1.105
– Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	362	383	405	161	25
– Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
– Übrige betrieblichen Aufwendungen, sonstige Steuern	23.641	24.544	23.900	22.786	20.385
Betriebsergebnis	8.405	-3.826	-14.514	7.321	-16.021
+ Erträge aus WP / Ausl.d Finanzanlagevermögens	1.126	5.930	0	12.711	0
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	71	322	98	23
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen	238	485	1.811	289	102
Finanzergebnis	910	5.516	-1.489	12.520	-79
Außerordentlichen Aufwendungen (–)	0	6.653	749	1.519	0
Steuern vom Ertrag (–)	1.779	-722	-2.523	1.480	-4.870
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	7.536	-4.241	-14.229	16.842	-11.230

Ausgewählte Kennzahlen

	2013	2012	2011	2010	2009
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	51,5%	32,5%	31,7%	40,0%	2,5%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] [1]	32,1%	-26,6%	-89,1%	105,5%	-1.113,0%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	13,4%	13,2%	13,6%	18,2%	11,8%
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	322	312	303	302	11

[1] Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen").
Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (ovag Netz AG)



Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 16609-0 – Fax: 06031 / 16609-116
E-Mail: info.friedberg@vgo.de
Internet: www.vgo.de

Aufgabe	Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs.
Gründung	1994 (WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH) 2005 (Fusionierung, Umfirmierung in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH)
Handelsregister	Friedberg, HRB 1699
Stammkapital	300.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg, Vorsitzender, Ulrich Künz, Bürgermeister, Kirtorf , stellvertretender Vorsitzender, Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim, Swen Bastian, Angestellter Wahlkreismitarbeiter (Hessischer Landtag), Alsfeld, Lothar Bott, Bürgermeister, Gemünden/Felda, Edwin Gottlieb, Handwerkermeister, Kefenrod, Ursula Häuser, Hausfrau, Gießen, Dr. Hans Heuser, Direktor am Sozialgericht, Mücke, Elisabeth Hillebrand, Schulleiterin, Schlitz, Alexander Kartmann, Angestellter, Butzbach, Ottmar Lich, Diplom-Ingenieur, Rabenau, Peter Pilger, Rentner, Biebertal, Peter Popplow, Unternehmer, Schotten, Michael Rückl, IT-Anwendungsentwickler, Wölfersheim, Karl-Peter Schäfer, Geschäftsführer, Bad Vilbel, Anita Schneider, Landrätin, Fronhausen, Georg Wegner, Pensionär, Nidda, Peter Zielinski, Erster Kreisbeigeordneter, Lauterbach Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 17.050,00 €.
Geschäftsführer	Armin Klein Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.
Prokura	Volker Hofmann
Jahresabschluss	für das Jahr 2013 aufgestellt am 16. Mai 2014
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	Region Vogelsberg Touristik GmbH (2,08 %)

Vermögens- und Finanzlage (VGO)

		31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)						
+ Sachanlagen und immat. VG		301	209	229	195	250
+ Finanzanlagen		3	3	3	3	3
Anlagevermögen	○	304	212	232	198	253
+ Vorräte		23	23	23	21	50
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		310	196	397	205	202
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.		8.162	7.891	6.807	4.912	3.669
+ Sonstige Vermögensgegenstände		3.350	3.384	3.165	2.752	5.033
+ Liquide Mittel		1.619	154	2.114	2.752	673
Umlaufvermögen		13.464	11.648	12.506	10.642	9.627
Rechnungsabgrenzungsposten		1	6	13	21	9
Aktiva insgesamt		13.769	11.866	12.751	10.861	9.889
Passiva (Zusammenfassung)						
+ Gezeichnetes Kapital		300	300	300	300	300
+ Rücklagen					0	0
+ Jahresergebnis vor Verlustübernahme		-4.481	-4.405	-3.668	-3.206	-2.225
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter		4.481	4.405	3.668	3.206	2.225
Eigenkapital	★	300	300	300	300	300
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen		514	473	477	436	442
+ Sonstige Rückstellungen		3.931	3.054	4.604	2.771	3.123
Rückstellungen		4.445	3.527	5.081	3.207	3.565
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	★	0	0	0	0	0
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (sonstige)		0	0	0	0	0
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.136	2.032	2.083	2.312	823
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.		3.007	2.345	1.347	1.390	1.354
+ Sonstige Verbindlichkeiten		70	115	134	257	464
Verbindlichkeiten		5.213	4.492	3.564	3.959	2.641
Rechnungsabgrenzungsposten		3.811	3.547	3.806	3.395	3.383
Passiva insgesamt		13.769	11.866	12.751	10.861	9.889
Liquidität						
+ Langfristig verfügbare Mittel	★	300	300	300	300	300
– Langfristig gebundenes Vermögen	○	304	212	232	198	253
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung		-4	88	68	102	47
		+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität		-92	20	-34	55	228

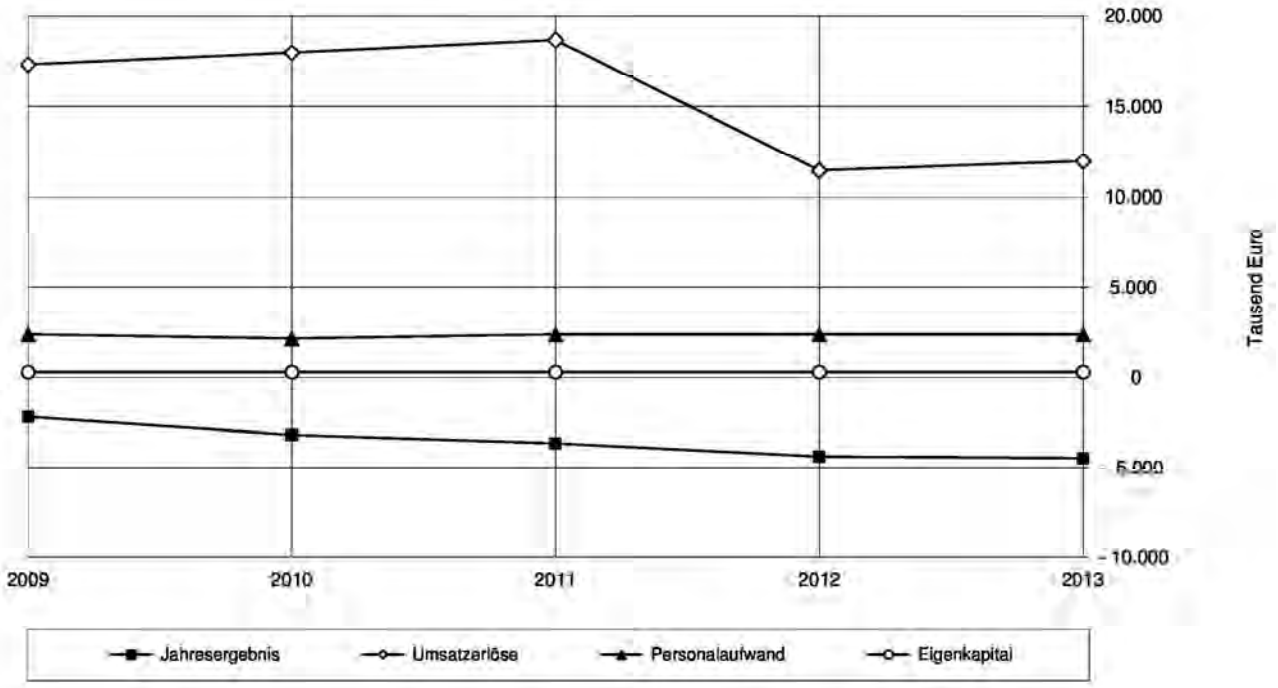
Ertragslage (VGO)

	2013	2012	2011	2010	2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Erlöse aus Fahrscheinverkauf [2]	11.980	11.464	18.709	18.009	17.352
+ Zuschüsse	0	0	0	0	0
+ Sonstige Umsatzerlöse	7.157	6.708	6.916	6.927	6.197
+ Übrige Betriebserträge	825	644	955	1.258	1.337
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	72	82	93	147	126
– Aufwendungen für bezogene Leistungen [3]	24.353	23.195	29.857	27.707	25.826
– Personalaufwand	2.339	2.343	2.336	2.105	2.336
– Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	44	53	63	83	108
– Sonstige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	1.271	1.027	985	1.125	1.228
Betriebsergebnis	-8.117	-7.884	-6.754	-4.973	-4.738
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	27	31	28	16
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen	75	61	45	64	151
– Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0	0	0	0	0
Finanzergebnis	-68	-34	-14	-36	-135
Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentl. Ergebnis (–)	0	0	0	22	-2.648
Steuern vom Ertrag (–)	-3.704	-3.514	-3.100	-1.825	-2.648
Jahresergebnis vor Verlustübernahme [1]	-4.481	-4.404	-3.668	-3.206	-2.225

Ausgewählte Kennzahlen

	2013	2012	2011	2010	2009
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	2,2%	2,5%	2,4%	2,8%	3,0%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	2,2%	1,8%	1,8%	1,8%	2,5%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	127,6%	128,1%	116,9%	111,7%	110,2%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	12,2%	12,9%	9,1%	8,4%	9,9%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	6	4	6	3	3
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	32	32	25	30	12
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	45	46	45	43	44

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (VGO)



3. Nebenbetriebe der Entsorgungswirtschaft

Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-13 – Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de

Sitz der Gesellschaft: Alte Frankfurter Straße, 36318 Schwalmtal

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beseitigung und Entsorgung von Abfällen aus dem Bereich des Vogelsbergkreises im Auftrag des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV) als dem zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Außerdem wird die Gesellschaft eigenständig tätig als sogenannter „beliehener Dritter“ im Sinne des § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG für die die Entsorgung gewerblicher Abfälle.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Aufgaben als „Entsorgungsunternehmen“, das für den ZAV tätig wird und darüber hinaus als beliehenes Unternehmen für die Entsorgung von Gewerbeabfällen zuständig ist, werden im Rahmen des Gesellschaftszweckes und der einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften wahrgenommen.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1998

Anteile in %: 35,84 % als mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis.
Der ZAV ist mit 95,55 % Anteilseigner an der AEGV, der Vogelsbergkreis ist mit 37,5 % Stimmrechtsanteilen am ZAV beteiligt.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Friedel Kopp - Vorsitzender	Gerhard Herchenröder
Timo Georg	Ulrich Künz
Dieter Boss	Harald Nahrgang
Jürgen Ackermann	Matthias Weitzel
Heinz Geißel	

2013 wurden an Aufsichtsratsvergütungen 3.220,00 € gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	1998
Gesellschaftsvertrag:	gültige Fassung vom 22.11.2011
Handelsregister:	Amtsgericht Gießen, Registerabteilung Alsfeld
Stammkapital:	104.000,00 €
Beteiligungen:	keine

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	99.372,00	95,55
Gemeinde Freiensteinau	780,00	0,75
Stadt Grebenau	676,00	0,65
Gemeinde Mücke	2.392,00	2,30
Gemeinde Schwalmtal	780,00	0,75
	104.000,00	100,00

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

2,0 Vollzeitkräfte
8,0 Teilzeitkräfte (Minijob-Basis)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 315.637,62 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung der Unternehmensergebnisse und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.071,31		2.928,41
		2.071,31	2.928,41
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	845.473,61		967.597,79
2. Technische Anlagen und Maschinen	165.898,90		163.571,93
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.600,21		84.602,59
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	13.623,60		0,00
		1.099.596,32	1.215.772,31
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.281.610,43		2.241.877,25
		2.281.610,43	2.241.877,25
		3.383.278,06	3.460.577,97
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	73.137,46		29.010,35
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00		80.213,15
3. Sonstige Vermögensgegenstände	243.023,49		207.318,03
		316.160,95	316.541,53
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		3.496.045,13	3.060.260,21
		3.812.206,08	3.376.801,74
C. Rechnungsabgrenzungsposten		887,37	2.622,35
		7.196.371,51	6.840.002,06

PASSIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		104.000,00	104.000,00
II. Bilanzgewinn/-verlust			
1. Gewinn-/Verlustvortrag	1.157.921,36		678.850,17
2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	315.637,62		479.071,19
		1.473.558,98	1.157.921,36
		1.577.558,98	1.261.921,36
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00		37.252,00
2. Sonstige Rückstellungen	5.282.733,00		5.351.725,00
		5.282.733,00	5.388.977,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 130.661,77 (Vorjahr EUR 139.822,83)	140.944,74		180.330,83
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 179.425,48 (Vorjahr EUR 0,00)	179.425,48		0,00
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 15.709,31 (Vorjahr EUR 8.772,87) davon aus Steuern EUR 15.709,31 (Vorjahr EUR 8.772,87)	15.709,31		8.772,87
		336.079,53	189.103,70
		7.196.371,51	6.840.002,06

Gewinn- und Verlustrechnung:

Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH, Schwalmtal
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2013

	2013 EUR		2012 EUR
1. Umsatzerlöse	1.125.470,99		1.425.621,76
2. Sonstige betriebliche Erträge	25.155,00		17.563,13
		1.150.625,99	1.443.184,89
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-92.409,53		-107.795,35
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-296.343,02		-327.172,86
		-388.752,55	-434.968,21
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-89.733,47		-74.917,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-19.303,19		-18.081,21
		-109.036,66	-92.998,47
5. Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-199.572,02		-155.063,32
		-199.572,02	-155.063,32
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-193.926,93	-240.672,14
		259.337,83	519.482,75
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	97.685,06		106.136,72
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00		-71.382,34
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23.641,82		-2.630,85
		74.043,24	32.123,53
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		333.381,07	551.606,28
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-15.219,45	-70.673,54
12. Sonstige Steuern		-2.524,00	-1.861,55
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		315.637,62	479.071,19
14. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		1.157.921,36	678.850,17
15. Bilanzgewinn/-verlust		1.473.558,98	1.157.921,36

Auszug aus dem Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die AEGV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig und betreibt nur die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle (entweder indirekt als Betreiber der Deponie Bastwald für Abfälle des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis oder direkt als nach § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG beliehener Dritter für gewerbliche Abfälle, diese Beleihung besteht aufgrund der Übergangsregelung des neuen KrWG fort, diese Regelung ist bis 2019 verlängert). Hierfür nutzt sie die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt sie vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet sie als Dienstleister der diese Abfälle deponiert oder aber im Regelfall nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt.
Die AEGV betrieb in 2013 keine Akquisition von Abfällen oder Aufträgen bei Endkunden. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden alleine von den Anlieferungen an das Entsorgungszentrum Vogelsberg (EZV) bestimmt. Die Preise sind fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

II. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

IIa. Umsatz und Auftragsentwicklung

Da die AEGV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt (entweder indirekt als Betreiber der Deponie Bastwald für Abfälle des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis oder direkt als beliehener Dritter für gewerbliche Abfälle), ist der Umsatz stets durch die Mengenentwicklung im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr bei den direkten Anlieferungen keine schwerwiegenden Veränderungen, so dass der Umsatz in diesem Bereich sich auch nicht allzu stark veränderte. Es gab allerdings gegenüber dem Vorjahr eine leichte Abnahme der Umsatzerlöse durch leicht abnehmende Mengenlieferungen.
Auf der Deponie Bastwald ist es aufgrund der raschen Verfüllung der vergangenen Jahre durch Setzungen noch möglich, Verfüllvolumen zur Vermarktung zur Verfügung zu stellen so dass ggf. noch Mengen im Altbereich eingelagert werden könnten. Mittlerweile zeigen sich auch bereits deutlich erste Setzungen im Ablagerungskörper. Allerdings ist aufgrund der konjunkturellen Veränderungen die Nachfrage nach Deponierungsmöglichkeiten, wie sie die Deponie Bastwald bietet, gering, abgesehen von Asbestablagerungen. Vielleicht bietet sich zukünftig wieder eine entsprechende Möglichkeit. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass neben der strikten Vorgabe durch die Deponieverordnung, was die Art der einlagerbaren Abfälle angeht, auch die Einbausituation auf der Deponie die Annahme von Abfällen, die hierfür passend sind und dazu kostendeckend wären, stark einschränkt.
Die Kapazitäten im Bereich des noch offenen Feldes 5.2 nehmen allerdings deutlich ab, so dass spätestens in 2015 dort die Andienung nicht mehr möglich sein wird, was zu weiteren Mengenausfällen führen dürfte.

Die Auftragsentwicklung konnte, wie bereits eingangs gesagt, in 2013 nicht aktiv beeinflusst werden, da die AEGV keine direkte Akquisition betrieb. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung wurde von den Anlieferungen an die Deponie Bastwald bestimmt. Dort sind die Preise fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.
Mit der Übernahme der Geschäftsanteile der Firma Veolia durch den ZAV in 2010 und der erfolgten Änderung der Satzung, ist der Geschäftszweck aber so verändert, dass aktive Entsorgungsdienstleistungen möglich werden könnten. Die AEGV ist zudem jetzt In-House geschäftsfähig.

IIb. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Die Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis wurde im Herbst 1998 gegründet. Das Jahr 2013 war das fünfzehnte volle Geschäftsjahr der Gesellschaft. Alle Aufgaben der Betreibung des EZV wurden vom Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis vollständig übernommen. Der Deponiebetrieb wird nur noch in geringem Umfang benötigt, daher bilden Bereiche wie Abfallumladung, Vorbehandlung, Sortierung und Aufbereitung und neue externe Entsorgungswege das Hauptbetätigungsfeld, denn der Aufgabenbereich hat sich fast vollständig von der Deponierung wegverlagert hin zu Aufbereitung und Umladung. Dies wurde seit 2010 weiter ausgebaut, da seitdem die Umladung des gesamten PPK-Abfalls aus dem Verbandsgebiet hinzu gekommen ist und zudem der komplette kommunale Restabfall umgeladen wird, da die Direktanlieferungen in den Wetteraukreis weggefallen sind.
Zudem wurden in 2013 die Teilbereiche der vorhandenen Deponierungsflächen für Abfälle, die der Abfallablagerungsverordnung genügen, genutzt, da eine Weiterbetriebsgenehmigung unbefristet erhalten wurde. Ggf. werden noch mögliche Flächen in den alten Teilen der Deponie Bastwald für weitere Ablagerungen verwendet werden können.
Die Haupttätigkeiten werden sich auf Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport etc. beschränken und der Deponiebetrieb auf mittlere Sicht eingestellt. Hinzu kommen ggf. Dienstleistungen wie Gefäßmanagement etc.

IIc. Investitionen

Aus diesem Grund wurden in 2013 wie auch in den Vorjahren im Rahmen des laufenden Abfalleinbaus keine größeren Ausbaumaßnahmen mehr umgesetzt und nur kleinere temporäre Abdeckungen und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Eine Trasse bleibt als Zugang für das Feld 5.2 als Deponiezufahrt bestehen

IId. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich keine Änderungen in diesem Bereich, da die AEGV das benötigte Personal weitestgehend vom Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis ausleiht und nur für die Verwaltung sowie die Gewerbeabfallentsorgung eigenes Personal beschäftigt. Allerdings können zukünftig aufgrund der gestiegenen Anforderungen evtl. noch Mitarbeiter direkt bei der AEGV hinzukommen. Arbeitsspitzen werden bei Bedarf durch kurzfristige Verträge oder Minijobs abgedeckt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich 102.258,37 EUR (200.000,00 DM). Eine geringfügige Erhöhung wurde aber nach Anpassung des Gesellschaftsvertrages in 2010 auf insgesamt 104 TEURO vorgenommen, (Anpassung an glatte EURO-Beträge). Das Eigenkapital stieg in 2013 auf 1,688 Mio. EUR nach 1,262 TEUR in 2012 (Quote liegt jetzt bei 23,6 %). Die Eigenkapitalrentabilität betrug in 2013 25,2 %.

Die Rückstellungen für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen aufgrund der erfolgten Einlagerungen blieben mit 4,972 TEUR fast unverändert. Es wurde von dem Beibehaltungswahlrecht nach der Regelung des § 67 Abs. 1, Satz 2 des EGHGB Gebrauch gemacht. Damit sind ausreichende Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden (Überdeckung1.044 TEUR). Hinzu kommt jedoch eine notwendige Rückstellung für die Maßnahmen der Schwelbrandbekämpfung von 280 TEUR.
Da alle Investitionen und Finanzabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanzierbar waren, betrug der Bestand an Finanzmitteln in 2013 3,496 Mio. EUR, so dass er sich um 436 TEUR erhöhte.
Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet, die Liquiditätssituation ist durchweg positiv. Der Geschäftsverlauf war ebenfalls positiv, das Rohergebnis zeigte einen Positivsaldo von 914,6 TEUR. Es ergab sich ein Jahresüberschuss von 426 TEUR.

II. Ertragslage

In 2013 wurde ein Überschuss von 426 TEUR erwirtschaftet. Damit ergab sich nach 2012 auch in 2013 wieder ein positives Ergebnis. Im Jahr 2013 lagen die tatsächlich erzielten Umsatzerlöse bei rund 1,278 Mio. EUR also gegenüber denen des Vorjahrs etwas niedriger.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt. Allerdings entfallen für die AEGV seit 2010 die Erlöse aus Regiekosten für die Sammlung und den Transport von Abfällen. Die Kostendeckung ist aber gewährleistet. Die Veränderungen bei den Gewerbemengen wird derzeit durch die Preisentwicklung kompensiert, allerdings wird sich dies nur halten lassen, wenn die Mengen in den folgenden Jahren nicht zurückgehen werden.
Seit 2010 hat sich durch den Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung ergeben. Die bisher über die AEGV abgewickelte Sammlung und der Transport des kommunalen Hausmülls und des Altpapiers sowie die Sonderabfallkleinmengensammlung sind nach Auslaufen der Verträge wieder direkt über den ZAV abgewickelt worden. Dieser Geschäftsbereich ist seit 2010 daher ganz entfallen.

Anderseits sind in 2010 weitere Aufgaben hinzugekommen, wie z.B. die Umladung des Altpapiers. Es kann sich nach der derzeitigen Entwicklung bei den Entsorgungsaufgaben auch ergeben, dass in den folgenden Jahren (nach 2015) Transport- und Sammlungsaufgaben direkt übernommen werden könnten. Gleiches gilt für das Gefäßmanagement der Abfallgefäße im Kreisgebiet. Dies wird voraussichtlich für den Restabfall ab dem 01.01.2015 übernommen. Ggf. kann auch die Einführung einer separaten Bioabfallerfassung zu weiteren Dienstleistungen und Aufgabenübernahmen führen.

Es ist weiter sinnvoll die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung erzielt werden kann.

II. Ergebnisprognose für die Geschäftsjahre 2014 ff

Die mit der raschen Verfüllung des Deponiefeldes 5 entstandenen Abschreibungen und die zu bildenden Rückstellungen für die Nachsorge wird die Ergebnisse der Geschäftsjahre 2014 ff nicht mehr belasten. Auch die steuerlichen Fragen für die zurückliegenden Jahre sind nunmehr endgültig geklärt.

Zugleich hat sich, wie bereits oben gesagt, die Umsatz- und Erlösentwicklung, abgesehen vom Wegfall der kommunalen Verträge, wieder den Werten der früheren Jahre angeglichen und ist relativ stabil geblieben, so dass für das Geschäftsjahr 2014 daher ebenfalls mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet werden kann, sofern kein Mengeneinbruch stattfinden wird und die Energie- und Transportkosten nicht zu stark steigen sollten.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko der AEGV besteht in den schwankenden Abfallmengen. Darüber hinaus steht nach der gegenwärtigen Rechtslage fest, dass auch in 2014 ff keine oder nur noch geringe Abfallmengen zur Deponierung zur Verfügung stehen werden, da eine Ablagerung unvorbehandelter Abfälle nicht wahrscheinlich ist. Es werden wohl eher noch weitere Abfallfraktionen in eine Verwertung gegeben werden müssen. Weiterhin ergibt die Verfüllungssituation Anlass zu der Feststellung, dass wohl ab 2015 kein Verfüllvolumen im Feld 5.2 mehr zur Verfügung stehen wird.

Da die AEGV nur im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem ausschließlich die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt (entweder indirekt als Betreiber des Entsorgungszentrum Vogelsberg (EZV) für Abfälle des Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis oder direkt als beliehener Dritter für gewerbliche Abfälle), ist der Umsatz durch die Mengenentwicklung im Kreis und durch die Vorgaben des ZAV vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises ist eher unwahrscheinlich. Aus derzeitiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar, dies vor allem durch die Abgabe einer Bürgschaftserklärung des ZAV gegenüber dem Regierungspräsidium Gießen für die AEGV für alle finanziellen Verpflichtungen, die ihr aus § 19 DepV erwachsen könnten, wenn diese nicht mehr von der AEGV selbst getragen werden können.

E. Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres hatte die AEGV keine zu verzeichnen.

Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 – Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de

Sitz der Gesellschaft: Alte Frankfurter Straße, 36318 Schwalmtal

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens:

Erzeugung von regenerativer Energie durch den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom mit einer Nennleistung von bis zu max. 0,7 Megawatt und dessen Abgabe an den Versorger Oberhessische Versorgungsbetriebe, ohne Selbstversorger für Letztverbraucher zu sein.

Die Erzeugung regenerativer Energien bleibt auf die verbandseigenen Liegenschaften beschränkt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Erzeugung von regenerativen Energien erfolgt im Rahmen des Gesellschaftsvertrages. Der Gesellschaftszweck wird damit fortlaufend erfüllt.

Es handelt sich um eine zulässige, wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 Abs. 1 a HGO, i.d.F.v. 01.04.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.09.2005

Anteile in %: 37,5 % mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Friedel Kopp - Vorsitzender	Harald Nahrgang
Gerhard Herchenröder	Helmut Weppler
Harald Nahrgang	Michael Refflinghaus

2013 wurden an Sitzungsgeldern 36,05 € gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	01.09.2005
Gesellschaftsvertrag:	letzte Fassung vom 09.10.2006
Handelsregister:	Amtsgericht Gießen
Stammkapital:	25.000,00 €
Beteiligungen:	keine
Gesellschafter:	Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (100 %)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresfehlbetrag 4.285,26 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung der Unternehmensergebnisse und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	521.992,18		527.271,44
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.931,52		3.139,67
		524.923,70	530.411,11
		524.923,70	530.411,11
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Sonstige Vermögensgegenstände	6.912,57		1.925,57
		6.912,57	1.925,57
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		47.058,72	196.369,75
		53.971,29	198.295,32
		578.894,99	728.706,43

PASSIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		16.275,84	10.107,81
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-4.285,26	6.168,03
		36.990,58	41.275,84
B. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen	3.800,00		153.000,00
		3.800,00	153.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.814,85 (Vorjahr EUR 250,95)	3.814,85		250,95
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 72.768,46 (Vorjahr EUR 29.297,65)	532.684,56		532.684,56
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.605,00 (Vorjahr EUR 1.495,08)	1.605,00		1.495,08
		538.104,41	534.430,59
		578.894,99	728.706,43

Gewinn- und Verlustrechnung:

Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH, Schwalmtal
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2013

		2013 EUR		2012 EUR
1.	Umsatzerlöse	60.220,48		66.949,25
			60.220,48	66.949,25
2.	Materialaufwand		-2.361,60	0,00
3.	Abschreibungen auf Sachanlagen		-38.402,70	-36.158,48
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		-6.129,41	-3.432,83
			13.326,77	27.357,94
5.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	304,87		1.054,80
6.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18.643,96		-19.729,06
			-18.339,09	-18.674,26
7.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		-5.012,32	8.683,68
8.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		727,06	-2.515,65
9.	**Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag**		-4.285,26	6.168,03

Auszug aus dem Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die NEV ist aufgrund einer Änderung der Hauptsatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, mit der die Nutzung regenerativer Energien ermöglicht wurde, gegründet worden. Damit soll diese Zielsetzung der Nutzung regenerativer Energien auf Anlagen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis umgesetzt werden. Sie ist daher ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises und nur auf Flächen des ZAV tätig und plant, baut und betreibt die entsprechenden Anlagen. Hierfür nutzt sie gegenwärtig die Hallen auf der Deponie Bastwald als Standort für eine Photovoltaik-Anlage.

Die NEV betreibt keine Akquisition von Aufträgen von Endkunden. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden nur von den eigenen Anlagen bestimmt. Die erzielbaren Einkünfte sind durch die Regelungen des EEG fest vorgegeben.

II. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

IIa. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Das Jahr 2013 war das sechste volle Geschäftsjahr der Gesellschaft, bei der Umsatzerlöse erzielt werden konnten, da die Anlage durchgehend in Betrieb war.
Es wurden auch in 2013 nur Teilbereiche der vorhandenen Dachflächen genutzt, da nur Flächen einbezogen wurden, die ertragsmäßig interessant erschienen.

Darüber hinaus werden Kooperationen mit anderen im Bereich Energieerzeugung oder die Übernahme weiterer Tätigkeiten, die sich aus veränderten Vorgaben ergeben, geprüft. Vor kurzem hat der ZAV einen Vertrag mit der Hessen-Energie geschlossen, der ggf. zum Bau von WEA auf dem EZV führen könnte. Dies könnte dann bei Realisierung an die NEV übertragen werden.
Die Haupttätigkeiten werden sich zunächst auf den Betrieb von Photovoltaik beschränken.

IIb. Personal- und Sozialbereich

Die NEV beschäftigt kein Personal.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 EUR. Das Eigenkapital fiel in 2013 wieder auf 37,0 TEUR (2012: 41,3 TEUR), die Quote liegt jetzt bei 6,4 % (2012: 5,7%), bedingt durch die geringere Bilanzsumme.
Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Der Geschäftsverlauf 2013 war negativ, es ergab sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag.

II. Ertragslage

In 2013 wurde ein Fehlbetrag von 4,3 TEUR erwirtschaftet. Damit ergab sich wieder ein negatives Ergebnis.

Der Umsatzerlös war mit 60 TEUR positiv, da in 2013 die Anlage durchgehend Strom produzierte. Die Ergebnisse lagen witterungsbedingt in 2013 deutlich unter den Erwartungswerten und sogar noch unter den Werten von 2012.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung wird für die NEV dadurch gekennzeichnet sein, dass es sich mittelfristig nur um die Abgabe von Strom in das Netz des lokalen Energieversorgers und den Erhalt der entsprechenden Einspeisevergütung nach EEG handelt. Hinzu kommen Überwachung und ggf. Instandhaltung der PV-Anlage.

Allerdings kann es sich ergeben, dass durch veränderte Rahmenbedingungen die Errichtung und Nutzung weiterer Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien lukrativ werden könnte und dass dann die NEV weitere Anlagen errichtet oder die bestehende erweitert. Derzeit sieht dies allerdings bei PV-Anlagen eher weniger positiv aus. Hingegen gibt es derzeit Überlegungen im Bereich des EZV eine WEA zu errichten oder errichten zu lassen und ggf. diese von der Hessen-Energie, die z.Z. dies plant, dann zu übernehmen. Der entsprechende Rahmenvertrag zwischen der Hessen-Energie und dem ZAV wurde bereits geschlossen.

II. Ergebnisprognose

Die mit Errichtung der Anlage bisher gewonnenen Daten über die Erzeugung von Strom lassen erwarten, dass die Anlage dauerhaft über den prognostizierten Werten liegen dürfte (zumindest bei nicht extrem sonnenarmen Jahren, denn auch 2013 lag die Anlage gerade noch so über der Prognose) und zugleich konnte der Investitionsrahmen passgenau eingehalten werden. Von daher ist auch 2014ff mit einer sich verstetigenden Geschäftsentwicklung und einer relativ stabilen Erlössituation zu rechnen.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko der NEV besteht in Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und ggf. Änderungen in den Vergütungssätzen. Allerdings besteht Bestandsschutz, so dass die Gefahr einer diesbezüglich negativen Entwicklung gering ist.

Es werden wohl noch weitere Bereiche wie Biomasse etc. stärker in eine Nutzung einbezogen werden können.

Ein Einstieg hier (z.B. über Grünabfallverwertung) wäre ab 2015/16 ggf. möglich (Biotonne im Kreis). Allerdings hat die politische, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung hier noch völlig unabsehbare Einflüsse.
Zugleich ist aber eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

E. Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres hatte die NEV keine zu verzeichnen.

4. Wirtschaftsförderung und Tourismus

Vogelsberg Consult Gesellschaft für Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 – Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Werner Braun - Vorsitzender	Landrat Manfred Görig - stellv. Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Günter Sedlak
Eva Goldbach	Dietmar Schlosser
Prof. Bèla Dören	

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im Geschäftsjahr keine Aufwandsentschädigungen.

Beirat:

Landrat Manfred Görig - Vorsitzender	Bernhard Ziegler	Gudrun Huber
Rosemarie Müller	Bernd Dickel	Erwin Fauß - stellv. Vorsitzender
Franz-Josef Kreuter	Matthias Körner	Hildegard Pollak
Gerda Krömmelbein	Erwin Mönnig	Kurt Wiegel
Otto Heinrich Winter	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
Ralf A. Becker	Dr. Wolfgang Dennhöfer	
Edwin Schneider	Armin Müller	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 18.06.1999

Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007

Handelsregister: Gießen, HRB 5341

Stammkapital: 250.650 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter / Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank Ulrichstein eG	2.500,00	1,0
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1

Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,0
	250.650,00	100,0

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9,1 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)
2,0 geringfügige Beschäftigte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresfehlbetrag 33.865,28 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Dienstleistungsvertrag vom 10./15.11.2004 bis 31.12.2015 daraus resultierende jährliche Ausgleichszahlung: 277.000 €

Der Geschäftsführer ist Bediensteter des Vogelsbergkreises und für seine Aufgabe freigestellt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen des Dienstleistungsvertrages und des Gesellschaftsvertrages.

Bilanz des Unternehmens:

BILANZ zum 31. Dezember 2013

AKTIVSEITE	€	€	€	Vorjahr €
A. Anlagevermögen				
I. Immat.Vermögensgegenstände				
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00			33.808,00
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00			30.209,00
		0,00		64.017,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	17.008,00			20.889,00
2. andere Anlagen, Betriebs-u.Geschäftsausstattung	8.281,00			10.288,00
		25.289,00		31.177,00
			25.289,00	(95.194,00)
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen u.Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (i.V. € 0,00)	52.250,56			81.285,26
2. sonstige Vermögensgegenstände - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (i.V. € 0,00)	12.010,77			12.549,21
		64.261,33		93.834,47
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		363.187,31		310.093,74
			427.448,64	(403.928,21)
C. Rechnungsabgrenzungsposten			2.199,16	7.663,03
			454.936,80	506.785,24

PASSIVSEITE	€	€	Vorjahr €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00		250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41		256.163,41
III. Verlustvortrag	-79.496,76		-139.168,33
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-33.865,28		59.671,57
		393.451,37	427.316,65
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		72,36	93,84
C. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		18.402,47	22.829,37
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.772,70		0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 5.772,70 (i.V. € 0,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.720,24		5.313,24
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 7.720,24 (i.V. € 5.313,24)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	10.066,54		31.255,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 10.066,54 (i.V. € 31.255,88)			
- davon aus Steuern: € 5.182,69 (i.V. € 17.986,00)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 3.280,95 (i.V. € 3.623,19)			
		23.559,48	36.569,12
E. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten		19.451,12	9.765,26
F. Passive latente Steuern		0,00	10.211,00
		454.936,80	506.785,24

Gewinn- und Verlustrechnung:

GEWINN- und VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	€	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		428.460,46		460.176,57
2. sonstige betriebliche Erträge		10.576,33		6.186,00
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 21,48 (i.V. € 21,46)				
			439.036,79	466.362,57
3. Materialaufwand:				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-106.541,94		-71.606,44
4. Personalaufwand:				
a) Löhne und Gehälter	-368.960,35			-385.422,38
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-82.390,81			-87.287,14
		-451.351,16		-472.709,52
5. Abschreibungen auf immat.Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u.Sachanlagen		-13.720,74		-23.153,25
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-188.332,14		-118.401,24
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		516,62		1.052,62
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-683,71		-679,17
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 12,99 (i.V. € 48,96)				
			-760.113,07	-685.497,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-321.076,28	-219.134,43
10. außerordentliche Erträge		277.000,00		277.000,00
11. außerordentliches Ergebnis			277.000,00	277.000,00
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag			10.211,00	1.806,00
- davon latente Steuererträge: € 10.211,00 (i.V. € 1.806,00)				
13. Jahresfehlbetrag/-überschuss			-33.865,28	59.671,57

Auszug aus dem Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Die Ausgleichleistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis dienen zur Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für Gründer/-innen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), der Kofinanzierung der beantragten Projekte, der Kofinanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen, der Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben.

Im Beratungsangebot wurden in mehr als 453 Beratungs- und Informationsgesprächen in den Räumen der Gesellschaft, im Rahmen von Betriebsbesuchen oder auch telefonisch Hilfestellungen bei Fragen der Existenzgründung, der Beantragung von Förderhilfen unterschiedlichster Art, bei der Beantragung von Bankdarlehen und bei der Erstellung von Businessplänen gegeben. Die hierin zum Ausdruck kommende Bestandspflege im Interesse der Fachkräftesicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für die Wirtschafts- und Strukturförderung wird ein zunehmendes Anliegen werden. Die Beratung ist geprägt von Diskretion, Verlässlichkeit sowie von unbürokratischem Handeln. Deshalb vollzieht sich in diesem Kernbereich die Arbeit meist im „Verborgenen“. Die Erfolgsbilanz der Wirtschaftsförderung kann demzufolge nicht nur anhand von Zahlen und Daten gelungener Industrieansiedlungen und erreichter Dauerarbeitsplätze bewertet werden, sondern es gelten auch noch andere Erfolgsfaktoren, die leider nicht statistisch erfassbar sind. Die von der Vogelsberg Consult GmbH selbst entwickelte Software Input+ wurde zum 31.05.2013 an einen Mitanbieter aus diesem Bereich verkauft.

Qualifizierungsoffensive Vogelsberg – Aktivitäten im Förderprogramm QuIT – Qualifizierungsbeauftragte 2013/2014

Im Rahmen des Programms „Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz in der beruflichen Bildung (QuIT) – Qualifizierungsbeauftragte“ sollen kleine und mittlere Unternehmen und deren Beschäftigte für den Nutzen und die Möglichkeiten der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung sensibilisiert werden. Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, des HMWEVL (bis Ende 2013 HMWVL) und der Vogelsberg Consult GmbH. Das Projekt ist noch bis zum 31.12.2014 bewilligt und hat einen Anteil von rund T € 68 am Budget.

Sicherung des Fachkräftenachwuchses: „Fit2“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. In der Laufzeit 10/2010 bis 09/2014 widmen wir uns in einem Modellprojekt des Hessischen Wirtschaftsministeriums folgender Fragestellung: „Der demographische Wandel bewirkt, dass sich eine zunehmende Anzahl von KMU im ländlichen Raum der Ausbildung ‚schwieriger‘ Jugendlicher stellen muss. Darauf sind sie nur unzureichend vorbereitet. KMU sollen in die Lage versetzt werden, mit hauseigener Kompetenz diese ‚schwierigen‘ Jugendlichen sicher zum erfolgreichen Abschluss der beruflichen Erstausbildung zu führen.“

Ausblick: Im Jahr 2014 wird das Teilprojekt „Fit für den Umgang mit ‚schwierigen' Jugendlichen" plangemäß abgeschlossen. Das Teilprojekt „Fit für die Azubi-Akquise an Schulen" wurde zum 30.09.2013 erfolgreich beendet. Das Projekt wird aus Mitteln des HMWEVL finanziert und hat einen Anteil von T € 111 am Budget.

OloV im Vogelsberg

OloV wird seit Juli 2005 aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds gefördert und war zunächst ein gemeinsames Projekt aller Partner des Hessischen Paktes für Ausbildung. Seit Ende 2008 wurde daraus eine landesweite Strategie. Gemeinsames Ziel aller Paktpartner ist es, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung anzubieten. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sind die „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit", welche OloV aus der Zusammenarbeit mit Akteuren des hessischen Ausbildungsmarktes entwickelt hat. Seit März 2008 werden nun die Standards in den hessischen Regionen erprobt und umgesetzt. Die Vogelsberger Steuerungsgruppe des regionalen OloV-Projektes besteht aus:

- Agentur für Arbeit Gießen
- Handwerkskammer Wiesbaden
- IHK Gießen-Friedberg
- Jugendamt Vogelsbergkreis
- Kommunale Vermittlungsagentur Vogelsbergkreis
- Kreishandwerkerschaft für den Vogelsbergkreis
- Landrat des Vogelsbergkreises
- Staatliches Schulamt Gießen-Vogelsberg
- Vogelsberg Consult GmbH

Sie interpretiert „OloV" als Chance für Transparenz und intensivere Zusammenarbeit im Übergangsfeld Schule – Beruf zu sorgen. Projektmittel werden jährlich beantragt. Im Jahr 2013 hat das Projekt einen Anteil von T € 26 am Budget.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zum Global Player. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig, kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt das Clustermanagement für das Netzwerk. Sie organisiert den Austausch zwischen den Unternehmen, Fachveranstaltungen, Arbeitsgruppen und Weiterbildung für die Mitgliedsunternehmen. Es erfolgt ein intensiver Austausch zu Schwerpunktthemen wie Forschung und Entwicklung, Wissensmanagement, Fachkräftesicherung oder Energieeffizienz. Das Projekt befindet sich in der „Verstetigungsphase" und ist für die Zeit vom 01.09.2013 bis 31.08.2015 bewilligt worden. Das Projekt hat einen Anteil von T € 68 am Budget, wovon rund T € 18 aus UN-Beiträgen stammen.

Studie „Fachkräftebedarfe im Vogelsberg"

Die Vogelsberg Consult GmbH hat im Jahr 2013 eine Studie zum Thema „Fachkräftebedarfe im Vogelsberg" an die Gesellschaft für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (GEWAK), Frankfurt, in Auftrag gegeben.

Ziel war die Ermittlung von Defiziten und Problemstellungen zu den Fragen, wie viele Fachkräfte in welchen Branchen benötigt werden, welche Strategien bereits angewandt werden, um neue Fachkräfte zu akquirieren und welche Unterstützung die Unternehmen für die zukünftige Aufgabenstellung benötigen. Der daraus resultierende Bericht dokumentiert die erarbeiteten Befunde und Analysen und dient der weiteren strategischen Interpretation durch die regionalen Akteure, um entsprechende Handlungsfelder für die Region zu erarbeiten. Das Projekt wird von der WI-Bank aus LEADER-Mitteln gefördert und hat einen Anteil von T € 27 am Budget.

Vogelsberg Portal

Im Regionalen Entwicklungskonzept 2007 - 2013 wurde zur gewünschten Verbesserung der Wahrnehmung des Images des Vogelsbergkreises eine übergreifende Website thematisiert und befürwortet. Diese wurde zum 11.06.2012 mit LEADER-Mitteln bewilligt und unter der Internet-Präsentation **www.vogelsberg.de** realisiert.
Die Hauptfunktion der neuen Website ist es, längerfristig und in einem anderen journalistischen Format, in einem gänzlich anderen Genre die Attraktivität der Region zu platzieren, sowohl nach innen, aber auch nach außen. Das Projekt ist bewilligt für die Zeit vom 11.06.2012 bis 30.06.2014 und wird von der WI-Bank aus LEADER-Mitteln gefördert. Der Anteil am Budget beträgt T€ 33 in 2013.

Der Vogelsberg in der LEADER-Förderung der EU

Bereits zum fünften Mal bewirbt sich der Vogelsbergkreis um die Aufnahme ins LEADER-Entwicklungsprogramm der Europäischen Union. Seit Beginn der 1990-er Jahre konnten mithilfe des EU-Programmes über 100 Existenzgründungen in den Bereichen Kultur, Tourismus, Gewerbe und Landwirtschaft unterstützt werden. Der Vogelsbergkreis gehörte 1991 zu den ersten 13 Landkreisen in Deutschland, die das damals neue EU-Programm nutzten. Beteiligen kann sich eine Region an LEADER, wenn ein hochdifferenziertes und anspruchsvolles Konzept zur Gestaltung der Jahre bis 2020 vorgelegt wird. Die Europäische Union setzt bei der Berechtigung zur Teilnahme an LEADER auf die Beteiligung der Akteure in der Region. Für die Förderperiode 2014 – 2020 im LEADER-Entwicklungsprozess wird im Jahr 2014 die Wiederanerkennung als LEADER-Region mittels eines neuen Antrages angestrebt. Die Grundlage hierfür sind moderierte Workshops, in denen die Ideen aus der
Region zusammengetragen werden sollen. Diese werden Anfang/Mitte des Jahres 2014 stattfinden und in den neu zu stellenden Antrag einfließen.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessen e.V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE – Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWEVL angesiedelt ist sowie im ELER – Begleitausschuss des HMUKLV (bis Ende 2013 HMUELV). Die bisherige Mitarbeit im Wirtschaftsministerium als Breitbandkoordinator für den Vogelsberg wurde nach erfolgreicher Gründung der neuen Breitbandgesellschaft Vogelsberg (Geschäftsführer Dr. E. Köhler-Hälbig) an diese abgegeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2013 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Damit stehen elf Arbeitsplätze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit (entspricht 9,1 Vollzeitstellen) sowie zwei geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Insgesamt hat das Team im Jahr 2013 rund 73 Veranstaltungen geplant und durchgeführt.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Die bewilligten Zuschüsse sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Zielerreichung einzusetzen. Besonders hervorzuheben ist die Einhaltung des Wirtschaftsplanes, der um T € 40 besser ausfiel als geplant. Für die Projektförderungen sind jeweils gesonderte Finanzierungspläne maßgeblich.

Ertragslage

- Die verschiedenen Projektförderungen aus öffentlichen Mitteln [ESF, RWB-EFRE] beliefen sich in 2013 auf T € 303 und lagen damit um T € 42 unter dem Vorjahreswert.
- Der Bereich der input+ Software generierte aus dem Verkauf und auslaufenden Wartungsverträgen für das Jahr 2013 T € 70.
- Aus Unternehmensberatungen sowie Einnahmen zur Kostendeckung in den Projekten wurden insgesamt T € 55 generiert.
- Der Jahresverlust 2013 in Höhe von rund T € 34 resultiert aus dem Anlagenabgang (input+-Software), fällt aber abweichend vom Wirtschaftsplan um T € 40 besser aus, da beim Materialaufwand und Personalkosten eingespart wurde.

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen und Steuern) betrug im Jahr 2013 rd. 759.946 € (Vorjahr: 685.870 €). Die Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2013 betrugen 277.000 € (Vorjahresbetrag: 277.000 €), die zum Ausgleich der Aufwendungen für Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gemäß des Dienstleistungsvertrages gezahlt worden sind. Nahezu 428.460 € (Vorjahr: 460.176 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2013 ist ein Verlust von 34.000 € ausgewiesen. Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T € 21 verringert, was in dem Wegfall einer weiteren Personalstelle ab Mai 2013 (Programmierer input+) begründet liegt. Der sonstige betriebliche Aufwand stieg dagegen von 118.400 € im Vorjahr auf rd. 188.332 € im aktuellen Jahr. Das Gesamtergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 93.536 €, was auf den Verkauf der input+-Software und den damit verbundenen Bilanzanpassungen begründet ist.

Vermögenslage

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	T€	T€	T€
AKTIVA			
Anlagevermögen	25	95	-70
Umlaufvermögen	430	412	18
	455	**507**	**-52**
PASSIVA			
wirtschaftliches Eigenkapital	393	427	-34
kurzfristiges und mittelfristiges Fremdkapital	62	80	-18
	455	**507**	**-52**

Das Anlagevermögen der Gesellschaft setzt sich aus immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen zusammen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert, da die selbst geschaffene Software input+ veräußert wurde.

Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2013	2012
Eigenkapitalquote in %	86,5	84,3
Fremdkapitalquote in %	13,5	15,7
operativer Cash-Flow	-289,5 T€	-241,8 T€

Die Liquidität des Unternehmens war in 2013 durchgehend sichergestellt.

III: Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Blick in die Zukunft

Die Auftragslage für 2014 ist aufgrund der noch laufenden durch das HMWEVL kofinanzierten Projekte Qualifizierungsoffensive VII (bis 12/2014), Fit² (bis 09/2014) und Verpackungscluster Mittelhessen (bis 08/2015) noch gut. Aufgrund von Änderungen in den Konditionen der hessischen aber auch bundesdeutschen Förderprogramme sinken die Kofinanzierungsraten und damit die „Umsatzerlöse“ der Vogelsberg Consult GmbH. Gleichzeitig stellen regional wichtige Programme – wie LEADER – Vorbedingungen an die personelle Ausstattung der Vogelsberg Consult GmbH, ohne diese finanziell zu fördern. Bei fortbestehendem Aufgabenspektrum machen die o. g. Rahmenbedingungen mittelfristig eine höhere Grundfinanzierung notwendig. Laut Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 wird mit einem Verlust in Höhe von T € 130 gerechnet. Das Projekt Fit² läuft bereits zum 30.09.2014 aus. Es wird ein neuer Antrag auf Förderung gestellt, der aber vorrausichtlich erst ab Anfang 2015 bewilligt wird. Somit kommt es zu einer Finanzierungslücke von mehreren Monaten. Der Beratungsvertrag der Gemeinde Birstein wurde ab dem Jahr 2014 nicht verlängert. Der Vertrag mit dem Vogelsbergkreis wurde im Verlauf des Jahres 2011 überarbeitet und im November 2011 für den Zeitraum 2012 bis 2015 verlängert.

Mögliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Betrachtung der Zahlungsfähigkeit der Vogelsberg Consult GmbH kann nur im Zusammenhang mit den Ausgleichsleistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis erfolgen. Damit ist eine direkte Abhängigkeit definiert. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass in der Zukunft die politischen Parteien entsprechende Mittel zur Fortführung der Geschäftstätigkeit der Vogelsberg Consult GmbH zur Verfügung stellen.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 – Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 23,57 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Gem. § 121 Abs. 2 Ziff. 2 HGO gelten Tätigkeiten auf dem Gebiet der „Erholung“ nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Manfred Görig – **Vorsitzender**
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold – stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Kreis Gießen	Landrätin Anita Schneider
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Geschäftsführer Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, (bis 31.12.2013)
Herr Roger Merk (seit 01.10.2013)

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	19.12.2001
Gesellschaftsvertrag:	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.11.2008
Handelsregister:	Friedberg, HRB 5746
Stammkapital:	144.250 €
Beteiligungen:	keine

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 2,0 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)
2,0 geringfügige Beschäftigte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresfehlbetrag 21.886,31 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Vertrag vom 13.12.2005 daraus resultierende jährliche Ausgleichszahlung: **89.087 €**

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die „Region Vogelsberg Touristik GmbH“ erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stammeinlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Kreis Gießen	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Birstein	500,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00

Gesellschafter	Stammeinlage €
Stadt Laubach	4.500,00
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	3.000,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Stadt Alsfeld	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V..(bis 16.12.2012)	0,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen	3.250,00
Stadt Grebenau	250,00
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V. (ab 17.12.2012)	1.500,00

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		**5,00**	5,00
II. Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		**9.859,00**	9.076,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	2.628,89		2.230,36
2. Geleistete Anzahlungen	1.862,95		1.992,00
		4.491,84	4.222,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	246,60		346,40
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.012,71		3.461,13
		3.259,31	3.807,53
III. Kassenbestand, Bundesbank-guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		**164.369,70**	202.499,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**0,00**	2.639,07
		181.984,85	222.249,23

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		**144.250,00**	144.250,00
II. Gewinnvortrag		**41.699,56**	28.278,82
III. Jahresfehlbetrag		**21.886,31-**	13.420,74
B. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen		**12.516,93**	23.565,43
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	864,00		3.542,00
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 864,00 (Euro 3.542,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.483,00		7.742,55
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.483,00 (Euro 7.742,55)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	3.057,67		1.449,69
		5.404,67	12.734,24
- Davon aus Steuern Euro 2.782,79 (Euro 1.449,69)			
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.057,67 (Euro 1.449,69)			
		181.984,85	222.249,23

Gewinn- und Verlustrechnung:

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	**380.447,24**	376.580,05
2. Gesamtleistung	**380.447,24**	376.580,05
3. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Ordentliche betriebliche Erträge Sonstige ordentliche Erträge	4.387,32	4.387,32
b) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	623,00	0,00
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.995,80	3,75
d) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.972,34	24.949,51
	9.978,46	29.340,58
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	31.678,97	18.080,48
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	40.961,66	58.785,96
	72.640,63	76.866,44
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	129.537,77	119.543,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	29.491,98	27.823,66
	159.029,75	147.366,92
- Davon für Altersversorgung Euro 240,00 (Euro 240,00)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	**3.616,56**	4.293,35
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	5.964,06	5.954,11
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	4.906,65	5.626,28
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	3.569,43	3.708,04
ad) Fahrzeugkosten	9.726,02	10.868,28
ae) Werbe- und Reisekosten	2.432,61	717,95
af) Kosten der Warenabgabe	20.440,81	22.417,17
ag) Verschiedene betriebliche Kosten	130.355,18	116.500,78
	177.394,76	165.792,61
	155.138,76	177.393,92

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
	155.138,76	177.393,92
	177.394,76	165.792,61
b) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	448,69	249,00
c) Sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	176,83
	177.843,45	166.218,44
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**1.078,20**	2.562,30
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**1,33**	7,04
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**21.627,82-**	13.730,74
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,51-	0,00
12. Sonstige Steuern	260,00	310,00
	258,49	310,00
13. Jahresfehlbetrag	**21.886,31**	13.420,74-

Auszug aus dem Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Der Inlandstourismus und dabei insbesondere Kurzurlaube und Tagesausflüge sind die relevanten Größen für die Freizeitregion Vogelsberg. Nach stagnierenden Jahren konnte der Übernachtungstourismus in Hessen im dritten Jahr in Folge Wachstum verzeichnen. Während die Zuwächse in 2012 vor allem den sich erholenden ausländischen Märkten zuzuschreiben waren und insbesondere die Städtereisen zulegten, war die Inlandsnachfrage der Motor in 2013. Die Urlaubsregionen im ländlichen Raum konnten 2013 von der wachsenden Nachfrage nur bedingt profitieren.

Der Bereich der Tagesausflüge hat für die Region Vogelsberg eine größere Bedeutung als der Übernachtungstourismus. Durch immer mehr Angebote kann die Region Vogelsberg hier Wachstum verzeichnen und ist als Freizeitregion im Einzugsbereich des RheinMain Gebietes gut aufgestellt.

In Anbetracht der Lage vor den Toren des Rhein-Main-Ballungsraumes mit rund 5 Millionen Einwohnern und hoher Kaufkraft, birgt der Tagestourismus ein großes Potential für die Region Vogelsberg.

Die Landespolitik misst der Tourismuswirtschaft eine untergeordnete Bedeutung bei. Tourismusförderung steht hinter der Förderung anderer Wirtschaftszweige zurück.

Neuinvestitionen der Privatwirtschaft scheitern allzu oft an der Bereitschaft der Finanzinstitute Kredite bereitzustellen, da das Vertrauen in die Entwicklung der Tourismusbranche in der Region Vogelsberg gering ist.

Im Spannungsfeld sinkender Einwohnerzahlen, die viele kleine Gemeinden unter die Grenze von 3.000 sinken ließen, finanzieller Lasten und Daseinsvorsorge für die Bevölkerung, treten Entwicklungsziele im Tourismus in den Hintergrund.

Mit dem auf Initiative des Vogelsbergkreises gegründeten Verein „Geopark Vulkanregion Vogelsberg“ wurden die seit 2009 erarbeiteten geotouristischen Ziele wieder in den Fokus gerückt.

Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Die von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel wurden auch 2013 verantwortlich und sparsam im Sinne der Dienstleistungsverträge eingesetzt. Zielgruppenspezifische Printmedien komplettierten 2013 die bewährten Medien für Wanderer, Radfahrer und den Urlaubskatalog.

Das für den Online-Bereich eingeführte Destinationsmanagement-System, an dem sich zur Zeit acht Kommunen beteiligen (Lauterbach, Schlitz, Herbstein, Ulrichstein, Gedern, Schotten, Nidda, Birstein) wurde funktional durch den Einsatz weiterer Module ergänzt und optimiert.

Zur Vermarktung des BahnRadweg Hessen besteht eine lose Kooperation mit den Kollegen in der Hessischen Rhön, Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement als Teil der Regionalentwicklung und Marketingorganisation. Kreisübergreifend werden Mittel der Gesellschafter gebündelt, um gemeinsam die Themen und Produkte der Partner am Markt zu platzieren.

Die differierende Tourismuspolitik der an der Region Vogelsberg Touristik GmbH beteiligten Kreise und Kommunen sowie die wenig verbindlichen Zusammenarbeitsstrukturen sind ursächlich dafür, dass die Region hinter ihrem Potential zurückbleibt. Sie belasten auch die Arbeit der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Vor diesem Hintergrund befürwortet die Region Vogelsberg Touristik GmbH die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes in Abstimmung mit allen am Tourismus beteiligten Organisationen. Bereits in 2011 berief der Aufsichtsrat eine Projektarbeitsgruppe, die sich mit der Neuausrichtung des Tourismus und der Tourismusstrukturen befasst hat. Am 22. Februar 2012 wurde in einem Workshop die weitere Vorgehensweise erarbeitet. An diesem Termin nahm neben der Arbeitsgruppe der gesamte Aufsichtsrat teil.

II. Darstellung der Lage

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Stammkapital. Der auf Folgejahre vorgetragene Überschuss aus den Vorjahren wird durch den Fehlbetrag im Jahr 2013 von 21,9 TEUR reduziert.

Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	164,1	(Vorjahr 185,9)
Anlagevermögen (TEUR):	9,9	(Vorjahr 9,1)
Umlaufvermögen inkl. RAP (TEUR):	172,1	(Vorjahr 213,1)
Bilanzsumme (TEUR):	182,0	(Vorjahr 222,2)

Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR):	112,1	(Vorjahr 107,9)
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit kommunalen Gesellschaftern (TEUR):	268,3	(Vorjahr 268,7)
Eigenkapitalquote (%):	90,2	(Vorjahr 79,8)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	- 21,9	(Vorjahr 13,4)
Abnutzungsgrad (%):	87,0	(Vorjahr 80,1)

Der Fehlbetrag bewirkt die Verringerung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Er ist insbesondere der Tatsache zuzuschreiben, dass erhöhte Personalkosten entstanden sind durch die doppelte Besetzung der Geschäftsführung im letzten Quartal 2013.

Es bestanden am Stichtag keine nennenswerten Forderungen. Im Berichtsjahr gab es keine nennenswerten Forderungsausfälle.

Durch die bestehenden Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und den beteiligten Kreisen ist die Organisation bis zum Ende des Jahres 2014 gesichert. Vertraglich abgesichert sind zusätzlich Mittel für das Marketing des Vulkanradweges. Die Verträge mit Zweckverbänden und Kommunen am Vulkanradweg sind bis Ende 2014 befristet. Sie versetzen die Organisation in die Lage, sich in ein kooperatives Marketing für den BahnRadweg Hessen einzubringen, dass letztendlich dem Reiseziel Vulkanradweg zugutekommt. Von der Möglichkeit, den Dienstleistungsvertrag mit der Gesellschaft zum 31.12.2014 zu kündigen, haben bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes die Kommunen Echzell, Ranstadt, Ortenberg, Glauberg, Lauterbach sowie der Wetteraukreis Gebrauch gemacht.

Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sichern einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von 268 TEUR bis zum Jahr 2014.

Risiken für den Fortbestand der Organisation liegen insbesondere in der Struktur der Gesellschaft, die die Bewältigung zukünftiger Aufgaben im Sinne der Regionalentwicklung behindert.

Der Handlungsbedarf in der Region Vogelsberg ist auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene erheblich und dringend – eine Fortsetzung in den bisherigen Strukturen birgt eine große Gefahr des Scheiterns. Eine zukunftsfähige touristische Marktbearbeitung benötigt eine neue „Geschäftsgrundlage“ für alle Akteure. Es ist durch die Kündigung des Dienstleistungsvertrages zum Ende des Jahres 2014 durch mehrere Kommunen sowie insbesondere des Wetteraukreises eine Situation entstanden, die nicht nur die finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht unerheblich beeinträchtigt, sondern vor allem die strukturellen Probleme verstärkt und die zielgerichtete Aufgabenerfüllung und deren Erfolg maßgeblich schwächt.

Im Gegenzug konnten aber auch im Jahre 2014 zwei neue Gesellschafter, die Gemeinde Mücke sowie der Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V., gewonnen werden. Darüber hinaus konnte im Rahmen der Bildung einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft im Kreis Gießen die Partnerschaft mit der Stadt Lich entstehen.

II. Die „Kür“……

Über seine gesetzlichen Verpflichtungen hinaus ist der Vogelsbergkreis jedoch bestrebt, sowohl den Kreistag als auch die Öffentlichkeit möglichst umfassend über alle Beteiligungen und Mitgliedschaften zu informieren.

Dadurch soll deutlich werden, in welchen weiteren Aufgabenfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge der Vogelsbergkreis im Interesse seiner Bevölkerung und der regionalen Wirtschaft engagiert ist.

Durch die Vorschrift des § 123 a HGO werden ausschließlich privatrechtliche Unternehmensbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote am Eigenkapital der Gesellschaft von mindestens 20 Prozent erfasst.

Beteiligungen an Unternehmensformen des Privatrechtes mit einem Beteiligungsumfang unter 20 Prozent sind mit den daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen in einigen Fällen für die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises durchaus bedeutsam, obgleich die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Geschäftsentwicklung als gering anzusehen sind.

Hinzu kommen die Mitgliedschaften in den unterschiedlichsten Zweckverbänden, die zur gemeinsamen Bewältigung regionaler, teilweise kreisübergreifender Aufgaben eingegangen wurden. Hieraus resultieren für die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises meist bedeutsame Folgen.

Nicht unerwähnt bleiben darf die gesetzlich begründete Mitträgerschaft des Vogelsbergkreises an der Sparkasse Oberhessen, die nicht wie man auf den ersten Blick meinen könnte, eine privatrechtliche Unternehmensform darstellt, sondern es handelt sich hierbei um eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Schließlich wird zur Vollständigkeit der Darstellung den vielfältigen Mitgliedschaften in den unterschiedlichsten Vereinen und Verbänden ein eigener Abschnitt gewidmet.

Ihrem jeweiligen Organisationsstatus entsprechend, lassen sich diese Beteiligungen zu folgenden Gruppen zusammenfassen:

- Zweckverbandsmitgliedschaften
- Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen unter 20 Prozent Anteilsquote
- Mitträgerschaft an der Sparkasse als Kreditanstalt öffentlichen Rechts
- Sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

Die Zweckverbandsmitgliedschaften

- ZOV – Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe
- ZAV – Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis
- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg
- Wasserverband Schwalm
- Wasserverband Nidda

Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen unter 20 Prozent Anteilsquote

- RhönEnergie Osthessen GmbH
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
- Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Mitträgerschaft an der Sparkasse als Kreditanstalt öffentlichen Rechts

- Sparkasse Oberhessen

Sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.
- Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.
- Tabellarische Übersicht über sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

In der nachfolgenden Einzeldarstellung haben wir uns allerdings dazu entschieden, die einzelnen Beteiligungen gruppiert nach „Betätigungsfeldern“ zu zeigen (siehe Inhaltsübersicht Abschnitt B II. „Die Kür“).

1. Versorgung, Verkehr, Regionalentwicklung

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de

Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit elektrischer Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchs- wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

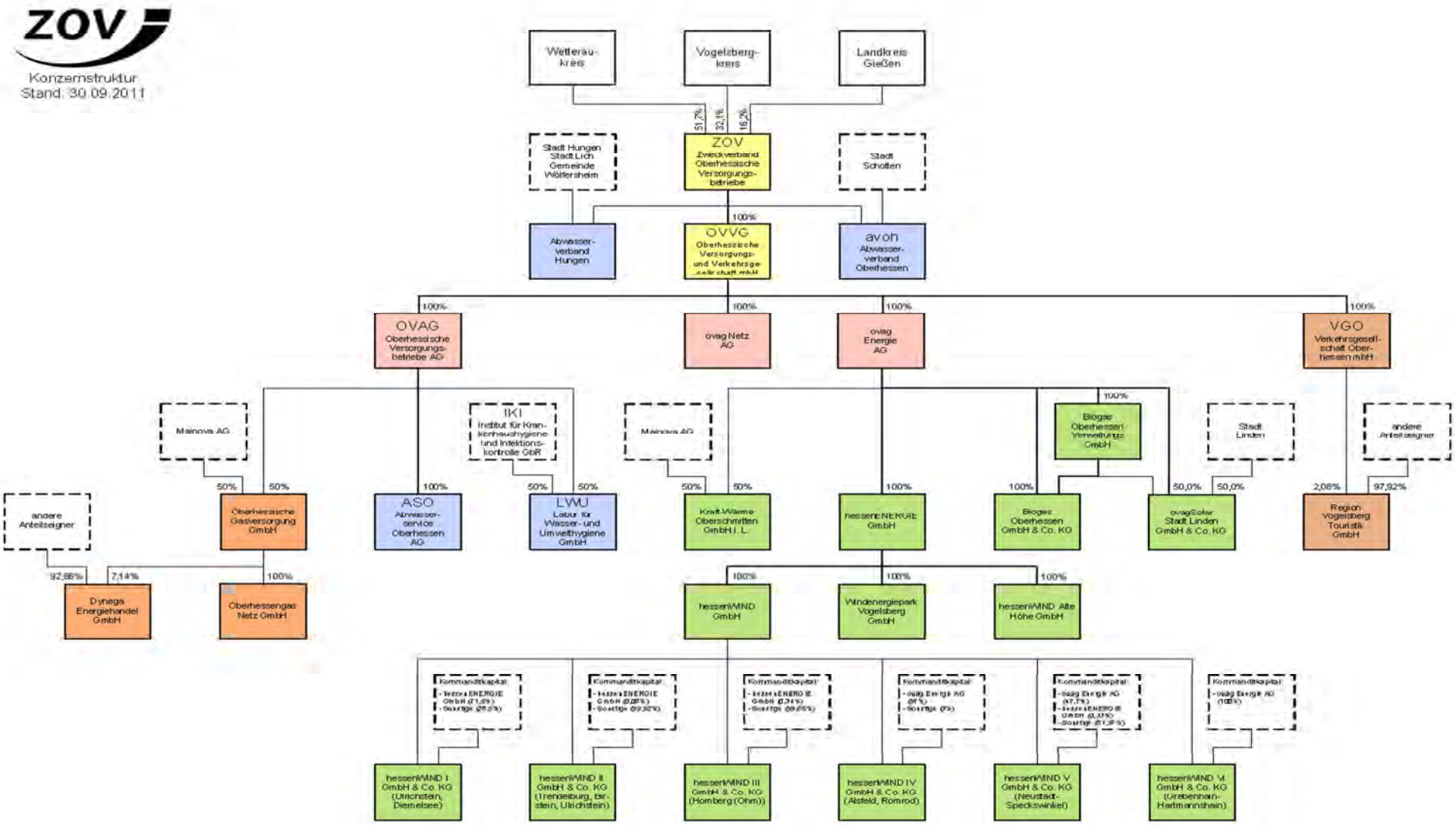
Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1972

Anteile in %: 32,1 %

Die Konzernstruktur des ZOV



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen | Vogelsbergkreis | Wetteraukreis

Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	**Vermögensanteile**	**Stimmenverteilung**
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	**100,0 %**	**44 Stimmen**

Verbandsvorstand:

Karl-Heinz Schneider - Verbandsvorsitzender
Claus Spandau - stellv. Vorsitzender
Joachim Arnold
Manfred Görig
Anita Schneider
Hans-Jürgen Herbst
Dr. Christiane Schmahl
Eva Goldbach
Silvia Lübbers
Ottmar Lich
Walter Pöllmann
Hans-Jürgen Schäfer

Sitzungsgelder	27.140,00 €
Fahrtkostenerstattung	6.239,49 €
Verdienstausfallentschädigung	1.665,00 €

Verbandsversammlung:

Landkreis Gießen	Vogelsbergkreis	Wetteraukreis
Heike Habermann	Swen Bastian	Rosa Maria Bey – Vorsitzende
Elke Högy	Lothar Bott	Marion Götz
Matthias Körner	Manfred Dickert	Gerd Gries
Dr. Ulrich Lenz	Dr. Hans Heuser	Christine Jäger
Karl-Heinz Schäfer	Elisabeth Hillebrand	Alexander Kartmann
Günther Semmler	Gerhard Immel	Michael Keller
Dr. Sven Simon	Margret Jöckel	Adolf Ludwig
Alexander Wright	Friedel Kopp	Stefan Lux
	Ulrich Künz	Rainer Michel
	Rudolf Marek	Brigitta Nell-Düvel
	Uwe Meyer	Wolfgang Patzak
	Dr. Udo Ornik - stellv. Vorsitzender	Kristina Paulenz
	Dietmar Schnell	Guido Rahn
	Gabriele Szepanski	Karl-Peter Schäfer
	Matthias Weitzel	Marcus Stadler
	Kurt Wiegel	Oliver von Massow
		Gerhard Weber
		Christian Weiße
		Almut Wilser
		Bernd Witzel

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	74.560,00 €
Für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden	4.015,00 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	17.404,83 €
Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	4.100,00 €

An sonstigen Kosten für Gremien (Hotel, Bewirtung, Transfers, im Rahmen von Klausurtagungen fielen 13.393,40 € an.

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Kristina Paulenz – Vorsitzende	Karl-Peter Schäfer – Vorsitzender	Dr. Udo Ornik – Vorsitzender
Lothar Bott – stellv. Vorsitzender	Sven Bastian – stellv. Vorsitzender	Dr. Sven Simon – stellv. Vorsitzender
Manfred Dickert	Manfred Dickert	Manfred Dickert
Gerd Gries	Dr. Hans Heuser	Elisabeth Hillebrand
Alexander Kartmann	Gerhard Immel	Elke Högy
Dr. Ulrich Lenz	Christine Jäger	Margret Jöckel
Stefan Lux	Michael Keller	Adolf Ludwig
Uwe Meyer	Matthias Körner	Oliver von Massow
Brigitta Nell-Düvel	Rainer Michel	Rainer Michel
Karl-Heinz Schäfer	Guido Rahn	Bernd Witzel
Marcus Stadler	Günther Semmler	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Alexander Wright	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband

Gründungsdatum: 1972

Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 31.08.2012)

Stammkapital: 133.911.686,55 €

Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG), Friedberg/Hessen 100 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (durchschnittlich) + 2 Teilzeitkräfte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresfehlbetrag 592.789,19 €
Kreditaufnahme durch den Vogelsbergkreis:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	*gezahlter* Verlustausgleich an ZOV **598.781,38 €** für 2013

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der ZOV erfüllt seine Aufgaben satzungsgemäß, zeitnah und umfassend

Bilanz des Unternehmens:

ZOV

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	Anhang	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		574.370,00	588.784,00
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen		33.091.533,00	31.428.108,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		6.432,00	9.030,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		4.484.671,95	6.032.808,16
		37.582.636,95	37.469.946,16
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	2	133.418.531,87	133.418.531,87
		171.575.538,82	171.477.262,03
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.214.479,58	767.986,96
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.648.325,98	979.865,59
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder		263.747,45	1.143.753,68
4. Sonstige Vermögensgegenstände		3.328.815,41	3.058.135,09
		6.455.368,42	5.949.741,32
II. Guthaben bei Kreditinstituten		311.893,98	1.762.040,12
		6.767.262,40	7.711.781,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten		16.431,52	15.559,83
		178.359.232,74	179.204.603,30

		31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Passiva			
A. Eigenkapital	4		
I. Stammkapital		133.911.686,55	133.911.686,55
II. Zweckgebundene Rücklagen		1.977.067,55	1.663.385,16
III. Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag		2.034.562,72	1.372.463,70
Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen (Vj. Einstellung)		-131.290,39	459.106,33
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen		-182.392,00	-182.395,00
Vorabausschüttung		-68.226,47	-530.599,73
Jahresfehlbetrag (Vj. Jahresüberschuss)		-592.789,19	915.987,42
		1.059.864,67	2.034.562,72
		136.948.618,77	137.609.634,43
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5	5.584.598,00	5.751.833,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	6	4.711.209,00	4.841.052,00
D. Rückstellungen	7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		34.573,81	35.668,97
2. Sonstige Rückstellungen		2.825.233,90	3.726.990,12
		2.859.807,71	3.762.659,09
E. Verbindlichkeiten	8		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		21.127.435,15	17.944.341,82
2. Erhaltene Anzahlungen		201.501,20	14.145,82
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		671.886,27	1.198.579,04
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		204.396,73	206.583,52
5. Sonstige Verbindlichkeiten		6.049.779,91	7.875.774,58
		28.254.999,26	27.239.424,78
		178.359.232,74	179.204.603,30

Gewinn- und Verlustrechnung:

ZOV

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

		Anhang	Berichtsjahr EUR	Berichtsjahr EUR	Vorjahr EUR
1.	Umsatzerlöse	9		18.195.741,77	19.529.476,98
2.	Sonstige betriebliche Erträge	10		1.154.797,19	602.996,72
				19.350.538,96	20.132.473,70
3.	Materialaufwand	11			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		97.262,06		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		18.770.177,89	18.867.439,95	19.347.731,76
4.	Personalaufwand	12			
	a) Entgelte		270.595,82		
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		60.615,74	331.211,56	331.154,46
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13		934.903,86	921.108,57
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14		438.068,90	483.443,99
				-1.221.085,31	-950.965,08
7.	Erträge aus Beteiligungen	15		1.490.349,08	2.811.816,15
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16		24.868,84	26.096,63
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17		886.749,80	970.788,28
10.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**			-592.617,19	916.159,42
11.	Sonstige Steuern			172,00	172,00
12.	**Jahresfehlbetrag (Vj. Jahresüberschuss)**			-592.789,19	915.987,42
13.	Gewinnvortrag			2.034.562,72	1.372.463,70
14.	Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen (Vj. Einstellung)			-131.290,39	459.106,33
15.	Einstellung in zweckgebundene Rücklagen			-182.392,00	-182.395,00
16.	Vorabausschüttung	18		-68.226,47	-530.599,73
17.	Bilanzgewinn			1.059.864,67	2.034.562,72

Auszug aus dem Lagebericht

1. Grundlagen des Verbandes

Satzungsgemäße Aufgabe des Verbandes ist, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie, Wasser, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten zu versorgen und den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen, soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) und der Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft (OVAG). Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet sind.

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes Hessen verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der Gesellschaft sind die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Investitionen, die auch durch die Berichterstattung an Anteilseigner regelmäßig überwacht werden, wobei die Planzahlen aus dem Wirtschaftsplan entnommen sind.

2. Wirtschaftsbericht

Unternehmensentwicklung nach den Sparten des ZOV

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane, die allgemeine Verwaltung sowie die Vermögensverwaltung. Wesentlich für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2013 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der OVVG von rund 1,5 Mio. €.

Verkehr:

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/ oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. Der konzerneigene Dienstleister VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut. Gemäß aktueller verbindlicher Auskunft scheint die Einbeziehung der Erträge und Aufwendungen der VGO in den ertragsteuerlichen Querverbund der OVVG unproblematisch.
Mit Gültigkeit ab 1. Januar 2014 hat die Zweckverbandsversammlung die Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen. Bei geringfügig reduzierten Mindestbedienstandards wurden die Anforderungen und Ziele des bisherigen Nahverkehrsplans im Wesentlichen beibehalten.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OVVG geprägt.

Zusammenfassende Darstellung		2013	2012	2011
Bilanzsumme	Mio. €	178,36	179,20	175,87
Anlagevermögen	Mio. €	171,58	171,48	169,97
Umlaufvermögen inkl. ARAP	Mio. €	6,78	7,71	5,90
Eigenkapital	Mio. €	136,95	137,61	137,22
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	79,82	80,25	80,73
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	76,78	76,79	78,03

Erträge aus Beteiligungen betreffen nur die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 1.490 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die zweckgebundenen Rücklagen stiegen dabei um 314 T€. Insgesamt befindet sich der Verband zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts in einer stabilen wirtschaftlichen Situation.

Personal

In 2013 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter und zwei geringfügig Beschäftigte tätig.

3. Nachtragsbericht

Der ZOV hat am 16. Dezember 2013 die Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen mbH gegründet und nach Ende des Geschäftsjahres das anteilige Stammkapital von 306.000 € (=51 %) erbracht. Darüber hinaus haben sich keine Vorgänge von Bedeutung für das Wirtschaftsjahr 2013 ereignet.

4. Chancen- und Risikobericht

Der ZOV ist in Folge seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, den schwer kalkulierbaren politischen Motiven und dem sich beständig ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt und daher in das Risikomanagementsystem der OVVG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und dementsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Verbands gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Weitere bedeutende neue rechtliche Risiken sind nicht zu erkennen, Fragen einer dauerhaft nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV bleiben indes offen.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH (GWV)

Rangstraße 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 – Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-osthessen.de
Internet: www.gwv-osthessen.de

*Die Gesellschafterversammlung der Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH hat am 19. März 2014 die Umfirmierung der Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH zur **RhönEnergie Osthessen GmbH** beschlossen. Die Umfirmierung wurde am 3. April 2014 im Handelsregister eingetragen. Daher wird im Folgenden noch die Firmierung Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH verwendet.*

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Kunden im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises und des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 Abs. 1Satz 2 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Die Betätigung „Versorgung der Region mit Gas/Wasser“
ist zulässig, weil sie bereits seit 1966 wahrgenommen wird

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. rer. pol. Wolfgang Dippel - Vorsitzender (bis 18.01.2014)
Dipl.-Ing. Günter Bury – stellv. Vorsitzender
Erich Pipa
Bernd Woide

Gerhard Möller - Vorsitzender (ab 19.01.2014)
Dipl.-Kfm. Ralf-Stefan Stöppler
Uwe Marohn
Manfred Görig

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden Bezüge von insgesamt 29 T€ gewährt.

Geschäftsführung: Dipl. Soz. Oec. Martin Heun

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 18.01.1967

Gesellschaftsvertrag: 10.11.1996, letzte Änderung 08.12.2010

Handelsregister: Fulda, HRB 84

Stammkapital: 7.420.000 €

Beteiligungen: Biothan GmbH 33,3 %

Gesellschafter / Stammeinlagen:

	€	in %
RhönEnergie Fulda GmbH	5.460.000,00	73,58
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau an der Straße	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	7.420,000,00	100,00

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die RhönEnergie Fulda GmbH wahr.

Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 i.V.m. 4 HGB.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 1.796.842,17 €
	Dividende 1.600.000,00 € Anteil VBK = 100.197,30 € abzgl. Steuern = 84.341,07 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis:	keine
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	anteilige Netto-Dividende 84.341,07 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas und Wasser. Sie erfüllt diese Aufgabe im Rahmen des Gesellschaftsvertrages entsprechend des gegebenen Bedarfes.

Bilanz des Unternehmens:

Bilanz

	Anhang	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	(1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		203	207
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		791	195
2. Technische Anlagen und Maschinen		20.313	19.482
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		28	7
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		44	2.222
		(21.176)	(21.906)
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen		2.000	2.000
2. sonstige Ausleihungen		1.000	1.000
		(3.000)	(3.000)
		24.379	**25.113**
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		5.281	7.386
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0	307
3. Forderungen gegen Gesellschafter		124	469
4. Sonstige Vermögensgegenstände		630	1.115
		(6.035)	(9.277)
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten & Schecks		2.175	1.241
		8.210	**10.518**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	5
		32.589	**35.636**

	Anhang	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		7.420	7.420
II. Kapitalrücklage		2.348	2.348
III. Gewinnrücklagen		2.947	2.777
1. Satzungsmäßige Rücklagen		742	742
2. Andere Gewinnrücklagen		2.205	2.035
IV. Gewinnvortrag		748	412
V. Jahresüberschuss		1.797	1.706
		15.259	**14.663**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse und sonstige Zuschüsse	(3)	5.215	5.485
C. Rückstellungen	(4)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		64	100
2. Steuerrückstellungen		6	155
3. Sonstige Rückstellungen		1.160	2.126
		(1.230)	(2.381)
D. Verbindlichkeiten	(5)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		5.701	5.149
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		95	482
3. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen		96	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.960	5.257
5. Sonstige Verbindlichkeiten		2.995	2.171
		(10.848)	(13.058)
E. Rechnungsabgrenzungsposten		37	49
		32.589	**35.636**

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung

	Anhang	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
1. **Umsatzerlöse**	(6)	+41.739	+43.184
2. **Sonstige betriebliche Erträge**	(7)	+1.010	+1.184
		+42.749	**+44.367**
3. **Materialaufwand**			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogenen Waren		-31.940	-34.087
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-3.611	-2.992
		(-35.551)	(-37.079)
4. **Personalaufwand**	(8)		
a) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-6	-6
5. **Abschreibungen**	(9)	-1.993	-2.098
6. **Sonstige betriebliche Aufwendungen**	(10)	-2.495	-2.579
		+2.704	**+2.604**
7. **Erträge aus Beteiligungen**		+15	+15
8. **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**	(11)	+32	+26
9. **Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	(12)	-264	-274
		(-217)	(-233)
10. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		**+2.487**	**+2.371**
11. **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**	(13)	-690	-666
12. **Jahresüberschuss**		**+1.797**	**+1.706**

Auszug aus dem Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und damit die Wertschöpfung des Unternehmens verbesserte sich leicht von 2,4 Mio. € auf 2,5 Mio. €.

Gasvertrieb und -beschaffung

In 2013 wurde das erweiterte Preissystem aus 2012 für den Bereich Haushalts- und Kleingewerbekunden beibehalten.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft liegen mengenbedingt mit 41,6 Mio. € um 6,7 % unter dem Vorjahr.
Nach dem Auslaufen des bis zum 01.10.2013 laufenden ölpreisgebundenen Liefervertrages werden die Vorteile der strukturierten Beschaffung im Rahmen des Portfoliomanagements vollumfänglich genutzt.

Gasnetz

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir einen Anstieg der Erlöse zu verzeichnen. Dies resultiert aus einem zunehmenden Anteil von Kunden, die im GWV-Netz durch fremde Gasvertriebe beliefert wurden.

Wasserversorgung

Seit 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Für die Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) erfolgt die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung seit 2008. Neben dem Betriebsführungsentgelt, wurden für projektbezogene Leistungen Nebengeschäftserlöse erzielt.

Wärmeversorgung und Contracting

Durch die Akquisition neuer Contractingkunden sowie witterungsbedingt stieg der Wärmeabsatz um 2,0 % auf 6.679 $MWh_{therm.}$ Der Umsatz für Wärme und Contractingentgelte stieg um 6,0 % auf 1,0 Mio. €.
Der Stromabsatz sinkt gegenüber Vorjahr um 2,0 %. Die Stromerlöse lagen bei 0,1 Mio. € (-1,8 %).

Investitionen

Das Investitionsvolumen sank von 5,1 Mio. € auf 1,3 Mio. €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr begründet sich im Wesentlichen durch den Bau der Biogaseinspeiseanlage sowie durch erhöhte Investitionen in Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2012.

Die Investitionen konnten vollständig (Vorjahr 40,8 %) aus Abschreibungen finanziert werden.

Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen stieg von 70,5 % auf 74,8 %. Das Anlagevermögen ist zu 99,7 % mit langfristigem Kapital gedeckt (Vorjahr 95,6 %). Das kurzfristige Vermögen sank insbesondere durch geringere Forderungen aus der Verkaufsabrechnung an Tarif- und Großkunden auf 17,1 % (Vorjahr 24,7 %). Der Anteil an liquiden Mitteln stieg von 3,5 % auf 6,7 %.

Die Eigenkapitalquote lag - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten –
bei 53,1 % (Vorjahr 48,6 %). Der Cashflow stieg von 2,8 Mio. € auf 3,0 Mio. €.

Risikofrüherkennung

Das bestehende Risikomanagementsystem wurde 2013 systematisch weitergeführt und das Risikohandbuch aktualisiert. Dazu wurden die bestehenden Risiken überprüft und neue Risiken identifiziert. Insbesondere wurden die Auswirkungen sich ändernder Preis- und Beschaffungsstrukturen beachtet. Nach den in der Riskmap dokumentierten Ergebnissen der Risikobewertung, sind neben den branchen- und marktüblichen Risiken keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung auf der Bezugs- und Vertriebsseite.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß den DVGW-Arbeitsblättern.

Ausblick, Chancen und Risiken

Die noch immer schwelende Finanz- und Eurokrise sorgt dafür, dass die konjunkturelle Entwicklung auch Risiken für unsere Geschäftsentwicklung bedeuten kann. Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind weiter im Fluss und erfordern zusammen mit dem unverändert intensiven Wettbewerb eine besondere Aufmerksamkeit bei der Unternehmenssteuerung. Bei einer unterstellten relativ stabilen Konjunkturlage sind wir für das Jahr 2014 zuversichtlich und rechnen mit einem stabilen Unternehmensergebnis.

Die bisherigen Gesellschafter Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH sowie die Überlandwerk Fulda AG haben in 2013 zur RhönEnergie Fulda GmbH fusioniert. Die RhönEnergie Fulda GmbH ist jetzt mit 73,58 % größter Gesellschafter. Um die Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH im Erscheinungsbild in die Konzernfamilie der RhönEnergie Fulda GmbH einzubinden wird in Kürze eine Umfirmierung in RhönEnergie Osthessen GmbH erfolgen. Damit wird die neue Konzernmarke „RhönEnergie“ auch zum Vorteil der bisherigen Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH gestärkt, denn die Versorgungsgebiete der verschiedenen Sparten überlappen sich teilweise. Mit einem einheitlichen durchgängigen Corporate Designs ist – wie bereits bisher mit der Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH unter der gemeinsamen Marke „GWV“ – wieder ein effizienter Einsatz des Marketing- und Werbebudgets möglich.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Tel.: 06192 / 294-0 – Fax: 06192 / 294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft dient dem Zweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) im Verbundgebiet. Die Aufgabengebiete umfassen im Wesentlichen:

- Regionalisierter regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- Regionalisierter regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeptionen und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und
- Integriertes Plandatensystem.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,704 %

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende (bis 27.06.2012) Peter Feldmann – Vorsitzender (ab 25.06.2013)	Christel Fleischmann
Dr. André Kavai - stellv. Vorsitzender (bis 25.06.2013) Ulrich Krebs - stellv. Vorsitzender (ab 25.06.2013)	Bernd Woide
Steffen Saebisch	Anita Schneider
Prof. Dr. Luise Hölscher (bis 30.09.2013)	Gerald Kummer
Brigitte Lindscheid	Wolfgang Schuster
Peter Schneider	Manfred Michel
Sigrid Möricke	Michael Cyriax
Michael Korwisi	Dr. Karsten McGovern
Gerhard Möller	Dietrich Kübler
Gisela Weigel-Greilich	Claudia Jäger
Axel Weiss-Thiel (bis 02.09.2013) Andreas Kowol (ab 02.09.2013)	Burkhard Albers
Egon Vaupel	Manfred Görig
Patrick Burghardt (bis 08.07.2013) Nils Kraft (ab 08.07.2013)	Joachim Arnold
Wolfram Dette	

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2013 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 5,2 an.

Beirat:

Horst Krämer	Doris Weiland	Bruno Günkel
Dr. Peter Pfragner	Michael Budig	Armin Klein
Dr. Klaus Vornhusen	Patrick Hübschen	Christian Sommer
Ernst Kleinwächter	Anja Georgi	Arne Behrens
Veit Salzmann	Jörg Gerhard	Kira Lampe
Dajana Kratzer-Rudolf	Horst Freund	Dirk Plate
Dr. Alexander Theiss	Norbert Witzel	Volker Rahm
Sven Sänger	Manfred Siekmann	Roland Schmidt
Dr. Christoph Gelking	Michael Takatsch	Heinz-Konrad Debus
Brigitte Holdinghausen	Nils Quante	Peter Krämer
Rita Krüsemann	Klaus Gürsch	Andreas Maatz
Wilfried Staub	Karl-Heinz Betz	Thomas Brunke
Bernhard Gässl	Reinhold Bickelhaupt	Roland Buitkamp
Kirk Reineke	Matthias Altenhein	Berthold R. Gall - Vorsitzender
Michael Dirmeier	Doris Weiland	

Geschäftsführung: Professor Knut Ringat (Sprecher der Geschäftsführung)
Klaus-Peter Güttler (bis 31. März 2014)
Dr. André Kavai (ab 1. April 2014)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 30.06.1994

Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994

Handelsregister: FFM, HRB 34128

Stammkapital: 690.244,04 €

Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms), 100 %
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma), 100 %
ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm), 12,45 %
RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %
VDV-eTicket Service GmbH & Co. KG, Köln, 11,27 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	2012	2013
(Jahresdurchschnitt)	124	125
davon Teilzeitkräfte	21	21

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 0,00 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der RMV erfüllt die gesellschaftsvertraglichen Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs

Bilanz des Unternehmens:

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

		31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
A.	**Anlagevermögen**		
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
1.	Entgeltlich erworbene Software	5.004.313,00	6.298.605,00
2.	Geleistete Anzahlungen	1.533.762,00	974.248,40
		6.538.075,00	**7.272.853,40**
II.	**Sachanlagen**		
1.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	398.799,00	560.736,00
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	122.850,00	0,00
		521.649,00	**560.736,00**
III.	**Finanzanlagen**		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	1.199.313,08	899.313,08
2.	Beteiligungen	110.001,00	110.001,00
		1.309.314,08	**1.009.314,08**
		8.369.038,08	**8.842.903,48**
B.	**Umlaufvermögen**		
I.	**Vorräte**		
	Waren	88.818,70	88.818,70
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	785.538,50	665.041,04
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.047.623,87	1.248.766,13
3.	Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.398,56	60.559,09
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	19.978.738,38	19.349.183,50
		22.839.299,31	**21.323.549,76**
III.	**Wertpapiere**		
	Sonstige Wertpapiere	709.000,00	709.000,00
IV.	**Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten**	365.295,21	564.274,36
		24.002.413,22	**22.685.642,82**
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	126.941,85	132.334,24
		32.498.393,15	**31.660.880,54**

Passiva

	31.12.2013 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
II. Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
	2.171.629,84	**2.171.629,84**
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	8.369.038,08	8.842.903,48
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	8.272.549,60	7.008.950,20
2. Sonstige Rückstellungen	6.294.750,86	6.809.437,79
	14.567.300,46	**13.818.387,99**
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.190.461,72	3.364.346,91
2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	2.417.579,14	2.086.669,12
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	331.033,25	1.056.277,57
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	132.083,32	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	312.936,81	316.091,94
	7.384.094,24	**6.823.385,54**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	6.330,53	4.573,69
	32.498.393,15	**31.660.880,54**

Gewinn- und Verlustrechnung:

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR	2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger		2.745.735,53	2.704.417,56
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen		28.621.228,42	31.412.162,03
3. **Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen**		**31.366.963,95**	**34.116.579,59**
4. Erträge aus Projektzuwendungen		2.589.435,52	3.564.197,14
5. Sonstige betriebliche Erträge		1.548.908,95	1.368.719,26
6. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen		3.461.859,57	3.080.402,11
7. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		-17.515.484,94	-21.969.224,94
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-7.796.103,47		-7.680.569,06
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-2.529.695,45		-1.739.808,02
		-10.325.798,92	-9.420.377,08
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-3.461.859,57	-3.080.402,11
10. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen		-2.987.994,17	-2.389.889,57
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-5.423.645,48	-5.648.969,43
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1.411.415,43	1.201.784,22
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		157.188,53	128.242,21
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-7.740,50	0,00
15. Aufwand aus Ergebnisabführungsverträgen		-17,51	0,00
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-434.096,26	-571.657,00
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**379.134,60**	**379.404,40**
18. Außerordentliche Aufwendungen/ Außerordentliches Ergebnis		-376.727,40	-376.727,40
19. Sonstige Steuern		-2.407,20	-2.677,00
20. Jahresüberschuss		**0,00**	**0,00**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat den öffentlichen Auftrag, die gemeinsamen Aufgaben zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen. Durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleistet. Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV GmbH) ist der Gesellschaftsvertrag.
Mittel- bis langfristiges Ziel ist die Entwicklung eines qualitativ besseren ÖPNV. Der Focus liegt primär auf den Wünschen des Kunden. Der RMV hat sich besondere Aufgaben gestellt, um diese Ziele zu erreichen und damit die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern. Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, muss der ÖPNV im Gesamtsystem, wie Infrastruktur, Angebot, Service und Tarif betrachtet werden. Hier sind Maßnahmen des RNVP 2019 wie bspw. die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes zur Kapazitätsausweitung, schnellere Züge und Einsatz von Schnellbussen als Ergänzung des Schienenverkehrs zu nennen.

Des Weiteren beteiligt sich der RMV im Rahmen der hessischen Mobilitätsoffensive mit anderen Partnern für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Zur Erreichung einer höheren Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Regiekosten sowie für bezogene Leistungen insbesondere Untersuchungen (gemäß Wirtschaftsplan) erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Die mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 ist die Grundlage zur Finanzierung der RMV GmbH. Während die Finanzierung der Regiekosten und Untersuchungen direkt der RMV GmbH zuzurechnen sind, werden die verbleibenden Finanzierungsmittel von der RMV GmbH treuhänderisch abgewickelt und als Treuhandvermögen gesondert erfasst.

2. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013

Die mittelfristige Finanzierung im RMV ist durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen bis 2014 gesichert. Hieraus ergeben sich besondere Projekte, die auch im Geschäftsjahr 2013 im Focus standen. Schwerpunkte im Geschäftsjahr waren u.a. die Fertigstellung des Schlussentwurfs des Regionalen Nahverkehrsplanes. Dieser wurde von den RMV-Gremien beschlossen.
Im Dezember 2013 wurde dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung der Schlussentwurf zur Zustimmung vorgelegt. Die Zustimmung zum landesweiten Regionalen Nahverkehrsplan durch das Hessische Ministerium erfolgte am 29. April 2014. Im Rahmen der wettbewerblichen Vergaben im SPNV wurden Teilnetze ausgeschrieben. Weitere Angaben können dem RMV-Vergabekalender unter www.rmv.de entnommen werden.

3. Ausblick

3.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH

Das novellierte ÖPNV-Gesetz trat zum 01.01.2013 in Kraft. In enger Zusammenarbeit haben sich die RMV GmbH und die Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung eingebracht. Die im neuen Gesetz verankerten Vorschriften fanden bereits bei der Erstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes Anwendung. Der neue Terminus lautet nun „verbundweiter Nahverkehrsplan“. Neu unterschieden werden die Busleistungen in Verbundbusverkehr, regionaler Busverkehr und lokaler Verkehr. Im ÖPNV-Gesetz wurde eine weitere Neuerung zur Stärkung der verbundweiten Standards in den Focus gestellt. Beabsichtigt ist, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln.

Ziel ist dabei, dass Fahrgäste sich künftig im gesamten ÖPNV-System zurechtfinden können und das Interesse am ÖPNV geweckt wird.

Im neuen ÖPNV-Gesetz wird an der bewährten Möglichkeit, die Zuwendungen des Landes in mehrjährigen Budgets mit den Verkehrsverbünden zu vereinbaren, festgehalten. Maßgeblich für die positive verkehrliche Entwicklung seit Verbundstart ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Durch das finanzielle Engagement wurden die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu negativen finanziellen Auswirkungen.

3.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wurde der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.

B. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Georg-Schlosser-Str. 1, 35390 Gießen
Tel.: 0641/948889-0 – Fax: 0641/948889-20
E-Mail: info@mittelhessen.org
Internet: www.mittelhessen.eu

Unternehmenszweck

Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement).
Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2013

Anteil: 5,4 %

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Egon Vaupel - Vorsitzender
Klaus Repp - stellv. Vorsitzender
Tarek Al-Wazir
Eberhard Bierschenk
Harald Brandes
Wolfram Dette
Oskar Edelmann
Karin Fründt
Manfred Görig
Prof. Dr. Günther Grabatin
Dietlind Grabe-Bolz
Heinrich Gringel
Uwe Hainbach
Ulrich Heep
Matthias Körner
Prof. Dr. Katharina Krause
Dr. Matthias Leder
Manfred Michel
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
Norbert Oestreicher
Martin Richard
Anita Schneider
Heinz Schreiber
Rainer Schwarz
Andreas Tielmann
Rolf Witezek
Dr. Lars Witteck

Geschäftsführung: Dr. Matthias Leder, Kaufmann (bis 31. Mai 2013)
Dr. Heinz Spremberg, Kaufmann (1. Juni 2013 - 30.09.2013)
Jens Ihle, Kaufmann (ab 13. November 2013)

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 2012

Satzung: : 27.12.2012

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 7895

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	%	Gesellschafter	%
Lahn-Dill-Kreis	5,40	HWK Kassel	3,51
Landkreis Gießen	5,40	IHK Gießen-Friedberg	9,60
Landkreis Limburg-Weilburg	5,40	IHK Kassel Marburg	8,11
Landkreis Marburg-Biedenkopf	5,40	IHK Lahn-Dill	9,60
Vogelsbergkreis	5,40	IHK Limburg	3,78
Stadt Limburg a.d. Lahn	2,70	Justus-Liebig-Universität Gießen	1,35
Stadt Wetzlar	5,40	Philipps-Universität Marburg	1,35
Universitätsstadt Gießen	5,40	THM Technische Hochschule Mittelhessen	1,35
Universitätsstadt Marburg	5,40	Mittelhessen e.V.	4,06
HWK Wiesbaden	11,35		

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Arbeitnehmer: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Anteilige Stammeinlage: 1.351,00 €

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 28.294,35 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft hat der Vogelsbergkreis einen Jahresbeitrag gem. § 5 Abs. 2 der Satzung von 20.000,00 € zu leisten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Aufgaben werden gemäß Gesellschaftsvertrag erledigt.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVSEITE

	31.12.2013 EUR	01.01.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. gewerbliche Schutzrechte	123,00 €	0,00 €
II. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	490,00 €	0,00 €
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Vermögensgegenstände	82.560,77 €	0,00 €
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	78.512,10 €	0,00 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	60,62 €	0,00 €
	161.746,49 €	0,00 €

PASSIVSEITE

	EUR	31.12.2013 EUR	01.01.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €		25.000,00 €
nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	0,00 €		25.000,00 € -
		25.000,00 €	0,00 €
II. Jahresüberschuss		28.294,35 €	0,00 €
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	59.075,63 €		0,00 €
2. Sonstige Rückstellungen	19.240,00 €		0,00 €
		78.315,63 €	0,00 €
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u: Leistungen	22.376,27 €		0,00 €
2. Sonstige Verbindlichkeiten	7.420,20 €		0,00 €
		29.796,47 €	0,00 €
- davon aus Steuern EUR 6.361,53 (EUR 0,00)			
Davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 618,67 (EUR 0,00)			
D. Rechnungsabgrenzungsposten		340,04 €	0,00 €
		161.746,49 €	0,00 €

Gewinn- und Verlustrechnung:

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Regionalmanagement Mittelhessen GmbH
Gießen

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR
1. Umsatzerlöse	203.985,02
2. Sonstige betriebliche Erträge	720.956,95
3. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	224.746,29
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	40.889,90
	265.636,19
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	195,50
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	571.382,35
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	66,05
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**87.793,98**
8. Sonstige Steuern	59.499,63
9. Jahresüberschuss	**28.294,35**

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

2. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der Gesellschaftsvertrag wurde für die Gesellschaft am 27. Dezember 2012 abgeschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 9. Januar 2013.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Neugründung von Institutionen aus den Bereichen Kommunen, Wirtschaft, Hochschule sowie dem Verein Mittelhessen. Sie ist als Ausgründung aus dem Verein Mittelhessen entstanden. Der verantwortliche, ehrenamtliche Gründungsgeschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH war Dr. Matthias Leder bis zum 31. Mai 2013. Ihm folgte Dr. Heinz Spremberg für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September 2013. Seit dem 13. November 2013 ist Jens Ihle Geschäftsführer der Gesellschaft.

Die RMG hat ein Stammkapital von **T€** 25.

G A - Nr.	**Institution**	**GA in Euro**	**GA in %**
1	Lahn-Dill-Kreis	1.351,00	5,4
2	Landkreis Gießen	1.351,00	5,4
3	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351,00	5,4
4	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351,00	5,4
5	Vogelsbergkreis	1.351,00	5,4
6	Stadt Limburg a. d. Lahn	676,00	2,7
7	Stadt Wetzlar	1.351,00	5,4
8	**Universitätsstadt** Gießen	1.351,00	5,4
9	Universitätsstadt Marburg	1.351,00	5,4
10	HWK Wiesbaden	2.838,00	11,3
11	HWK Kassel	878,00	3,5
12	IHK Gießen-Friedberg	2.399,00	9,6
13	**IHK** Kassel-Marburg	2.027,00	8,1
14	IHK Lahn-Dill	2.399,00	9,6
15	IHK Limburg	946,00	3,8
16	Justus-Liebig-Universität Gießen	338,00	1,4
17	Philipps-Universität Marburg	338,00	1,4
18	THM Technische Hochschule Mittelhessen	338,00	1,4
19	Mittelhessen e. V.	1.015,00	4,0

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig.

Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll.

Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.
Die Finanzierung der Projekte erfolgt über Eigenmittel aus den Gesellschaftereinlagen, der Basisförderung des Regionalmanagements, Sponsorings oder Projektbeteiligungen sowie Projekt-Fördermittel (z.B. Förderprojekte EXPO Real und Breitbandberatung Mittelhessen).

3. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes lag das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr bei 0,4 %, nachdem es im Vorjahr noch um 0,7 % gewachsen war. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland nur moderat gestiegen. Der Grund für die gegenwärtige Schwächephase ist neben dem verhaltenen Wachstum wichtiger Industrie- und Schwellenländer auch fehlende Impulse seitens der Auslandsnachfrage infolge der europäischen Staatsschuldenkrise. Die starke Binnennachfrage und damit der Motor des Wirtschaftswachstums konnte dies nur bedingt kompensieren. Unterstützend wirkten neben dem historisch niedrigen Zinsniveau auch die guten Rahmenbedingungen bei Beschäftigung und Einkommen. Für 2014 hat die Bundesregierung ihre Schätzung für das kommende Wirtschaftswachstum auf 1,7 % erhöht. Eine sich abzeichnende Verbesserung im Eurogebiet und die weitere konjunkturelle Aufhellung anderer Industriestaaten begünstigen den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland. Somit dürfte auch der Außenhandel wieder an Stärke gewinnen.

Im Zuge von Globalisierung und technologischer Entwicklung verändern sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zunehmend. Nationen und Regionen konkurrieren stärker mit anderen Wettbewerbern als noch vor 10 oder 20 Jahren. Aus dieser Entwicklung ergeben sich ganz neue Herausforderungen, auf die die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft reagieren müssen, um im Wettbewerb nicht zurückzufallen. So schwierig dieser Wandel für strukturschwache Regionen auch zu bewältigen ist, so grundlegend sind die sich aus den Veränderungsprozessen ergebenden Möglichkeiten, den Wettbewerb durch innovative Ansätze proaktiv zu begegnen und eine Region als attraktiven Standort auszubauen.

Ein wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang das Regionalmanagement, das spezifische regionale Entwicklungsaufgaben im Rahmen der regionalen Wettbewerbsstärkung übernimmt. Ein Regionalmanagement kann aber ohne die Beteiligungsbereitschaft der regionalen Akteure eine Region kaum weiterentwickeln.

Für das Regionalmanagement besteht in dieser Hinsicht die besondere Herausforderung, die vielfältigen Interessen und Zielvorstellungen der für die Regionalentwicklung relevanten Stakeholder zu berücksichtigen. Zwangsläufig muss ein Mindestmaß an Übereinstimmung und Einigkeit zwischen den Anspruchsgruppen bestehen, wenn durch Aktivitäten des Regionalmanagements Synergien und Wettbewerbsvorteile entstehen sollen. Dazu wurde der oben beschriebene Strategieprozess umgesetzt.

b) Geschäftsverlauf

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH nahm ihre Tätigkeit am 1. Januar 2013 auf. Die Bilanzsumme beträgt am 31. Dezember 2013 T€ 161,7.

Entgegen der Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2013, die einen Jahresverlust prognostizierte, konnte das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft mit einem positiven Ergebnis abschließen. Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 28,3 ausgewiesen

c) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gut. Zum 31. Dezember 2013 weist die Bilanz liquide Mittel in Höhe von T€ 78,5 auf.
Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 29,8 sowie Forderungen in Höhe von T€ 82,6. Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

d) Vermögenslage

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert.

4. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

5. Risiko-/Chancenbericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die Drittmittelakquise ist auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig. Die neue EU-Förderperiode hat am 1. Januar 2014 begonnen, die Umsetzungsrichtlinien für das Bundesland Hessen befindet sich immer noch in der Abstimmung zwischen EU, Bund und dem Land Hessen. Die Identifikation von Projekten, die Bedarfe der Region, die Rolle des Regionalmanagement als koordinierende Kraft und die Förderprogramme in Einklang bringen, ist eine schwierige Aufgabe.

b) Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über die RMG umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen.

Dazu sind Projekte im Bereich Fachkräftemarketing geplant, die zu Umsatzerlösen führen. Dabei handelt es sich um die Projekte Mittelhessen Connect und DemografieFIT.

Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die neue Website der RMG dar. Da Mittelhessen ein heterogener Wirtschaftsraum ist und über 15 Tageszeitungen hier berichten, ist die offizielle Seite der Region eine attraktive Plattform, um Onlinedienste anzubieten. Hierzu ist die neu konzipierte Website sehr gut geeignet. Das o. g. Beispiel Mittelhessen Connect ist die erste Umsetzung dazu.

6. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet, vierteljährlich einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch die beauftragte Steuerberatungskanzlei.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

9. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung. Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

2. Entsorgung

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 – Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises gemäß den Vorschriften des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA - § 4 Absatz 3 bis 5).

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

Anteile in %: 37,50 % (Kreistag entsendet 15 von 40 Mitgliedern)

§ 121 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig. Gemäß § 121 Abs. 2 Ziff. 2 HGO gelten Tätigkeiten auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Dieter Boss	Prof. Bèla Dören
Angelika Förster	Helmut Freudenreich
Manfred Görig	Gerhard Herchenröder
Friedel Kopp – Verbandsvorsteher	Hans Günther Linker
Dr. Erik Siefart	

Mitglieder:

Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises

Verbandsversammlung:

Jürgen Ackermann (bis 31.01.2014)	Winfrid Konle (ab 01.02.2014)
Johannes Averdung (bis 31.01.2014)	Willy Kreuzer
Harald Bartel	Klaus Krug (ab 01.02.2014)
Cornelia Bothe	Gerhard Kuntz
Lothar Bott	Ulrich Künz
Manfred Dickel	Ulrich Madeisky
Manfred Dickert (bis 13.11.2013)	Rosemarie Müller
Kerstin Dietrich	Harald Nahrgang
Mario Döweling	Volker Orth
Bernadette Eisenbart-Ahuraian (ab 03.11.2013)	Karl Pitzer
Werner Funk	Michael Refflinghaus
Jörg Gaudl	Mike Riedner
Heinz Geißel	Michael Riese
Eva Goldbach (bis 03.11.2013)	Anita Schlorke
Irma Greb	Dietmar Schlosser
Joachim Hannig	Iris Schmidt
Horst Hennenberg	Joachim Schönfeld
Dr. Hans Heuser	Peter Schwan
Ulrich Höhn	Sebastian Stang (ab 01.02.2014)
Kurt Karpf	Kurt Stiehler
Artur Koch	Helmut Weppler
Erwin Koch	Felix Wohlfahrt

An die Organe wurde in 2013 Aufwendungsersatz in Höhe von TEUR 88.406,70 € gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 01.08.1987

Satzung: 13.03.1987, zuletzt geändert am 23.05.2013

Handelsregister: kein Eintrag

Stammkapital: kein Stammkapital

Beteiligungen: Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV) - 100 %
AbfallEntsorgungsGesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV) - 95,55 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

24 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresgewinn 677.956,14 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 durch den Vorstand des Zweckverbandes.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	202.157,60		220.511,36
		202.157,60	220.511,36
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.316.513,92		1.478.093,72
2. Technische Anlagen und Maschinen	817,12		1.634,25
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	402.743,51		422.440,39
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.585,00		10.113,00
		1.740.659,55	1.912.281,36
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.372,00		124.372,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	496.300,33		532.684,56
		620.672,33	657.056,56
		2.563.489,48	2.789.849,28
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	505.078,56		671.842,16
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	218.193,62		0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	42.471,29		47.711,94
		765.743,47	719.554,10
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		11.480.805,57	9.809.177,63
		12.246.549,04	10.528.731,73
		14.810.038,52	13.318.581,01

PASSIVA

	31.12.2013 EUR		31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen		1.372.525,79	1.372.525,79
II. Gewinn/Verlust			
Gewinn-/Verlustvortrag	688.284,65		-746.424,20
Jahresgewinn/-verlust	677.956,14		1.434.708,85
		1.366.240,79	688.284,65
		2.738.766,58	2.060.810,44
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	487.028,95		444.042,62
2. Steuerrückstellungen	49.437,47		21.570,00
3. Sonstige Rückstellungen	10.079.564,98		9.387.748,00
		10.616.031,40	9.853.360,62
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	556.500,70		530.027,06
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 556.500,70 (Vorjahr EUR 530.027,06)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.383,91		80.213,15
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.383,91 (Vorjahr EUR 80.213,15)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	896.355,93		794.169,74
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 816.355,93 (Vorjahr EUR 694.169,74)			
		1.455.240,54	1.404.409,95
		14.810.038,52	13.318.581,01

Gewinn- und Verlustrechnung:

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, Lauterbach
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2013

	2013 EUR		2012 EUR
1. Umsatzerlöse	8.853.945,40		9.440.798,35
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.951,32		11.763,56
		8.865.896,72	9.452.561,91
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-5.382.634,29		-5.361.216,76
		-5.382.634,29	-5.361.216,76
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.108.545,18		-990.620,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 84.459,20 (Vorjahr EUR 86.873,44)	-283.971,30		-274.744,36
		-1.392.516,48	-1.265.364,94
5. Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-298.010,15		-350.053,11
		-298.010,15	-350.053,11
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-647.421,64	-690.232,30
		1.145.314,16	1.785.694,80
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	248.449,16		299.541,43
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-687.973,44		-550.592,22
		-439.524,28	-251.050,79
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		705.789,88	1.534.644,01
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00		-94.700,00
11. Außerordentliches Ergebnis		0,00	-94.700,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-27.752,47	-5.175,88
13. Sonstige Steuern		-81,27	-59,28
14. Jahresgewinn/-verlust		677.956,14	1.434.708,85

Auszug aus dem Lagebericht:

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der ZAV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig. Ihm sind als zuständigem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger alle Aufgaben als Einsammlungs- und Entsorgungspflichtigen gemäß § 1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) übertragen. Ihm obliegen die Sammlung, der Transport, die Verwertung und/oder die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten oder überlassenen Abfälle. Er erlässt die hierzu notwendigen Satzungen, in denen u.a. der Anschluss der Grundstücke an die Sammelsysteme, die Zuweisung zu den Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung und deren Benutzung geregelt sind. Er regelt ferner durch Satzung, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise, an welchem Ort und zu welcher Zeit ihm die Abfälle zu überlassen sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzt er u.a. die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle, die von der AEGV GmbH betrieben wird. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt er vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen oder im Falle der Grünabfallsammlung eigene Sammelstellen und Kompostierungsanlagen. Für die Durchführung der Sammlungen der Abfälle und teilweise der Verwertung und/oder Entsorgung sind Dritte beauftragt. Der ZAV führt derzeit keine Sammlungs- und Verwertungs- oder Entsorgungsaufgaben selbst durch.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet die AEGV als Dienstleister, der diese Abfälle nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt oder aber in wenigen Fällen auch noch deponiert. Für alle direkt angedienten Abfälle nicht privater Herkunft ist die AEGV unmittelbar als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger in eigener Verantwortlichkeit zuständig.

Der ZAV betreibt keine Akquisition von Abfällen oder erhält Aufträge von privaten Kunden. Die Auftragsvolumina werden hauptsächlich von den nach den Rechtsvorgaben und den Regelungen der Satzung bestimmten anschlusspflichtigen Grundstücken und z.T. von den Anlieferungen an das Entsorgungszentrum Vogelsberg oder anderen Sammelstellen bestimmt, die im Rahmen von kommunalen Sammlungen erfolgen. Die Einnahmeentwicklung wird weit überwiegend von den satzungsgemäß erhobenen Gebühren, sowie vertraglichen und/oder rechtlich gebotenen Vergütungen, wie z.B. den Dualen Systemen oder Vermarktung von Wertstoffen aus der kommunalen Sammlung bestimmt. Die Gebühren sind aufgrund der Satzung fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

Der ZAV führt seit dem 01.01.2008 seine Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

II a. Umsatz und Auftragsentwicklung

Da der ZAV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt, ist der Umsatz stets durch die Gebühreneinnahmen und die Mengenentwicklung an Haus-, Sperr-, Bio- und Sondermüll sowie Altpapier im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr keine großen Mengenveränderungen bei Hausmüll und Sperrmüll. Das Jahr 2013 lag in dem prognostizierten und im Wirtschaftsplan 2013 abgebildeten Rahmen. Mengen von außerhalb des Kreises wurden nicht angedient.

Die Auftragsentwicklung kann aufgrund der besonderen Situation des ZAV als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nicht aktiv beeinflusst werden, da er keine klassische Akquisition betreibt, sondern aufgrund der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben Sammel- und Entsorgungspflicht für den kommunalen Bereich besteht. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden von den satzungsmäßigen Sammlungen im Hol- und/oder Bringsystem bestimmt. Zudem sind die Gebühren fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.

Der ZAV schloss damit das sechste Betriebsjahr mit kaufmännischer Buchführung mit einem Gewinn von 678 TEUR (2012: 1.435 TEUR) ab. Der Zweckverband hat bereits zum 31.12.2011 seine bilanzielle Überschuldung aus den Vorjahren beendet. Das Eigenkapital weist nunmehr einen positiven Wert von 2.739 TEUR aus nach einem Wert von 2.061 TEUR in 2012. Aufgrund der für die nächsten Jahre geplanten Ergebnisse wird sich die Eigenkapitalausstattung noch geringfügig weiter verbessern.

II b. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Der ZAV wurde im Herbst 1987 gegründet. Seitdem wurde das kommunale Haushaltsrecht angewandt. Aufgrund der geforderten Umstellung im Rechnungswesen wurde der ZAV gemäß dem Beschluss der Verbandsversammlung ab 2008 auf kaufmännische Buchführung, die für Zweckverbände zulässig ist, umgestellt. Das Jahr 2013 war das sechste Geschäftsjahr mit kaufmännischer Buchführung.

Der ZAV hat sukzessive alle Aufgaben vom Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, zuletzt ab 01.01.2008 von der Gemeinde Wartenberg, übernommen und regelt alle Aufgaben, die nach §1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zukommen.

Seit 1998 bedient er sich für einige Teilbereiche einer Tochtergesellschaft, der AEGV, und seit 2007 für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung einer weiteren Tochtergesellschaft, der NEV. Hinzu kommen die Nachsorge für die Altdeponie in Mücke Nieder-Ohmen und teilweise die Stilllegung und Nachsorge der Deponie Bastwald nach Betriebsende.

Die Haupttätigkeiten beschränken sich derzeit auf Contracting und Vertragsabwicklung bei Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport, Verwertung und Entsorgung etc., da eine Kommunalisierung der Sammlung von den Verbandsgremien abgelehnt wurde. Im Rahmen der neuen Ausschreibungsperiode ab 2015/2016 wird darüber erneut nachzudenken sein, zumal sich für die neue Ausschreibungsperiode deutliche Kostensteigerungen ankündigen. Ab 2015 wird der ZAV das Gefäßmanagement selbst übernehmen. Die operativen Aufgaben werden daher auch zukünftig (zumindest bis 2016) weitgehend durch beauftragte Dritte erledigt. Eine erneute Prüfung der Kommunalisierung könnte bei erfolgreichem Ausgang erst ab 2016/2017 umgesetzt werden.

Bereits in 2013 wurden erste Vorarbeiten für die Anpassung an das KrwG im Bereich der separaten Erfassung von Bioabfällen und Wertstoffen durchgeführt. Die konkrete Ausgestaltung und der Umfang von Maßnahmen liegen derzeit aber noch nicht fest.
Die Verwaltung und das Gebührenwesen erfolgten unmittelbar durch den ZAV, wobei die Gebührenerhebung und -bescheidung seit 2010 zentral durch die Verwaltung des ZAV direkt erfolgt. Seit dem 01.01.2013 trat eine deutliche Gebührensenkung in Kraft.

II c. Investitionen

In 2013 erfolgten keine größeren Investitionen durch den ZAV. Durch Beschaffung von Hard- und Software und Anpassung an neue Vorgaben wurden in diesem Bereich einige kleinere Investitionen getätigt. Eine weitere Investition erfolgte 2012 durch den Kauf der Kompostierungsanlage in Alsfeld-Billertshausen, die in 2013 weiter erfolgt (Raten). Es wurden Investitionen in Softwarelösungen für die notwendigen Änderungen erforderlich. Da Investitionen auf dem Gelände des EZV durch die AEGV ausgeführt werden, erfolgt dort keine direkte Investitionstätigkeit.

II d. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich keine Änderungen in diesem Bereich, da das benötigte Personal des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis aufgrund der in 2010 anfallenden ungeplanten Mehrarbeiten bereits vorher aufgestockt werden musste.

Allerdings wurden auch in 2013 einige Mitarbeiter befristet beschäftigt, um die Arbeitsspitzen abzufangen. Eine Organisationsanalyse hat die Notwendigkeit des derzeitigen Personalbestands (inkl. der befristeten Mitarbeiter) bestätigt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Der Zweckverband weist derzeit eine Eigenkapitalquote von 18,5 % auf. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.
Die langfristigen Rückstellungen zur Deponienachsorge wurden aufgrund der gutachterlich durch ein Fachbüro berechneten Parameter für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen, sowie veränderten Berechnung nach BILMOG auf 9,727 TEUR aufgestockt.

Damit sind die für diesen Zeitpunkt nachzuweisenden Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug 11.481 TEUR (2012: 9.809 TEUR).

Die Finanzlage ist geordnet, die Liquiditätssituation ist positiv, der ZAV ist langfristig finanziert. Die Barliquidität erhöhte sich um 1,55 Mio. EUR auf 9,8 Mio. EUR. Der Verband weist auf allen Liquiditätsstufen positive Werte auf.

II. Ertragslage

In 2013 wurde ein Überschuss von 678 TEUR erreicht, was hauptsächlich auf die seit 2010 erzielten Kostenverringerungen und den verringerten Aufwendungen für die Sammlung zurückzuführen war, gegenüber 2012 nahmen die Werte deutlich ab, da bei gleichbleibenden Aufwendungen aufgrund der Gebührensenkung niedrigere Erlöse erzielt wurden. Der Umsatzerlös lag um 587 TEUR unter dem des Vorjahres.
Wie zu erwarten, zeigt sich, dass neben den Umsatzerlösen (meist Gebühreneinnahmen) der Materialaufwand (Sammlung, Entsorgung und Deponierückstellungen) den Haupteinfluss auf das Jahresergebnis haben.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt, denn bereits seit 2011 zeigt sich, dass sich das System in den prognostizierten Korridoren bewegt und in den Folgejahren keine großen Änderungen hierbei mehr zu erwarten sein werden, was sich für 2012 und 2013 auch bestätigte, sofern keine System- oder Satzungsänderungen zum Tragen kommen bzw. rechtliche Änderungen Kosten verursachen. Mit Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind allerdings neue Kostenfaktoren wie eine Wertstofftonne und die Einführung einer getrennten Bioabfallsammlung ab 2015/16 am Horizont aufgetaucht.
Die Kosten für die Sammlung und Entsorgung der Abfälle sind aufgrund der neuen Verträge sehr viel niedriger geworden und liegen z.T. unter den derzeit von den Entsorgern und Verwertern sonst erzielbaren Erlösen.

Ab 2010 hat sich durch den vorgenommenen Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung und Verbesserung ergeben. Die Sammlungskosten sind in 2010 erheblich gesunken, die Entsorgungskosten seit 2011 ebenfalls.
Hier zeichnet sich daher mittelfristig eine sehr positive Entwicklung ab, da ab Anfang 2011 deutliche Einsparungen erfolgt sind. Das Ziel einer Gebührensenkung für die Jahre ab 2013 wurde erreicht. Zumindest für die Periode 2013-2015 gelten niedrigere Gebühren und damit auch niedrigere Überschüsse. Ab 2016 kann sich dies aufgrund der o.g. Unwägbarkeiten wieder ändern.

Es ist weiter notwendig, die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung erzielt werden könnte. Zugleich ist mit den Veränderungen durch das neue System absehbar mittelfristig eine deutliche Verstetigung der Verbesserung des Ergebnisses möglich. Das ist aber abhängig von den evtl. notwendigen Veränderungen aufgrund des neuen Gesetzes. Die Entsorgung andererseits ist durch Verträge bis mindestens 2016 gesichert.

II: Ergebnisprognose

Die Umsatz- und Erlösentwicklung ist, wie bereits ausgeführt, fast nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern durch die aktuellen Satzungen und kommunalen Verträge bestimmt. Für das Jahr 2014 geht der ZAV ebenfalls von einem leicht positiven Ergebnis aus, da durch die Gebührensenkungen die Einnahmen sich deutlich verringert haben. Für die Jahre 2014 und 2015 werden mit positiven oder zumindest ausgeglichenen Ergebnissen gerechnet. Für die Periode 2013-2015 ergeben die Kalkulationen ausreichend hohe Gebührensätze. Für die Folgeperiode kann dies erst in 2015 abgeschätzt werden.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko des ZAV besteht in evtl. schwankenden Abfallmengen und extern initiierten Änderungen. Als kommunaler öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger unterliegt der ZAV keinen konjunkturellen Schwankungen oder Konkurrenzsituationen.

Veränderungen erfolgen daher auch nicht plötzlich, da alle Rahmenbedingungen langfristig festgelegt sind und i.d.R. auf Rechtsbeziehungen (Anschlusspflicht etc.) basieren. Andererseits bietet sich auch nur bei Neuausschreibungen oder Auslaufen von Altverträgen die Chance, grundlegende Dinge zu ändern und ggf. deutliche Verbesserungen zu erreichen, da der ZAV nicht wie ein privates Unternehmen agieren kann.

Gegenwärtig sieht insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass eine Änderung der Geschäftsgrundlagen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz erfolgt. Diese Auswirkungen sind noch nicht endgültig absehbar, werden aber erst ab 2015 erfolgen. Je nach den vom ZAV ergriffenen Maßnahmen (Biotonne ja oder nein) können sich hieraus aber ab 2015 finanzielle Risiken ergeben. Es besteht jedoch auch das konkrete Risiko, dass durch Rechtsverordnungen aufgrund des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes Aufgabenveränderungen entstehen können (Wertstoffgesetz z.B.).
Aufgrund der erfolgten Neuausschreibung mit einem Identsystem und Leerungsregistrierung sowie einem personenbezogenen Tarif, ist gesichert, dass dieser Bereich zu deutlich besseren Konditionen weiter geführt werden kann

Die abgeschlossenen Verträge beinhalten wesentlich geringere Kosten und sind erheblich besser. Mittlerweile wird die Vertragsabwicklung in diesem Bereich wieder direkt durch den ZAV übernommen. Seit 2011 ergeben sich im Entsorgungs- und Verwertungsbereich ebenfalls erhebliche Kostensenkungen und deutlich erhöhte Einnahmen bei der Wertstoffvermarktung.

Da der ZAV nur im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem ausschließlich die Entsorgung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle obliegt, ist der Umsatz durch die demographische und Mengenentwicklung im Kreis und durch die Festlegungen der ZAV-Satzungen vorgegeben.

Zugleich ist aber dadurch eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben, da die Kosten aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine grundsätzlich bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar. Durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz können sich noch positive oder negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Dies ist aber erst ab 2015/2016 absehbar. Dadurch bedingte Änderungen oder die hierauf basierenden Vorgaben seitens der Verbandsgremien haben dabei erhebliche Auswirkungen auf das System und somit auf die finanzielle Lage des ZAV (Biotonne z.B.).

Es bleibt zu berücksichtigen, dass der ZAV trotz kaufmännischer Buchführung weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, hoheitlich tätig bleibt, die Tätigkeiten durch Rechtsvorgaben bestimmt sind und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zum Ziel haben. Die Steuerung erfolgt normalerweise unternehmerisch, aber nicht gewinnorientiert, sondern nach den Regelungen des KAG etc. und unterliegt den Beschlüssen der Verbandsversammlung.

E. Sonstige Angaben

I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Keine.

3. Natur und Umwelt, Erholung

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 – Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de

Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen:

Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.

Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

Wirtschaftliche Betätigung: Es handelt sich gem. § 121 Abs. 2 Ziff 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Gesetzes.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Manfred Görig – Vorsitzender
Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender
Anita Schneider
Joachim Arnold
Heiko Stock

Verbandsversammlung:

Claudia Blum - Vorsitzende
Kurt Wiegel
Heiko Müller
Ulrich Höhn
Peter Popplow
Bernadette Eisenbart-Ahuraian
Hans-Ulrich Schmidt
Dr. Jens Mischak
Elisabeth Langwasser
Ingrid Albert
Edwin Gottlieb
Ulrike Pfeiffer-Pantring
Bernd Reißmann
Manfred Dickert
Werner Funk
Klaus Bechtold
Peter Klug
Rupert Hoeppe
Dr. Reinhard Biermann
Richard Golle
Bernhard Ziegler
Reinhard Heineck
Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club	Jürgen Klein
Naturschutzverbände	Walter Kreß
Hessisches Forstamt Schotten	Dr. Berndt Ott
Naturschutzgroßprojekt	Sebastian Stang
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Uta Nebe
FD Kreis- und Regionalentwicklung Wetterau-kreis	Peter Rudel
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG) - Sektion Vogelsberg	Gerold Beckmann

Geschäftsführer: Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum:	1957
Verbandssatzung :	Neufassung 16.01.2008
Beteiligungen:	keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands-Umlage €	Bismarck-turm €	Licht-loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	51.203	615	
Landkreis Gießen	11,1	13.491		60
Wetteraukreis	10,4	12.596		60
Stadt Schotten	13,3	16.191	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	6.072		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.340		120
Stadt Laubach	4,0	4.823		
Stadt Gedern	3,0	3.659		
Stadt Herbstein	2,1	2.543		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.455		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	766		
Stadt Nidda	0,6	690		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	518		
Gemeinde Birstein	0,9	1.138		
Gesamt	**100**	**121.495**	**1.230**	**700**

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck-turm €	Licht-loipe €
VHC	615	0
Gesamt	**615**	**0**

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer
2,0 Beschäftigte nach TVöD
1,0 Beschäftigte mit Pauschalvertrag

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Jahresüberschuss 13.241,07 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Die Umlage des Vogelsbergkreises für das Hj. 2013 betrug 53.098,00 €. Darin enthalten 615 € Instandsetzungsumlage Bismarkturm

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 ist im Hinblick auf die notwendige Übernahme der Vorjahresergebnisse von der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 abhängig. Da dessen Prüfung noch nicht erfolgt ist, bilden wir die Rechnungsergebnisse des Jahres 2012 ab, deren Richtigkeit ebenfalls unter dem Vorbehalt der noch vorzunehmenden Jahresabschlussprüfung steht.

Bilanz des Unternehmens:

Vermögensrechnung (Bilanz) 2012

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
1	2	3	4
Aktiva			
1	**Anlagevermögen**	**687.606,07**	**327.823,59**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**68.761,25**	**69.341,25**
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	0,00	0,00
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	68.761,25	69.341,25
1.2	**Sachanlagen**	**618.844,82**	**258.482,34**
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	152.511,97	158.521,71
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	0,00	0,00
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	416.823,35	99.960,63
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	49.509,50	0,00
1.3	**Finanzanlagen**	**0,00**	**0,00**
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	0,00	0,00
	davon: Sparkasse Oberhessen	0,00	0,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	0,00	0,00
2	**Umlaufvermögen**	**60.879,90**	**86.233,69**
2.1	**Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**	**0,00**	**0,00**
2.2	**Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**	**0,00**	**0,00**
2.3	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**14.345,48**	**1.468,66**
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	955,00	615,00
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	0,00
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.819,28	0,00
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	571,20	0,00
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	853,66
2.4	**Flüssige Mittel**	**46.534,42**	**84.765,03**
3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**0,00**	**50,00**
4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**	**0,00**	**0,00**
	Summe Aktiva	**748.485,97**	**414.107,28**

Vermögensrechnung (Bilanz) 2012

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
5	6	7	8
Passiva			
1	**Eigenkapital**	**222.759,99**	**209.518,92**
1.1	**Netto-Position**	**169.242,77**	**169.242,77**
1.2	**Rücklagen und Sonderrücklagen**	**11.222,09**	**11.222,09**
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.222,09	11.222,09
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.4	**Sonderrücklagen**	**0,00**	**0,00**
1.2.4.1	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3	**Ergebnisverwendung**	**42.295,13**	**29.054,06**
1.3.1	**Ergebnisvortrag**	**29.054,06**	**16.154,21**
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	29.054,06	16.154,21
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**	**13.241,07**	**12.899,85**
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.236,75	12.899,85
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.004,32	0,00
1.4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**	**0,00**	**0,00**
2	**Sonderposten**	**500.104,63**	**184.678,01**
2.1	**Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge**	**500.104,63**	**184.678,01**
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	312.970,29	184.678,01
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	187.134,34	0,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2.	**Sonstige Sonderposten**	**0,00**	**0,00**
3	**Rückstellungen**	**0,00**	**0,00**
4	**Verbindlichkeiten**	**25.621,35**	**19.910,35**
4.1	**Anleihen**	**0,00**	**0,00**
4.2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen**	**0,00**	**0,00**
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.3	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	**0,00**	**0,00**
4.4	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen**	**0,00**	**0,00**
4.5	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	**22.742,35**	**0,00**
4.6	**Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**	**3,00**	**0,00**
4.7	**Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen**	**0,00**	**0,00**
4.8	**Sonstige Verbindlichkeiten**	**2.876,00**	**19.910,35**
5	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**0,00**	**0,00**
	Summe Passiva	**748.485,97**	**414.107,28**

Gewinn- und Verlustrechnung:

Ergebnisrechnung 2012

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortge-schriebener Ansatz des Haushalts-jahres 2012	Ergebnis des Haus-haltsjahres 2012	Vergleich fortge-schriebener Ansatz / Ergebnis des Haus-haltsjahres (Sp. 5 ./. Sp. 6)
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.310,00	4.500,00	4.540,15	-40,15
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
3.	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	39.129,03	27.545,00	89.225,49	-61.680,49
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	120.173,00	121.495,00	121.495,00	0,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	98.667,00	94.000,00	93.373,00	627,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	10.657,76	6.000,00	22.537,02	-16.537,02
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	21.211,19	28.150,00	15.430,55	12.719,45
10.	**=**	**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**291.147,98**	**281.690,00**	**346.601,21**	**-64.911,21**
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-156.359,83	-149.500,00	-157.561,15	8.061,15
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-99.800,02	-110.690,00	-153.147,98	42.457,98
14.	66	Abschreibungen	-21.592,63	-21.000,00	-32.903,42	11.903,42
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-495,65	-500,00	-216,00	-284,00
19.	**=**	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**-278.248,13**	**-281.690,00**	**-343.828,55**	**62.138,55**
20.	**=**	**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**12.899,85**	**0,00**	**2.772,66**	**-2.772,66**
21.	56,57	Finanzerträge	0,00	0,00	464,09	-464,09
22.	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23.	**=**	**Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**464,09**	**-464,09**
24.	**=**	**Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)**	**12.899,85**	**0,00**	**3.236,75**	**-3.236,75**
25.	59	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	10.004,32	-10.004,32
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27.	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**	**0,00**	**0,00**	**10.004,32**	**-10.004,32**
28.	**=**	**Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)**	**12.899,85**	**0,00**	**13.241,07**	**-13.241,07**

Auszug aus dem Lagebericht

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2012

Gem. § 112 HGO ist der Jahresabschluss durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen sollen erläutert werden.

1. Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen und stellt damit Ressourcenaufkommen und –verbrauch periodengerecht dar. Nach der Ergebnisrechnung 2012 ergibt sich folgendes Bild:

	Ergebnis 2012	Ansatz 2012	Vergleich
Ordentl. Erträge u. Finanzerträge	347.065.30	281.690,00	65.375,30
Ordentl. Aufwendungen u. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	343.828,55	281.690,00	- 62.138,55
Ordentl. Ergebnis	3.236,75	0,00	3.236,75
Außerordentl. Erträge	10.004,32	0	10.004,32
Außerordentl. Aufwendungen	0	0	0
Außerordentl. Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis aus ordentl. u. außerordentl. Ergebnis	**13.241,07**	**0**	**13.241,07**

2. Vermögensrechnung (Bilanz):

In der Bilanz kumulieren sich die Resultate der Ergebnis- und Finanzrechnung. Zum Bilanzstichtag 31.12.2012 führte dies zu einer Bilanzverlängerung von 334.378,69 Euro. Die Veränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2012 werden im Anhang zum Jahresabschluss ausführlich dargestellt.

I. Stand der Aufgabenerfüllung, Zielsetzungen und Strategien

Der Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg hat im Haushaltsjahr 2012 seine satzungsgemäßen Aufgaben, den „Natur- und Landschaftsschutz sowie die Erschließung des Verbandsgebietes zum Zwecke der Erholung“ erfüllt. Unter Berücksichtigung des Bundesnaturschutzgesetzes - § 27 Naturparke - strebt der Zweckverband die vom Bundesverband der Deutschen Naturparke im „Petersberger Programm“ festgeschriebenen Ziele an. Seine wiederholte Ausweisung als „Qualitätsnaturpark“ nach den Richtlinien des Bundesverbandes verdeutlicht die Effizienz der Arbeit unter Berücksichtigung der allgemeinen Ziele der Naturparkarbeit.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Aus Sicht der Geschäftsstelle gibt es keine nennenswerten Vorgänge nach dem Schluss des Haushaltsjahres.

III. Voraussichtliche Entwicklung - (wesentliche Risiken und Chancen)

Die finanzielle Lage des Zweckverbandes kann im Hinblick auf die allgemein schwierige Situation der öffentlichen Haushalte derzeit noch als solide bezeichnet werden. Die wesentlichen Einnahmequellen des Naturparks sind die institutionelle Landesförderung (inklusive der Landesförderung für das Naturpark-Infozentrum), die Umlage der Verbandsmitglieder sowie Einnahmen für Auftragsarbeiten der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen finanzpolitischen Lage besteht jedoch das Risiko, das sich das Land Hessen aus langjährigen freiwilligen Förderungen zurückzieht. Auch die bisherige kostenfreie Abordnung des Geschäftsführers ist als ungesichert zu bezeichnen. Ein Wegfall dieser Einnahmen müsste durch eine Erhöhung der Mitgliederumlage oder eine Reduktion des Aufgabenbereiches kompensiert werden. Die Einnahmen aus der Naturschutzarbeit im Auftrag der ONB variieren darüber hinaus stark, weil hier ein großer Einfluss durch die Wetterentwicklung und die Auftragssituation besteht.

IV. Wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Investitionen

Der Zweckverband ist strukturell eng an das örtliche Forstamt Schotten angebunden. Durch
den unvorhergesehenen Umzug der Forstamtsverwaltung in das Gebäude der früheren Landesforstschule konnte der Naturpark seine dortigen Lager-, Werkstatt- und Parkplatzflächen nicht weiter nutzen. Die kurzfristige Bereitstellung von Fördermitteln des Landes (EPLR) und des Kreises ermöglichten den Bau von Ersatzräumen am Infozentrum Hoherodskopf. Die Maßnahme wurde in kurzer Zeit in 2010 geplant und begonnen und im Hj. 2012 abgeschlossen. Wesentliche Abweichungen gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich durch die Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen und Einrichtungsgegenständen für die neue Werkstatt des Naturparkes.
Ungeplante Gesamtinvestitionen: 23.544,85 €.

5. Aufstellungsbeschluss:

Der vorstehende Jahresabschluss wurde vom Verbandsvorstand am 18.07.2014 mit folgendem Beschluss aufgestellt:

Der Verbandsvorstand des Zweckverbandes Naturpark Hoher Vogelsberg stellt den Jahresabschluss 2012 mit den der Vorlage beigefügten Anlagen 1 - 3 (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Vermögensrechnung) ersichtlichen Werten gem. § 112 Abs. 1 und 2 HGO auf und beauftragt das Revisionsamt des Vogelsbergkreises mit der Prüfung gem. § 128 HGO.

Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach / Hessen
Telefon: 06641 / 977 265
E-Mail: geopark@vogelsbergkreis.de
Homepage: www.geopark-vogelsberg.de

geopark
Vulkanregion
Vogelsberg

Zweck und Ziele des Vereins

Zweck des Vereins ist, in einer ganzheitlichen und nachhaltigen regionalen Entwicklung den „Geopark Vulkanregion Vogelsberg“ aufzubauen und zu betreiben (§ 2 der Satzung).

Der Verein verfolgt insbesondere die Ziele in der Vulkanregion Vogelsberg:

- die vorhandenen geologischen Strukturen und Schauobjekte zu erfassen und fachgerecht zu pflegen, zu kennzeichnen und national sowie international aufzuwerten,
- die geologischen, archäologischen, ökologischen, historischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten zu schützen und zu bewahren,
- den Geotopschutz im Sinne eines aktiven Schutzes und Erhalts des geowissenschaftlichen und geologischen Erbes sowie des Naturerbes zu fördern,
- die regionale Identität, Bewusstseinsbildung und Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Fachbehörden auszubauen,
- die geowissenschaftliche Wissensvermittlung, Umweltbildung, Lehre und Forschung zu initiieren,
- den Geopark in vorhandene Netzwerk-Strukturen auf hessischer, nationaler und europäischer Ebene einzubinden,
- die Zertifizierung als nationalen Geopark anzustreben und
- den Bekanntheitsgrad der Region Vogelsberg insgesamt zu erhöhen.

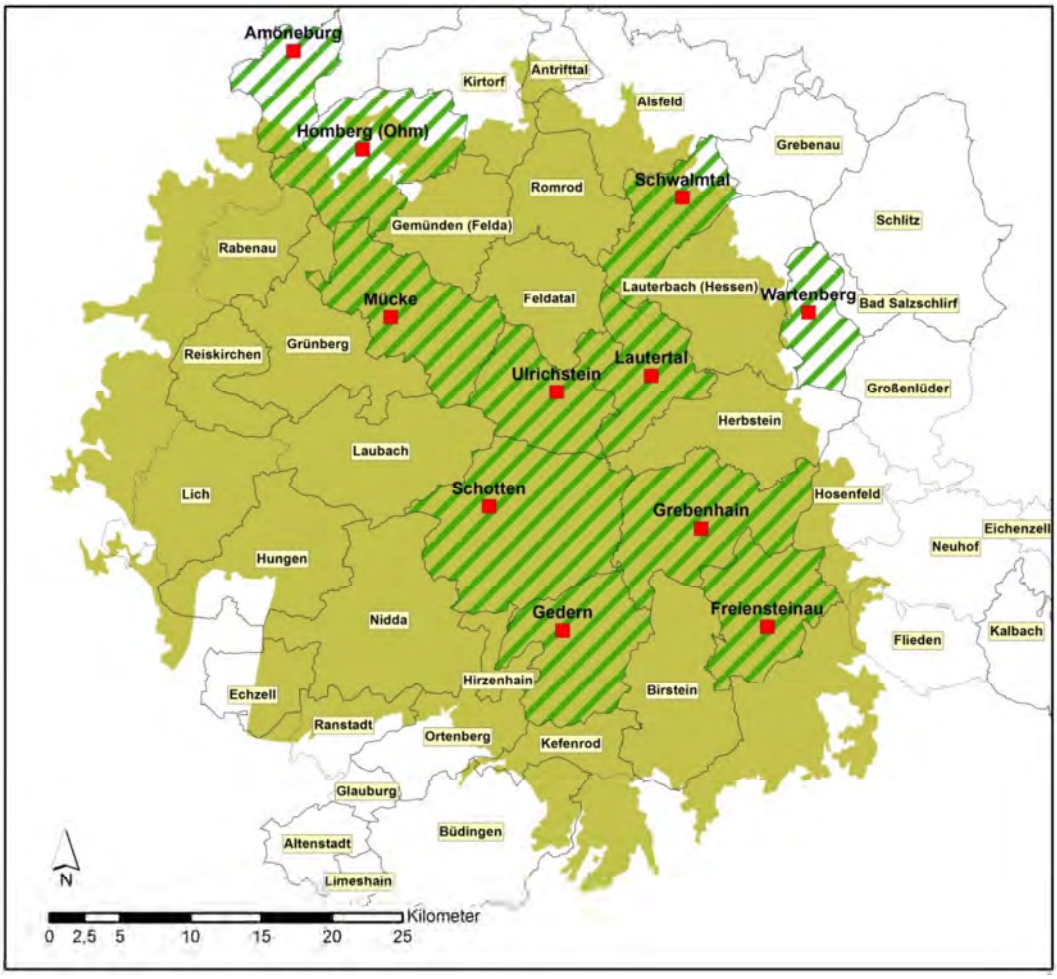
Die Arbeit des Vereins orientiert sich an den Richtlinien

der UNESCO (Guidelines and Criteria for National Geoparks seeking UNESCO´s assistance to join the Global Geoparks Network),

der Europäischen Geoparks (Charta European Geopark Network),

des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung (Nationale Geoparks).

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.



Mögliche Gebietskulisse des Geopark Vulkanregion Vogelsberg

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Rechtsform:	eingetragener Verein
Gründungsdatum:	17.12.2012
Satzung:	17.12.2012, zuletzt geändert am 30.10.2013
Vereinsregister:	Gießen, VR 4587, 30.04.2013
Beteiligung seit:	17.12.2012
Wirtschaftliche Betätigung:	Es handelt sich gem. § 121 Abs. 2 Ziff 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Gesetzes

Organe des Unternehmens

Gem. § 6 der Satzung sind die Organe des Vereins

- der Vorstand und
- die Mitgliederversammlung

Zusammensetzung des Vorstandes

Landrat Manfred Görig – Vorsitzender, Vogelsbergkreis
Bürgermeister Matthias Weitzel – stellv. Vorsitzender, Mücke
Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten
Bürgermeister Michael Richter-Plettenberg, Amöneburg
Bürgermeister Heiko Stock, Lautertal

Geschäftsführung

Geschäftsführer:	Hartmut Greb
Assistenz / Sekretariat:	Hannelore Greb

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Gewährte Sicherheiten oder Bürgschaften:	keine
Gewährte Kredite:	keine
Stammkapital:	kein Stammkapital - es handelt sich nicht um eine Kapitalgesellschaft
Jahresbeitragsverpflichtung:	variabel – für 2013 **50.000,00 €**

Die Geschäftsführung wird von der Verwaltung des Vogelsbergkreises ohne Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Mitgliederstruktur – die Beitragsverpflichtungen

Nach § 11 Abs. 3 der Satzung entscheidet die Mitgliederversammlung über den Jahresbeitrag ihrer Mitglieder.

Der Beitrag orientiert sich für die öffentlich-rechtlichen Mitglieder an der Einwohnerzahl (§ 8 Abs. 1 HGO) oder der Kreisangehörigenzahl (§ 7 HKO) am 30. Juni des Vorjahres.
Der Beitrag der übrigen Mitglieder berücksichtigt deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Institution	Funktion	Vorname	Name	0,50 €/Einw. VBK Zuschuss	Mitglieds-Beitrag
Kreisausschuss des Vogelsbergkreises	Landrat	Manfred	Görig	Pauschale 107.487	50.000,00 €
Magistrat der Stadt Amöneburg	Bürgermeister	Michael	Richter-Plettenberg	5.078	2.539,00 €
Magistrat der Stadt Gedern	Bürgermeister	Klaus	Bechtold	7.529	3.764,50 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Freienst-einau	Bürgermeister	Friedel	Kopp	3.234	1.617,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Grebenhain	Bürgermeister	Sebastian	Stang	4.737	2.368,50 €
Magistrat der Stadt Homberg/Ohm	Bürgermeister Prof.	Béla	Dören	7.629	3.814,50 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Lautertal	Bürgermeister	Heiko	Stock	2.423	1.211,50 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Mücke	Bürgermeister	Matthias	Weitzel	9.401	4.700,50 €
Magistrat der Stadt Schotten	Bürgermeisterin	Susanne	Schaab	10.220	5.110,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Schwalmtal	Bürgermeister	Timo	Georg	2.914	1.457,00 €
Magistrat der Stadt Ulrichstein	Bürgermeister	Edwin	Schneider	3.051	1.525,50 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Wartenberg	Bürgermeister	Manfred	Dickel	3.951	1.975,50 €
DVG Fachsektion Vo-gelsberg e.V.		Gerold	Beckmann	Festbeitrag	100,00 €
Natur- und Lebens-raum Vogelsberg e.V.	Vorsitzender	Karl-Peter	Mütze	Festbeitrag	100,00 €
Gesamtsumme					**80.283,50 €**

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vereins im Jahr 2013

Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Datum: 27.10.2014 10:51:35
von 01.01.2013 bis 31.12.2013
Seite: 1

Alle Buchungen

Einnahmen-Überschuss-Rechnung 2013 Bruttoauswertung

A. Ideeller Tätigkeitsbereich

Einnahmen		
2110	Mitglieds-Beiträge	80.183,50
		80.183,50
Ausgaben		
2700	Kosten der Mitgliederverwaltung	-293,70
2704	Sonstige Kosten	-582,50
2810	Repräsentationskosten	-2.526,98
2820	Zuschüsse / Zuwendungen	-500,00
		-3.903,18
Überschuss/Verlust:		**76.280,32**

Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Datum: 27.10.2014 10:51:35
von 01.01.2013 bis 31.12.2013
Seite: 2

Alle Buchungen

Einnahmen-Überschuss-Rechnung 2013 Bruttoauswertung

Ideeller Tätigkeitsbereich	**76.280,32**
Vermögensverwaltung	**0,00**
Zweckbetriebe	**0,00**
Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	**0,00**
	76.280,32

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)
Tel.: 05681 / 775-206 – Fax: 05681 / 775-207
E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de
Internet: www.wasserverband-schwalm.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe, im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
2. hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifttalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
3. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 $km^{2.}$

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,0499 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

Winfried Becker	-	Vorsitzender
Günter Jung	-	stellv. Vorsitzender
Mitglieder	-	die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

Winfried Becker - Vorsitzender
Günter Jung - stellv. Vorsitzender
Johannes Averdung **-** Mitglied
Ralf Becker- Mitglied
Günter Schlemmer - Mitglied
Bernd Heßler - Mitglied
Dr. Gerhard Näser - Mitglied
Heinrich Vesper - Mitglied

Klemens Olbrich – Stellvertreter
Manfred Görig - Stellvertreter
Michael Köhler – Stellvertreter
Andreas Schultheis – Stellvertreter
Volker Steinmetz – Stellvertreter
Kai Knöpper – Stellvertreter
Jürgen Kaufmann – Stellvertreter

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 1962

Verbandssatzung: 15.03.1996, zuletzt geändert 18.01.2010

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifttal	1,8466	Stadt Borken (Hessen)	10,8447
Gemeinde Bad Zwesten	5,5299	Stadt Felsberg	2,7377
Gemeinde Jesberg	2,0798	Stadt Homberg (Efze)	6,2752
Gemeinde Knüllwald	2,3751	Stadt Kirtorf	0,6821
Gemeinde Neuental	6,7255	Stadt Neukirchen	3,0788
Gemeinde Schrecksbach	3,8577	Stadt Schwalmstadt	14,6568
Gemeinde Wabern	9,0203	Stadt Schwarzenborn	0,2517
Gemeinde Willingshausen	5,9335	Schwalm-Eder-Kreis	13,3045
Stadt Alsfeld	8,7502	**Vogelsbergkreis**	**2,0499**

Beiträge	2011 / €	2012 / €
der Landkreise	0,00	109.463,00
der Verbandsgemeinden	0,00	260.000,00

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 6 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Ertragslage des Unternehmens:

geplanter Jahresfehlbetrag 2012	174.551,00 €
tatsächliches Jahresergebnis 2012 (Fehlbetrag)	183.671,12 €

Kreditaufnahmen:	Der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung in Höhe von 100.000 € wurde nicht in Anspruch genommen.	
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine	
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushalts-Wirtschaft (im Hj. 2013):	Umlage an den Wasserverband	14.798,17 €

Die beiden Landkreise Vogelsberg und Schwalm-Eder tragen gem. § 31 Abs. 4 satzungsgemäß die laufenden Verwaltungskosten des Verbandes (ohne Unterhaltung, Instandsetzung etc.) entsprechend der Summe der Beiträge ihrer jeweiligen Mitgliedsgemeinden am Verband.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gewässerunterhaltung und der Hochwasserschutz werden satzungsgemäß entsprechend der gesetzlichen Anforderungen gewährleistet.

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten:

Zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes lag der geprüfte Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2013 noch nicht vor. Wir geben deshalb den Jahresabschluss für das Jahr 2012 zur Kenntnis.

Bilanz des Unternehmens für das Hj. 2012:

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
1	2	3	4
Aktiva			
1	**Anlagevermögen**	**6.458.331,46**	**6.924.689,56**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**108.673,45**	**56.394,39**
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	4,00	4,00
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	108.669,45	56.390,39
1.2	**Sachanlagen**	**6.349.658,01**	**6.868.295,17**
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	462.916,97	442.871,00
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	143.968,04	157.641,04
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	5.647.087,98	6.233.596,98
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	0,00	0,00
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.979,41	34.186,15
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	38.705,61	0,00
1.3	**Finanzanlagen**	**0,00**	**0,00**
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	0,00	0,00
2	**Umlaufvermögen**	**644.790,55**	**833.945,96**
2.1	**Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**	**0,00**	**0,00**
2.2	**Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**	**0,00**	**0,00**
2.3	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**82,75**	**1.266,13**
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	82,75	0,00
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	1,98
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	1.096,75
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	0,00
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	167,40
2.4	**Flüssige Mittel**	**644.707,80**	**832.679,83**
3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**0,00**	**0,00**
4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**	**0,00**	**0,00**
	Summe Aktiva	**7.103.122,01**	**7.758.635,52**

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
5	6	7	8
Passiva			
1	**Eigenkapital**	**1.418.649,98**	**1.602.321,10**
1.1	**Netto-Position**	802.990,92	802.990,92
1.2	**Rücklagen und Sonderrücklagen**	**615.659,06**	**799.330,18**
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	615.659,06	799.330,18
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.2.4.1	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3	**Ergebnisverwendung**	**0,00**	**0,00**
1.3.1	Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
2	**Sonderposten**	**5.583.894,45**	**6.026.325,90**
2.1	**Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge**	**5.583.894,45** **0,00**	**6.026.325,90** **0,00**
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	5.583.894,45	6.026.325,90
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	0,00	0,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2	**Sonstige Sonderposten**	**0,00**	**0,00**
3	**Rückstellungen**	**0,00**	**0,00**
3.1	**Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**	**0,00**	**0,00**
3.2	**Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse**	**0,00**	**0,00**
3.3	**Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**	**0,00**	**0,00**
3.4	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	**0,00**	**0,00**
3.5	**Sonstige Rückstellungen**	**0,00**	**0,00**
4	**Verbindlichkeiten**	**100.577,58**	**129.988,52**
4.1	**Anleihen**	**0,00**	**0,00**
4.2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme**	**74.065,39**	**92.944,43**
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	74.065,39	92.944,43
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	16.679,80	23.897,36
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
4.3	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	**0,00**	**0,00**
4.4	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen**	**13.038,11**	**12.469,32**
4.5	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	**7.901,09**	**20.663,80**
4.6	**Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**	**0,00**	**0,00**
4.7	**Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen**	**0,00**	**0,00**
4.8	**Sonstige Verbindlichkeiten**	**5.572,99**	**3.910,97**
5	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**0,00**	**0,00**
	Summe Passiva	**7.103.122,01**	**7.758.635,52**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Hj. 2012:

Gesamtergebnisrechnung
-Euro-

Position	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschr. Ansatz des HHJahres 2012	Ergebnis des HHJahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / .Sp. 6)
1	2	3	4	5	6	7
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.694,91	-9.000,00	-12.796,19	3.796,19
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte				
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-105.000,00	-105.500,00	-105.261,25	-238,75
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen				
5	55	Steuern steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen				
6	547	Erträge aus Transferleistungen				
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-280,37	-569.463,00	-241.475,86	-327.987,14
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-572.150,66	-523.302,00	-570.418,61	47.116,61
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	-1.829,51		-2.026,95	2.026,95
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Positionen 1 - 9)**	**-692.955,45**	**-1.207.265,00**	**-931.978,86**	**-275.286,14**
11	62,63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	273.407,41	275.200,00	278.500,68	-3.300,68
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	18.942,13	14.750,00	19.258,90	-4.508,90
13	60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	197.012,57	423.850,00	190.662,36	233.187,64
14	66	Abschreibungen	614.371,79	617.026,00	615.310,89	1.715,11
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.230,27	51.440,00	13.038,11	38.401,89
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen				
17	72	Transferaufwendungen				
18	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.600,29	2.800,00	2.571,27	228,73
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Positionen 11 - 18)**	**1.127.564,46**	**1.385.066,00**	**1.119.342,21**	**265.723,79**
20		**Verwaltungsergebnis (Positionen 10 /. Position 19)**	**434.609,01**	**177.801,00**	**187.363,35**	**-9.562,35**
21	56,57	Finanzerträge	-8.982,36	-7.050,00	-6.659,98	-390,02
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.868,99	3.800,00	3.681,75	118,25
23		**Finanzergebnis (Position 21 - Position 22)**	**-4.113,37**	**-3.250,00**	**-2.978,23**	**-271,77**
24		**Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)**	**430.495,64**	**174.551,00**	**184.385,12**	**-9.834,12**
25	59	Außerordentliche Erträge			-714,00	714,00
26	79	Außerordentliche Aufwendungen				
27		**Außerordentliches Ergebnis (Position 25 /. Position 26)**			**-714,00**	**714,00**
28		**Jahresergebnis (Position 24 und Position 27)**	**430.495,64**	**174.551,00**	**183.671,12**	**-9.120,12**

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.
Tel.: 06031 / 83-7101 – Fax: 06031 / 83-7104
E-Mail: info@wasserverband-nidda.de
Internet: www.wasserverband-nidda.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Aufgabe ist es, entsprechend den Vorgaben des Hessischen Wassergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung folgende Gewässer auszubauen und einschließlich ihrer Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, zu unterhalten, insbesondere unter Beachtung des Hochwasserschutzes den naturnahen Gewässerzustand zu erhalten oder wieder herzustellen (Renaturierung).

- Die Nidda (ca. 75 km) von der oberen Bebauungsgrenze Schotten - Rudingshain bis zum Eschersheimer Wehr im Stadtgebiet Frankfurt/Main. In der Ortslage Rudingshain ist der Graswiesenbach / Streitbach (ca. 1 km) ebenfalls in der Unterhaltung des Wasserverbandes.
- Den Flutgraben (ca. 4 km) in Nidda. Die Ulfa (ca. 5 km) von der Eselsbrücke bei Ulfa bis zur Mündung in Unter Schmitten in die Nidda
- Die Wetter (ca. 54 km) von der Gemarkungsgrenze Lich – Ober-Bessingen /Laubach – Münster bis zur Mündung in die Nidda in Niddatal – Assenheim
- Den Eichelbach ab 01.01.2012 (ca. 18 km) von der unteren Bebauungsgrenze Schotten (OT Breungeshain) bis zur Mündung in Eichelsdorf in die Nidda.

Weitere Hauptaufgaben sind das Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen. Ebenso sind wir für die Errichtung und Unterhaltung von Bauwerken in und an den Gewässern zuständig. Die schließt vorhandene Bauwerke ein, sofern es nicht Aufgabe von Triebwerksbesitzern oder von sonstigen Verpflichteten ist. Als Talsperre betreiben wir die Niddatalsperre in Schotten-Rainrod. Unsere Hochwasserrückhaltebecken stehen in Lich, Nidda-Ulfa und Nidda-Eichelsdorf. In unserer Talsperre und den Hochwasserrückhaltebecken stellen wir einen Speicherraum für über 11 Mio. cbm Wasser zum Schutz von Hab und Gut der Bevölkerung des Verbandsgebietes bereit.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

Wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 HGO:

Die Mitgliedschaft im Wasserverband Nidda gilt gemäß § 121 Abs. 2 Ziff. 1 nicht als wirtschaftliche Betätigung. Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung sind gesetzliche Aufgaben, die überregional durch den Verband koordiniert und sichergestellt werden.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Joachim Arnold – Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Heinz Becker – stellv. Vors. (Reiner Wengorsch)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Cäcilia Reichert-Dietzel (Edgar Biermann)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Guido Rahn (Matthias Flor)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Andreas Friedrich (Michael Merle)	Hans-Peter Seum (Reimund Becker)	Susanne Schaab (Walter Bruch)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Hannelore Rabl	Manfred Schütz	Dieter Eisenberg
Elke Högy	Hans-Peter Lang	Christian Dietzel
Kurt Stiehler	Reinhard Henrich Huth	Theo Pauly
Ernst Appel	Otmar Stein	Adrian Roskoni
Manfred Gründer	Hans Jürgen Zeiß	Reiner Dern
Albrecht Kliem	Klaus-Peter Cos	Barbara Steffani-Velden

Geschäftsführer: Stefan Gottbehüt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 24.05.1961

Verbandssatzung : 29.11.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 18.01.2011 mit Wirkung zum 01.01.2012

Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten:

Die Eröffnungsbilanz 2009 sowie die Abschlüsse 2010, 2011, 2012 und 2013 lagen zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht vor. Sie sind durch das zuständige Revisionsamt noch nicht geprüft.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Beim Wasserverband NIDDA sind insgesamt sechs Personen hauptamtlich angestellt. Es wird mit dem Nachbarverband NIDDER-SEEMENBACH eine Geschäftsstelle betrieben und Personal und Sachmittel gemeinsam und wirtschaftlich eingesetzt. Im Büro der Geschäftsstelle in der Leonhardstraße 7 in Friedberg sind der Geschäftsführer und zwei Verbandsingenieure tätig. Drei Arbeiter führen ihren Dienst an der Niddatalsperre in Schotten-Rainrod aus.

Gegen Entschädigung werden der Verbandsvorsteher, die beiden Verbandskassenverwalterinnen und ein Stauwärter beschäftigt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	kein Lagebericht vorhanden
Ertragslage des Unternehmens:	ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	Der Vogelsbergkreis wird als sogenanntes „nicht dingliches“ Mitglied zu keinen Beiträgen herangezogen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gewässerunterhaltung und der Hochwasserschutz werden satzungsgemäß entsprechend der gesetzlichen Anforderungen gewährleistet.

4. Kultur, Bildung, Ausbildung

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-327 – Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de

Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Altenpfleger/ innen
- Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. diese Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung:

Die Mitgliedschaft des Vogelsbergkreises im Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. (VfBA) unterliegt nicht den Beschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO, die für wirtschaftliche Betätigung öffentlicher Gemeinwesen zu beachten sind.
Tätigkeiten auf dem Gebiet der Ausbildung gelten gemäß § 121 Abs. 2 HGO ausdrücklich nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg
Stadt Alsfeld
Stadt Lauterbach
Vogelsberg Consult GmbH
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.

Vorstand:

Manfred Görig - Vorstandsvorsitzender
Thomas Schaumberg – Beisitzer
Ulrike Eifler - Beisitzerin

Beratend sind vertreten:	Agentur für Arbeit Staatliches Schulamt Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach Arbeiterwohlfahrt Amt für Volkshochschule
Geschäftsführung:	Haupt- und Rechtsamt des Vogelsbergkreises
Kassenführung/Buchhaltung:	Verein für Berufsausbildung
Rechnungsprüfung:	Revisionsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	eingetragener Verein
Gründungsdatum:	1984
Satzung:	04.07.1984
Handelsregister:	Gießen, VR 3654
Stammkapital:	0 €
Beteiligungen:	keine

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten:

	2013 €	2012 €
Einnahmen abzügl. Übertrag aus Vorjahr	1.601.329,24 966.082,86	1.402.053,80 792.544,67
= Bereinigte Einnahme (lfd. Betrieb)	635.246,38	609.509,13
Ausgaben (lfd. Betrieb)	443.143,32	435.970,94
Differenz	192.103,06	173.538,19
Übertrag Folgejahre	**1.158.185,92**	**966.082,86**

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt.
Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.
Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	4 Vollzeitkräfte (bis 30.04.2013) 5 Vollzeitkräfte (ab 01.05.2013) 3 Teilzeitkräfte ca. 6 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung.
Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung und Rechnungsprüfung vom Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die Altenpflegehelfer/innen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Fort- und Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen (1-jährig) und Altenpfleger/innen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 430.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein für Berufsausbildung ist zurzeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus den Rücklagen sicher zu stellen.

Die Aenne und Konrad-Geisel-Schule, Lehranstalt für Altenpflege des Vereins für Berufsausbildung Vogelsberg e. V. hatte zu Beginn des Jahres 2013 noch 108 Auszubildende Altenpfleger/innen und 7 Auszubildende Altenpflegehelfer/innen in Ausbildung.

Inzwischen sind 4 Altenpfleger/innen aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

15 Teilnehmer/innen haben Ende August 2013 und 24 Teilnehmer/innen haben Ende September 2013 die dreijährige Ausbildung zur Altenpfleger/in erfolgreich abgeschlossen.
Die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in wurde von 7 Teilnehmer/innen Ende September 2013 erfolgreich beendet.

Im Oktober 2013 sind in den laufenden dreijährigen Kurs 3 Altenpflegehelfer/innen sowie 8 externe Schüler/innen aufgenommen worden, die die Ausbildung zur Altenpfleger/in fortsetzen.

Ein neuer Kurs startete Anfang Oktober 2013 bei der Lehranstalt für Altenpflege. 15 Teilnehmer/innen begannen die 3-jährige Ausbildung zur Altenpfleger/in und 18 Teilnehmer/innen starten die 1-jährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

5. Kreditinstitute

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 – Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de

Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben.

Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit:	1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen
Anteile in %:	26% Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender
Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer – stellv. Vorsitzender
Sparkassendirektor Thomas Falk – Mitglied

Verwaltungsrat:

Joachim Arnold – Vorsitzender
Manfred Görig – stellv. Vorsitzender
Holger F. Bey
Bettina Giller
Gerold Helfrich
Birgit Horst
Dr. Jochen Meier
Heike Müll
Annedore Musch
Elfriede Pfannkuche
Ulrich Rabel
Guido Rahn
Dr. Erik Siefart
Rainer-Hans Vollmöller
Gerd Wagner

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum:	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
Gewährträger:	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
Satzung:	Neufassung vom 01.07.2010
Handelsregister:	Friedberg HR A 1455
Eigenkapital:	263.666.358,17 €
Beteiligungen:	siehe Lagebericht

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

	2012	2013
Beschäftigte insgesamt / Jahresdurchschnitt	951	975

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:	Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens:	Bilanzgewinn 10.270.929,49 €
Kreditaufnahmen:	keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:	Gewährträgerhaftung 26 % für Altverbindlichkeiten (bis zum 31.12.2015)
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag

Bilanz des Unternehmens:

Aktivseite — Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

		EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			30.822.105,80		34.630
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			26.794.185,23		31.674
				57.616.291,03	66.304
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
b) Wechsel			0,00		0
				0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			107.528.415,28		179.678
b) andere Forderungen			827.200.894,49		741.643
				934.729.309,77	921.320
4. Forderungen an Kunden				3.144.712.823,84	3.125.281
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.616.523.624,44 EUR				(1.597.309)
Kommunalkredite	346.739.171,21 EUR				(379.754)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR				(0)
bb) von anderen Emittenten		347.841.223,71			339.852
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	327.681.818,27 EUR				(320.276)
			347.841.223,71		339.852
c) eigene Schuldverschreibungen			981.379,31		888
Nennbetrag	963.000,00 EUR				(875)
				348.822.603,02	340.740
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				106.560.101,02	106.720
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				39.001.774,81	45.271
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 EUR				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.695.018,95 EUR				(2.695)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				25.000,00	25
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 EUR				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR				(0)
9. Treuhandvermögen				5.619.595,40	96
darunter:					
Treuhandkredite	5.619.595,40 EUR				(96)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			211.373,00		174
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				211.373,00	174
12. Sachanlagen				55.556.965,27	58.284
13. Sonstige Vermögensgegenstände				16.213.944,21	18.188
14. Rechnungsabgrenzungsposten				201.291,60	331
Summe der Aktiva				4.709.271.072,97	4.682.736

Passivseite

		EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			186.871.711,52		168.314
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			789.000.585,44		905.073
				975.872.296,96	1.073.387
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.016.670.544,42			1.048.891
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		34.359.651,22			53.177
			1.051.030.195,64		1.102.067
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.979.890.789,61			1.796.971
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		131.913.996,46			169.519
			2.111.804.786,07		1.966.490
				3.162.834.981,71	3.068.558
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			49.595.553,62		48.797
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			0,00		0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00 EUR				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR				(0)
				49.595.553,62	48.797
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				5.619.595,40	96
darunter:					
Treuhandkredite	5.619.595,40 EUR				(96)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				6.195.239,42	5.932
6. Rechnungsabgrenzungsposten				596.462,57	752
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			16.112.930,00		15.543
b) Steuerrückstellungen			181.804,98		3.784
c) andere Rückstellungen			25.376.701,88		24.645
				41.671.436,86	43.973
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				14.219.148,26	15.546
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				189.000.000,00	172.300
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			0,00		0
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage		253.395.428,68			242.416
cb) andere Rücklagen		0,00			0
			253.395.428,68		242.416
d) Bilanzgewinn			10.270.929,49		10.979
				263.666.358,17	253.395
Summe der Passiva				4.709.271.072,97	4.682.736
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			60.625.193,63		60.749
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0,00		0
				60.625.193,63	60.749
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			140.680.423,87		146.852
				140.680.423,87	146.852

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013		EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2012 TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		134.390.503,85			146.127
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR				(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		14.217.030,00			18.217
			148.607.533,85		164.343
2. Zinsaufwendungen			53.136.999,30		64.549
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.192.846,82 EUR				(1.334)
				95.470.534,55	99.794
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			1.304.171,49		1.558
b) Beteiligungen			2.892.237,50		2.214
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00		0
				4.196.408,99	3.772
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	6
5. Provisionserträge			29.396.295,05		28.763
6. Provisionsaufwendungen			1.716.116,27		1.540
				27.680.178,78	27.223
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR				(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.648.853,73	2.768
darunter:					
aus der Fremdwährungsumrechnung	113.379,05 EUR				(84)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR				(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
				129.995.976,05	133.563
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		41.025.416,60			39.390
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		11.404.892,84			10.504
darunter: für Altersversorgung	3.927.745,01 EUR				(3.323)
			52.430.309,44		49.895
b) andere Verwaltungsaufwendungen			23.774.634,27		21.479
				76.204.943,71	71.374
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				4.725.300,30	4.853
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				7.343.410,82	4.531
darunter:					
aus der Fremdwährungsumrechnung	24.550,84 EUR				(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR				(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			3.950.438,49		24
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		0
				3.950.438,49	24
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			288.183,25		2.501
				288.183,25	2.501
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				359.448,32	521
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				16.700.000,00	26.100
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				21.000.617,66	28.660
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR				(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR				(0)
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			10.562.607,71		17.525
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			167.080,46		157
				10.729.688,17	17.681
25. Jahresüberschuss				10.270.929,49	10.979
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
				10.270.929,49	10.979
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der Sicherheitsrücklage			0,00		0
b) aus anderen Rücklagen			0,00		0
				0,00	0
				10.270.929,49	10.979
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die Sicherheitsrücklage			0,00		0
b) in andere Rücklagen			0,00		0
				0,00	0
29. Bilanzgewinn				10.270.929,49	10.979

Auszug aus dem Lagebericht

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Oberhessen ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.
Träger der Sparkasse Oberhessen sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse Oberhessen bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt. Für bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Die Sparkasse Oberhessen haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen.
Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 417 Sparkassen, 7 Landesbank-Konzerne, 10 Landesbausparkassen, 11 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.
Darüber hinaus ist die Sparkasse Oberhessen dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Kennzeichnend für solche Sicherungssysteme ist, dass sie die angeschlossenen Institute schützen und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt die Sparkasse Oberhessen vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse Oberhessen durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse Oberhessen im Geschäftsjahr 2013 (§ 15 Abs. 2 Satz 2 HSpG i. V. m. § 2 HSpG)

I. Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

1. Mitarbeiter (per 31.12.2013)

Beschäftigte insgesamt	1.065
Davon Auszubildende	94

2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2013)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	65
Fahrbare Geschäftsstellen	3
SB-Filialen	12
Geldautomaten	98
Terminals mit Überweisungsfunktion	50

3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	1.639	100,0
Davon Verwendung für:		
• Soziales	184	11,2
• Kultur	271	16,5
• Umwelt	10	0,6
• Sport	146	8,9
• Forschung, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung	4	0,3
• Sonstiges	24	1,5
• Zuführung zur Stiftung der Sparkasse Oberhessen	1.000	61,0

4. Stiftung der Sparkasse Oberhessen

1. Stiftungskapital (in Tsd. EUR) am 31.12.2013		6.000
2. Stiftungsausschüttungen im Geschäftsjahr	Volumen	Anteil in %
Insgesamt (in Tsd. EUR)	114	100,00
Davon Verwendung für:		
• Soziales	7	6,1
• Kultur	65	57,0
• Sport	42	36,9

5. Steuerleistung im Geschäftsjahr

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (in Tsd. EUR)	10.563
Sonstige Steuern (in Tsd. EUR)	167

II. Förderung der Vermögensbildung

1. Bilanzwirksame Anlagen

a) Kontenanzahl

	31.12.2013
Sparkonten	170.698
Termingeldkonten	243
Konten für täglich fällige Gelder darunter:	247.062
• Geschäftsgirokonten	22.007
• Privatgirokonten	150.132
Summe	418.003

b) Vermögensbildung

	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (in Tsd. EUR)	3.162.835
Davon:	
• Spareinlagen	1.051.030
• Andere Verbindlichkeiten	2.111.805
Verbriefte Verbindlichkeiten	49.596
Nachrangige Verbindlichkeiten	14.219

2. Bilanzneutrale Anlagen

a) Anzahl Kundendepots

	31.12.2013
Anzahl Kundendepots	30.978

b) Bestände im Kundenwertpapiergeschäft

	Bestand am 31.12.2013
Depotbestand (in Tsd. EUR)	915.902

III. Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

1. Forderungen an Kunden

	31.12.2013
Forderungen an Kunden (in Tsd. EUR)	3.144.713

2. Darlehenszusagen und -auszahlungen im Geschäftsjahr

Darlehenszusagen (in Tsd. EUR)	479.580
Darlehensauszahlungen (in Tsd. EUR)	456.371

IV. Girokonten auf Guthabenbasis

	31.12.2013
Girokonten auf Guthabenbasis (Anzahl)	2.785

V. Beratung von Existenzgründern

	2013
Anzahl	10
Volumen (in Tsd. EUR)	1.283
Finanzierung davon durch	
Öffentliche Fördermittel	1.233
Sparkassenmittel	50
Geplante Zahl von Arbeitsplätzen	31

VI. Vermittelte Förderkredite

	2013
Volumen (in Tsd. EUR)	96.783

Geschäftsentwicklung

Jahr	2013 in TEUR	2012 in TEUR	Veränderungen gegenüber Vorjahr in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.709.271	4.682.736	26.535	0,6
Geschäftsvolumen	4.769.896	4.743.485	26.411	0,6
Forderungen an Kreditinstitute	934.729	921.320	13.409	1,5
Forderungen an Kunden	3.144.713	3.125.281	19.432	0,6
Wertpapiere	455.383	447.461	7.922	1,8
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	39.027	45.296	-6.269	-13,8
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	55.768	58.458	-2.690	-4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	975.872	1.073.387	-97.515	-9,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.162.835	3.068.558	94.277	3,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	49.596	48.797	799	1,6
Sicherheitsrücklage	253.395	242.416	10.979	4,5

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen haben sich im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 leicht erhöht. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute. Die auf der Passivseite ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Geschäftsjahr, während der Refinanzierungsbedarf bei Kreditinstituten sich in nahezu gleicher Höhe reduzierte.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir weiterhin am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG. Weitere Beteiligungen bestehen im geringen Umfang auch an lokalen Unternehmen sowie Funktionsbeteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation. Durch Wertkorrekturen haben sich die Beteiligungen im Geschäftsjahr 2013 reduziert.
Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 263,7 Mio. EUR betragen. Zum 31. Dezember 2013 setzten sich die weiteren Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, Vorsorgereserven nach § 340f HGB und den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2013 reduzierte sich der **Zinsüberschuss** im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. EUR. Die Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren reduzierten sich um insgesamt 4,0 Mio. EUR. Durch das niedrigere Zinsniveau verringerten sich die Zinserträge im Kundengeschäft trotz ansteigender Volumen um 4,2 Mio. EUR. Insgesamt gingen die Zinserträge um 15,8 Mio. EUR zurück. Bedingt durch die weiterhin starke Nachfrage unserer Kunden zu kurzfristigen Passivprodukten und einem fallenden Zinsniveau sowie rückläufigen Zinsaufwendungen bei Refinanzierungsgeschäften mit Kreditinstituten konnten wir die Zinsaufwendungen insgesamt um 15,0 Mio. EUR reduzieren.

Der Anteil der laufenden Erträge hat sich dabei leicht positiv entwickelt. Dies ist hauptsächlich auf die erhöhten Ausschüttungen von Beteiligungserträgen unserer Landesbank zurückzuführen.
Der **Provisionsüberschuss** ist im Geschäftsjahr 2013 leicht um 0,6 Mio. EUR angestiegen. Aufgrund gestiegener Umsätze im Wertpapier-Kommissionsgeschäft und Vermittlungsgeschäft von Investmentfondsanteilen konnten die Erträge gesteigert werden. Die Erträge im sonstigen Dienstleistungs- und Vermittlungsgeschäft konnten fast das Vorjahresniveau erreichen. Die Provisionsaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. EUR an.
Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** haben sich die Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2013 um 2,5 Mio. EUR erhöht. Die Lohn- und Gehaltszahlungen erhöhten sich aufgrund der Tariferhöhung gemäß Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und einer gestiegenen Anzahl von Auszubildenden. Der Sachaufwand nahm um 1,2 Mio. EUR zu. Die Werbeaufwendungen sowie Aufwendungen und Kosten für die Nutzung von Geschäftsräumen stiegen gegenüber dem Vorjahr jeweils um 0,2 Mio. EUR an. Insgesamt kam es zu einem leichten Kostenanstieg in allen Teilbereichen. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gingen im Geschäftsjahr 2013 leicht zurück.
Das **Betriebsergebnis vor Bewertung** entwickelte sich rückläufig aufgrund des gestiegenen Verwaltungsaufwands und des rückläufigen Zinsüberschusses.
Die Aufwendungen und Erträge aus dem **Bewertungsergebnis** wurden gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV bzw. § 340f HGB saldiert. Es wurden Vorsorgereserven nach § 340f HGB dotiert. Die Aufwendungen für Bewertungskorrekturen auf Forderungen gegenüber Kunden haben sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig entwickelt. Auch in 2013 konnte ein positives Bewertungsergebnis Wertpapier ausgewiesen werden. Es fiel aber gegenüber 2012 geringer aus. Die Abschreibungen auf Beteiligungen fielen in 2013 etwas geringer gegenüber dem Vorjahr aus. Zusätzlich waren höhere Abschreibungen auf geschlossene Immobilienfonds erforderlich. Eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB konnte in 2013 wiederum vorgenommen werden.
Das **neutrale Ergebnis** des Jahres 2013 wurde durch die aperiodische Dotierung einer Rückstellung für Ratensparverträge mit rund 3,7 Mio. EUR zusätzlich belastet.
Die **Steuerzahlungen** haben im Geschäftsjahr 2013 aufgrund des niedrigeren Gesamtergebnisses und Erstattungen für das Jahr 2012 abgenommen.
Bedingt durch gestiegene Aufwendungen und geringere Erträge erhöhte sich das **Aufwands-Ertrags-Verhältnis** von 57,9 % in 2012 auf 60,7 % in 2013.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Oberhessen war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 1,69 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 bei 1,47 (Vorjahr: 1,59). Der Rückgang steht im Zusammenhang mit der Erhöhung der befristeten Wertpapierleihen. Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse Oberhessen als gewährleistet angesehen werden. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurde ausreichend Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.
Das Angebot, im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) oder die Nutzung von Übernachtkrediten, wurde im Geschäftsjahr 2013 nicht genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Oberhessen Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung, die nur vereinzelt in Anspruch genommen wurde.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2013 - mit 18,22 % (Vorjahr: 16,69 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Die anrechenbaren Eigenmittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um 38,8 Mio. EUR auf 441,7 Mio. EUR zum 31.12.2013 erhöht. Die benötigten Eigenmittelanforderungen haben sich dagegen nur leicht von 193,2 Mio. EUR auf 194,0 Mio. EUR zum Bilanzstichtag 31.12.2013 ausgeweitet.

Die Berechnung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kreditrisikostandardansatz. Die operationellen Risiken werden mit Hilfe des Basisindikatoransatzes ermittelt. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung sowie die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III. Zur Abschirmung von Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft sind ausreichend Einzel- und Pauschalwertberichtigungen vorhanden. Bei der Bemessung der Rückstellungen haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste ausreichend berücksichtigt.

Gesamtbeurteilung

Insgesamt beurteilen wir die wirtschaftliche Lage unserer Sparkasse als zufriedenstellend.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, sind bis zur Aufstellung des Lageberichts nicht eingetreten.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Die betriebswirtschaftlich sinnvolle Anlage des eigenen Vermögens und das Erreichen der strategischen Unternehmensziele sind mit der Übernahme von Risiken verknüpft. Für uns als Universalkreditinstitut geht damit die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken einher. Der professionelle und bewusste Umgang mit Risiken sind somit ein bedeutendes Aufgabenfeld und eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit der Kundeneinlagen.
Vor diesem Hintergrund haben wir geeignete Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Geschäftsrisiken implementiert. Im Rahmen eines aktiven Risikomanagements und unter Erfüllung der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) werden diese von uns regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Unser Risikomanagement basiert auf der Grundlage der vom Vorstand vorgegebenen Geschäftsstrategie und der darauf aufbauenden Risikostrategie. Eingegangene Risiken müssen getragen werden können, gegebenenfalls werden risikobegrenzende Maßnahmen getroffen. Grundsätzlich räumen wir bei der Abwägung von Chancen und Risiken den Risikoaspekten die höhere Priorität ein.
Abgeleitet aus der Geschäfts- und Risikostrategie verfolgt die Sparkasse Oberhessen einen GuV-orientierten Going-concern-Ansatz, d.h. die Sparkasse möchte unter Einhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen ihre Geschäftstätigkeit fortführen, selbst wenn das komplette verwendbare Risikodeckungspotenzial durch schlagend werdende Risiken aufgezehrt werden würde.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zum Risikomanagement werden eingehalten.
Die Sparkasse Oberhessen hat sich als Nicht-Handelsbuchinstitut im Sinne des KWG eingeordnet. Wir führen weiterhin keine Transaktionen im Eigenhandel durch, um kurzfristige Handelserfolge zu erzielen.

Risikomanagementprozess

Als grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Risikomanagement haben wir einen Regelkreis zur Risikosteuerung etabliert, nach dem die Risiken

• identifiziert, definiert und klassifiziert,

• gemessen und quantifiziert,

• überwacht, reportet und begrenzt sowie

• gesteuert

werden. Die Risikoidentifikation erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Risikoinventur.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und wird, wie alle Institute dieser Gruppe, anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Der Sparkasse Oberhessen wurde daraus keine erhöhte Risikolage zurückgespiegelt. Wir gehen auch im kommenden Geschäftsjahr von einer unverändert stabilen Risikoposition aus.

6. Sonstige Beteiligungen
Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

(Stand zum 31.12.2013)

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Landrat	Agentur für Arbeit	Landrat	Mitglied Verwaltungsausschuss		
	DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat	stellv. Vorsitzenden		
	ekom 21 / KGRZ Hessen	Landrat	Aufsichtsratsmitglied Verbandsvorstand		
	GVV – Kommunalversiche-rung	Landrat	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-beiträge nach Vers.-Schutz
	hessenEnergie	Landrat	Aufsichtsratsmitglied		
	Hessische Akademie für musische kulturelle Bildung	Landrat	Aufsichtsratsmitglied		
	Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat	Mitglied		
	HLT – Bezirksversammlung Süd	Landrat	Mitglied		
	HLT – Finanzausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT – Rechts- und Europa-ausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT – Sozialausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT – Wirtschafts- und Planungsausschuss	Landrat	Mitglied		
	Oberhessen Gas	Landrat	Beiratsmitglied		
	Sparkassen- und Girover-band Hessen-Thüringen	Landrat	Mitglied Verbandsvorstand		

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
	Verband Deutscher Naturparke e.V.	Landrat	Vorsitzender AG Hessischer Naturparke		
	Rhein-Main-Verkehrsverbund	Landrat	Aufsichtsratsmitglied		
Haupt- und Rechtsamt	Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat	Mitglied kraft Amtes	1951	25,00 Zuschuss: 125,00
	Hessischer Museumverband Kassel	Landrat	Mitglied	1954	76,00
	Hessischer und Deutscher Landkreistag	Verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien			53.403,00
	Hessischer Verwaltungsschulverband	Vertretung durch HLT	Mitglied	1980	8.254,28
	Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat Vertretung Kbg Meyer	Vorstandsmitglied kraft Amtes	1951	150,00
	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	Frau Wiese	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.808,70
	Kommunaler Arbeitsgeberverband Hessen	Landrat	Vertreter kraft Amtes		4.239,00
	Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat	Mitglied	1992	25,00
	Unfallkasse Hessen	Landrat			75.252,05
Pressestelle / Kommunikation	Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	140,00
Amt für Finanzen und Kassenwesen	AG Deutsche Sportämter	Landrat	Mitglied	1995	55,00
	AG Hessischer Sportämter	Frau Stiebing	Mitglied	2000	
	CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Zt. nicht aktiv)	2001	
	Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Amt für Schulen und Liegenschaften	AZN – Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Diening	Vorstandsmitglied	1996	1.023,00 Zuwendung: 18.977,00
	Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Schwärzel	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00
	Ingenieurkammer Hessen	Herr Schmidt	Mitglied	2009	104,00
Amt für Soziale Sicherung	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Wird i.d.R. auf HLT del.		1985	404,54
	Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00
	Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	Nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 Zuschuss: 78,13
Amt für Bauen und Umwelt	Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	Kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhe der Mitgliedschaft)	1951/ 1953	
	Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Vorstandsmitglied	1985	250,00
	Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V.	Landrat	Mitglied	1990	130,00
	Verein Klimabündnis e.V.	Kein Vertreter	Mitglied	1993	740,94
	DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Kreisausschuss des Vogelsbergkreises	Mitglied	1998	386,00
Amt für Aufsichts- und Ordnungsange-	Kreisfeuerwehrverband	Landrat	Mitglied	1973	Zuwendung: 8.200,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
legenheiten	Migrationsrecht.net	Sammelmitgliedschaft bis 10 MA Ausländerbehörde	Mitglied	2006	257,04
	Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf Frau Geisel	Vertreter	2005	
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				
Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge	Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat	Vorstandsmitglied	2010	180,00
	Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat	Mitglied	1987	35,00
Amt für Wirtschafts-förderung und Re-vision	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00
	Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Herr Greb	Mitglied Vorstandsmitglied Fachsektion Vulkan VB	2008	60,00
	Gütegemeinschaft Mittelstandorientierte Kommunalverwaltung e.V.	Landrat	Mitglied	2010	2.500,00
	Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat	Beiratsmitglied	1990	511,29
	Institut der Rechnungsprüfer	Herr Dr. Köhler-Hälbig	Mitglied	2010	50,00
	Lutherweg in Hessen e.V.	Landrat	Mitglied	2013	400,00
	Präsidium der Regionalver-sammlung Mittelhessen	Herr Künz (stellv. Vorsitzender) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	6.481,62

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
	Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Vorstandsmitglied	2003	200,00
Amt für Volkshochschule	Hessischer Volkshochschulverband e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2003	2.970,88
	Marketing-Projekt der hessischen Volkshochschu-len (über hvv)	Frau Schenker	Mitglied	2003	585,07
	Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über Vogelsberg Consult)	Frau Schenker	Mitglied	2003	
	Weiterbildung Hessen e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2008	575,00
Jugendamt	B 24 – Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	Fachliche Zusammenarbeit	1996	Zuschuss: 10.240,00
	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Frau Scherer	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.640,00
	Deutsches Jugendher-bergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		510,00
	Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat	Mitglied	1952	Zuschuss: 1.000,00
Gesundheitsamt	Arbeitskreis Jugendzahnpflege	Frau Meudt Herr Dr. Reygers	Mitglieder	1992	
	Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Herr Dr. Reygers	Kreisarzt	2008	
	Hessische AG für Gesund-heitserziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglieder	1973	512,00
	Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglieder	1982	Einmalige Einlage: 1.022,59
	MRE - Netz Mittelhessen	Herr Dr. Reygers	Vorstandsmitglied	2011	

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
	Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	Beratendes Mitglied		
	Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Herr Lehmann	Vorstandsmitglied	1987	52,00
Gleichstellungs-stelle	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				
Frauenbeauftragte	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				
Personalrat	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				

III. Kontaktadressen und Ansprechpartner

Einrichtung	*Straße*	*PLZ / Ort*	*Telefon / Fax*	*Mail / Homepage*	*Anrede*	*Vorname*	*Nachname*
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD)	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Hans-Werner	Müller
AMANDUS Pflege- und Dienstleistungs-gesellschaft mbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Gesundheit- und Pflege-zentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 9641-0 06631 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Frau	Karin	Lindner (stellv. GF)
Zweckverband Oberhessische Versor-gungsbetriebe (ZOV)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Rainer	Schwarz
Oberhessische Versor-gungs- und Verkehrsge-sellschaft mbH (OVVG)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1332	info@ovag.de www.ovvg.de	Herr Herr	Rainer Rolf	Schwarz Gnadl
Oberhessische Versor-gungsbetriebe AG (OVAG)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1332	info@ovag.de www.ovag-gruppe.de	Herr Herr	Rainer Rolf	Schwarz Gnadl

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
OVAG Energie AG	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/6848-0 06031/6848-1547	service@ovag-energie.de www.ovag-energie.de	Herr	Rainer	Schwarz
OVAG Netz AG	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/82-0 06031/82-1429	netznutzung@ovag-netz.de www.ovag-netz.de	Herr	Rolf	Gnadl
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/16609-0 06031/16609-116	info.friedberg@vgo.de www.vgo.de	Herr	Armin	Klein
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 9616-0 06631 9616-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 9648-48 06044 9648-49	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Herr	Roger	Merk
Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH (GWV)	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 299-0 0661 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dipl.Soz.Oec. Martin	Heun
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 294-0 06192 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Klaus Peter	Güttler
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV)	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV)	Am Graben 96	Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV)	Am Graben 96	Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 2631 06044 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977-265 06641 977-5265	geopark@vogelsbergkreis.de www.geopark-vogelsberg.de	Herr	Hartmut	Greb
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 775-205 05681 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 83 7100 06031 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Gottbehüt
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977-331 06641 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Dr. Arno	Wettlaufer
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 86-0 06031 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Der Beteiligungsbericht 2014 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) per E-mail und auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Sicherheit, Recht, Planung → Beteiligungsberichte.

Die Informationen dieses Berichtes basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2013.
Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

Es wird keine Gewähr für den fehlerfreien Datentransfer aus den, von den Beteiligungsunternehmen bereitgestellten Dateien übernommen – rechtsverbindlich ist der Jahresbericht / Jahresabschluss der Beteiligung und nicht die Darstellung im Beteiligungsbericht.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2014
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon: 06641 / 977-0
Telefax: 06641 / 977-336
Homepage: www.vogelsbergkreis.de